

algeria-watch

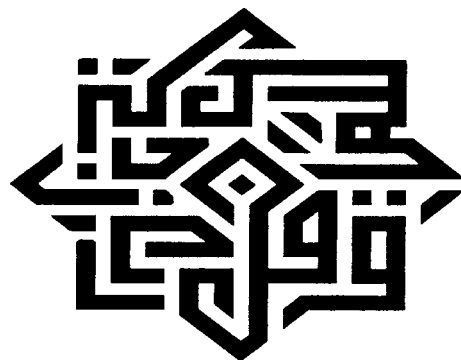
Infomappe 18-19

Januar 2002

**Zum 10. Jahrestag des Putsches:
Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage**

Aufstände weiten sich in ganz Algerien aus

Révélations de membres de la Sécurité militaire



*Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon: (030) 627 098 87 Fax: (030) 627 098 53
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet: www.algeria-watch.org*

Inhalt

I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ◆ Algeria-Watch: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage3
- ◆ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?22
- ◆ Algeria reaps rewards of anti-terrorist war24
- ◆ While the West Backs Algeria's Rulers, the People Suffer26
- ◆ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "27
- ◆ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Eta " .29

II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ◆ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les ârchs servent les desseins du pouvoir"31
- ◆ Schwere Vorwürfe gegen die Behörden Algeriens34
- ◆ Die Bulldozer von Bab El-Oued35
- ◆ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus36
- ◆ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerien.....39
- ◆ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie.....46

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature49
- ◆ Journalist questioned over article about the armed forces49
- ◆ Meldungen50
 - Der Rechtsanwalt der Armee kündigt Strafverfolgungen gegen Parlamentarier an
 - Einschüchterungsversuche und Verfolgung des Chefs der Parlamentariergruppe der FFS
 - Suspendierung einer Wochenzeitung
 - Festnahme eines Menschenrechtlers
 - Der französische Außenminister warnt vor Reisen nach Algerien
 - "Keine Subventionen für Vereine, die uns kritisieren"
- ◆ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed.....52
- ◆ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain.....53
- ◆ Les droits de Homme malmenés en Algérie55

IV Der „schmutzige Krieg“

- ◆ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe57
- ◆ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual58
- ◆ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera60
- ◆ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.62

Algeria-Watch e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialogs zwischen den Konfliktparteien.

Algeria-Watch e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:

Algeria-Watch e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Kontonummer 329 75 00

Algeria-Watch-Infomappe erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 4,- DM; Abo: 20,- DM.
Postfach 360 164, 10997 Berlin Fon: (030) 627 098 87 Fax: (030) 627 098 53
E-Mail: algeria-watch@gmx.net Im Internet: www.algeria-watch.org

Impressum Herausgeber: algeria-watch e.V. V.i.S.d.P.: B. Soor

Algerien, 10 Jahre nach dem Putsch

Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage

Algeria-Watch, 11. Januar 2002 (Übersetzung aus dem Französischen)

Am 11. Januar 1992 unterbrachen die algerischen Militärs den Wahlprozess und drängten Algerien in einen Krieg ohne Namen. Zum Anlass des 10. Jahrestages des Militärputsches hat Algeria-Watch ein Dossier erstellt,¹ das folgende Dokumente in französischer Sprache enthält:

- Bericht von Algeria-Watch über die von staatlich kontrollierten Diensten begangenen Menschenrechtsverletzungen, der hier in deutscher Sprache vorliegt;
- Chronologie der Ereignisse zwischen 1992 und 2002, erstellt von Dr. Salah Eddine Sidhoum;
- Liste von 3500 Verschwundenen, erstellt von Algeria-Watch und Dr. Salah Eddine Sidhoum;
- Detaillierte Liste von 1000 Verschwundenen, erstellt von Algeria-Watch und Dr. Salah Eddine Sidhoum;
- Liste von 1100 Fällen von extralegal getöteten Menschen, erstellt von Algeria-Watch und Dr. Salah Eddine Sidhoum.

Dank der Arbeit der wenigen Menschenrechtler und des Beitrages der Familien der Opfer, die in Algerien unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen agieren müssen, konnten diese Dokumente zusammengestellt werden.

Gleich nach dem Abbruch der Wahlen am 11. Januar 1992, wurde die wichtigste Oppositionspartei, die FIS (Front Islamique du Salut), die bereits im ersten Wahlgang die Mehrheit der Parlamentssitze erhielt, verboten, und die Bewegung blutig niedergeschlagen. Als bald bildete sich eine bewaffnete Opposition, die vor allem gegen Sicherheitskräfte vorging. Viele gingen in den Maquis (Untergrund), und bewaffnete Gruppen tauchten in verschiedenen Regionen Algeriens auf. Durch die Beseitigung der politischen Verantwortlichen kam es zu einer Radikalisierung der Positionen auf beiden Seiten: Der Repressionsapparat, der auf einen Guerillakrieg nur ungenügend vorbereitet war, wurde ab 1994 dank der internationalen finanziellen Unterstützung massiv ausgebaut, während die bewaffneten Gruppen immer zahlreicher wurden und immer öfter Zivilisten angriffen.

Seit diesem Zeitpunkt erleben wir eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft durch die Schaffung von Milizen (Kommunalgarden, sog. Selbstverteidigungsgruppen, auch „Patrioten“ genannt), die entweder den Sicherheitskräften zur Seite stehen oder auch selbständig handeln. Während sich lokale Kriegsherren mit ihrer Privatarmee durchsetzten, breitete sich ein Terrorismus aus, der immer deutlicher ökonomischen Interessen diene und die Zerschlagung des Staatssektors beschleunigte. Es wurde nun immer schwerer, die diversen Protagonisten der Gewalt zu identifizieren: Sicherheitskräfte, Todesschwadronen, Spezialkräfte, Milizen und islamische bewaffnete Gruppen agierten, ohne dass die Opfer eigentlich wussten, mit wem sie es zu tun hatten. Eine Besonderheit dieses Krieges bestand darin, dass die Akteure ihre Rollen vertauschten: Spezialkräfte erschienen in *Kaschabia* (traditioneller Mantel), während Mitglieder der bewaffneten Gruppen Militäruniformen trugen. Hinzu kommt erschwerend, dass „falsche bewaffnete Gruppen“ erschienen, die unter falschem Namen Verbrechen begingen.

Auch wenn es seit 1994-1998 zu einer spürbaren Veränderung der Menschenrechtslage gekommen ist, muss doch betont werden, dass die verschiedenen Verantwortlichen für die Gewalt immer noch aktiv sind und alle Formen der Menschenrechtsverletzungen bis heute fort dauern.

Wir heben in diesem Bericht aus folgenden Gründen vor allem die von Sicherheitskräften begangenen Verletzungen hervor:

1. Der Staat verpflichtet sich nicht nur die fundamentalen Rechte der Menschen zu respektieren, sondern auch für den Schutz der gefährdeten Zivilbevölkerung zu sorgen.

¹ http://www.algeria-watch.de/mrv/2002/aw_dossier_2002.htm

2. Ohne eine politische Lösung des Konfliktes in Algerien wird es keinen Frieden geben. Doch die „Entscheider“ im Staat und insbesondere in der Armee haben sich nicht für eine effektive Versöhnung eingesetzt. Sie scheinen aus den Unruhen und Wirren eher Vorteile zu schöpfen, wie die Behandlung der sogenannten „kabyllischen Frage“ der letzten Monate zeigt.

3. Die meisten Verbrechen werden in völliger Straflosigkeit verübt. Die bewaffneten Oppositionsgruppen haben schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen, doch paradoxerweise wurden die Massaker, Anschläge und Entführungen, die ihnen angelastet werden, nie aufgeklärt und die wirklichen Verantwortlichen nie benannt. Für die Öffentlichkeit wurden Scheinprozesse inszeniert, bei denen Geständnisse zum Tragen kamen, die die Angeklagten offensichtlich unter der Folter abgelegt hatten. Der Staat trägt die Verantwortung für transparente Verfahren und faire Prozesse, um die wirklichen Schuldigen für die Verbrechen zu verurteilen.

4. Die Forderungen nach unabhängigen nationalen oder internationalen Untersuchungen, die Licht auf die Verbrechen der verschiedenen Protagonisten dieses Krieges werfen sollten (vor allem über die großen Massaker der Jahre 1997 und 1998), wurde von Seiten der Machthaber nie aufgegriffen. Die einzige glaubwürdige Untersuchungskommission, die in Folge der schweren Unruhen im Frühjahr 2001 eingesetzt wurde, stellte eindeutig die Verantwortung der Gendarmerie für die Zuspitzung der Gewalt und die extralegalen Tötungen von Demonstranten fest. Dieser Beginn einer Untersuchung blieb aber folgenlos.

5. Die Politik der „zivilen Eintracht“, die zu einer Beendigung der Straflosigkeit und zur Einleitung eines Friedensprozesses hätte beitragen können, erwies sich im Gegenteil als Versuch, die Situation der Straflosigkeit zu kodifizieren, und trug dazu bei, die Verworrenheit der Lage zu verstärken.

Kontext

Die seit zehn Jahren andauernde Tragödie in Algerien ist charakterisiert durch die Konfusion und Undurchsichtigkeit der Ereignisse. Die Konfusion findet ihren Ausdruck in der Schwierigkeit, den Geschehnissen in Algerien einen Namen zu geben: Ist es ein „Krieg“? Ein „Bürgerkrieg“? Eine „ordnungsschaffende Operation“? Ein „Kampf gegen den Terrorismus“?

Während offiziell von mehreren tausend Opfern gesprochen wird (Anfang 1998 war die offizielle Zahl der Toten 26 536), die fast ausschließlich von bewaffneten Gruppen getötet worden seien (im offiziellen Jargon wird nur von „Terroristen“ gesprochen), führen gut informierte Beobachter die Zahl von 200 000 Toten an. Hat nicht der Präsident Bouteflika im April 1999 die Toten mit 100 000 beziffert? Und wie verhält es sich mit den Verschwundenen, Gefolterten, extralegal Getöteten, Waisen, Witwen, Umgesiedelten, Flüchtlingen und all den Opfern, die nicht gezählt wurden. Während für die Verschwundenen eine Zahl zwischen 4000 und 20 000 angegeben wird, existieren für die anderen Opfer keine Statistiken.

Doch jenseits des Streits um die Zahlen, wird der Nebel um die Verantwortlichen für diese extremen Gewaltakte immer dichter. Die Machthaber zeigen unaufhörlich auf den „islamischen Terrorismus“, von dem sie seit 1992 behaupten, er sei „am Ende“ und nur noch ein „Rest-Terrorismus“. Ohne die Gewalttaten der bewaffneten Gruppen zu ignorieren, führen jedoch die Opfer, ihre Familien und die nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen unwiderlegbare Beweise für die Beteiligung der Sicherheitsdienste an schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen an.

Seit Jahren wird die staatliche Repression mit dem Argument legitimiert, dass die FIS, wären die Parlamentswahlen im Januar 1992 nicht unterbrochen worden, eine „islamische Diktatur“ eingerichtet hätte. Die Oppositionspartei hätte eine Theokratie eingeführt, die die öffentlichen Freiheiten, den Pluralismus und die Frauenrechte gefährdet hätte. Also habe zum Schutz der Demokratie eine Politik der „Ausmerzungen“ der islamistischen Opposition durchgesetzt werden müssen. Die militärische Option wird immer wieder damit gerechtfertigt, dass die Anschläge der bewaffneten Gruppen angeführt und diese systematisch mit der aufgelösten Partei FIS identifiziert werden.

Die Ausrufung des Ausnahmezustands, die Einführung eines sogenannten „Antiterrordekrets“, dem eine Vielzahl von repressiven Maßnahmen folgten, führten dazu, dass im algerischen Staat letztlich die Geheimdienste die Verwaltung und alle politischen wie ökonomischen Aktivitäten kontrollieren. Die zunehmende Militarisierung treibt die algerische Gesellschaft immer tiefer in die Gewalt, de-

ren Urheber sich endlos multiplizieren. Der fehlende Schutz der Bevölkerung durch den algerischen Staat potenziert sich durch das Schweigen, das die Verbrechen einhüllt. Bis heute ist ein investigativer Journalismus nicht durchführbar. Nationale und internationale Beobachter werden in ihren Bewegungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, wenn ihnen nicht ganz einfach jegliche Aktivität verboten wird.

Dieses von den wirklichen Machthabern bewusst aufrechterhaltene Chaos erlaubt ihnen im Einvernehmen mit ihren europäischen, arabischen und amerikanischen Partnern, eine „Normalisierung“ der politischen Situation und der Sicherheitslage zu simulieren, obwohl die Menschenrechtsverletzungen in einem Kontext vollständiger Straflosigkeit fortauern.

Die Behandlung der politischen Probleme durch den manipulativen Einsatz von Gewalt, der ökonomische und soziale Ausschluss wichtiger Gesellschaftsschichten sowie die Marginalisierung und Instrumentalisierung politischer Akteure – dies alles schafft ein Klima der Verdächtigung und Unsicherheit, in dem eine Debatte um die Lösung der Krise praktisch unmöglich gemacht wird.

Solange die algerischen „Entscheider“ am Status quo festhalten und jegliche politische Lösung verhindern, scheint eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Algerien nicht möglich. Die verschiedenen Initiativen der letzten Jahren haben zu keinem Ergebnis geführt, da zum einen die völlig zersplitterte und kontrollierte algerische politische Klasse diese Vorschläge nicht unterstützten und zum anderen die ausländischen Partner kaum Kritik gegenüber dem algerischen Regime äußerten. Es ist an der Zeit, dass die Europäer aufhören, unter dem Vorwand des „gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus“ und der Befürchtung einer „Invasion algerischer Flüchtlinge in Europa“ das algerische Regime zu unterstützen.

Die Entwicklung seit Januar 1992

Der Putsch und das institutionelle Vakuum

Der erste Wahlgang der ersten pluralistischen Parlamentswahlen fand am 26. Dezember 1991 statt. Nachdem deutlich wurde, dass die FIS einen herausragenden Sieg errungen hatte, stellte sich eine Phase der Unsicherheit ein, während derer die Armeechefs sich mehrmals trafen, um über das weitere Schicksal des Landes zu bestimmen. Am 11. Januar 1992 reichte Präsident Chadli beim Verfassungskonvent seinen Rücktritt ein und informierte darüber, dass die Nationalversammlung seit dem 4. Januar aufgelöst sei. Am 12. Januar verkündete der Verfassungskonvent, dass „die Fortführung des Wahlprozesses unmöglich“ sei.

Ein juristisches Vakuum entstand, da die Verfassung nicht vorsieht, dass ein Präsident das Parlament auflöst und zurücktritt. Ohne Staatspräsident und ohne Parlamentspräsident, der dieses Amt für 45 Tage bis zur Abhaltung von Neuwahlen bekleidet, übernimmt der Hohe Sicherheitsrat – aus drei Militärs und drei Zivilisten bestehend – die Führung des Landes. Am 14. Januar wurde die Neugründung des Hohen Staatsrates angekündigt, ein von der Verfassung nicht vorgesehenes Organ, das die Staatsgeschäfte während der Mandatszeit von Chadli bis Dezember 1993 übernehmen sollte. Dieser Rat setzte sich aus 5 Personen zusammen, darunter der Verteidigungsminister General Khaled Nezzar und der Vorsitzende Mohamed Boudiaf, der sechs Monate später ermordet wurde. Die repräsentative Opposition, die aus FIS, FFS und FLN besteht, protestierte gegen den „Militärputsch“.

Dieser Gewaltakt der Militärs, dem keine Kritik aus dem Ausland folgte, wurde von einer Vielzahl von Maßnahmen begleitet, die jeglichen friedlichen Lösungsansatz blockierten und den Konflikt auf eine militärische Ebene verlagerten.

Dem Dekret des Präsidenten vom 9. Februar 1992 bezüglich eines einjährigen Ausnahmezustandes folgten weitere Dekrete und Erlasse, die die Macht schrittweise von der zivilen Autorität auf das Militär übertrugen. Die Untersuchungskommission zu den Ereignissen im Frühjahr 2001 in der Kabylei stellt in ihrem letzten Bericht vom Dezember 2001 fest, dass „durch die Chronologie der Texte genau feststellbar ist, wie der Ausnahmezustand durch einen schleichenden Übergang in eine Art Bela-

gerungszustand überführt wurde. Die Befugnisse, die durch den Erlass von 1993 den Kommandanten der Militärregionen zugesprochen wurden, sind charakteristisch für den Belagerungszustand.²

Die Rechtlosigkeit, die die Situation seit 1992 charakterisiert, nahm eine sehr konkrete Form an, als im Februar 1992 die Internierungslager im Süden Algeriens eröffnet wurden. In ihnen wurden etwa 15 000 Personen in Administrativhaft ohne Anklage und ohne Urteil eingesperrt. Die Schließung des letzten Lagers wurde offiziell im November 1995 angekündigt.

Die Maßnahmen, die dieses Dekret begleiteten, betrafen die Festnahme von Personen und die Suspendierung oder Auflösung der Kommunalverwaltungen, die „den öffentlichen Dienst beeinträchtigen“. Sie sollten ersetzt werden durch Kommunale Delegationen, deren Mitglieder von der Verwaltung ernannt werden. Darüber hinaus können Militärgerichte in zivilen Angelegenheiten angerufen werden, wenn diese als eine Bedrohung für den Staat angesehen werden.

Am 4. März 1992 wurde die Auflösung der FIS angekündigt. Und am 29. März 1992 wurde ein Dekret erlassen, das die Kommunalverwaltungen auflöste, darunter 397 von der FIS, 28 von der FLN und 7 unabhängige. Auch die Verwaltungen der Wilaya sind von diesen Bestimmungen betroffen, darunter 14 von der FIS verwaltete.

Das Repressionsarsenal erweiterte sich am 30. September 1992 mit einem Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus und die Subversion,³ das u.a. die Schaffung von drei Sondergerichten vorsieht, deren Richter anonym bleiben müssen. Etwa 10 000 Menschen wurden von diesen Gerichten zwischen Februar 1993 und Juni 1994 verurteilt.⁴ Sie wurden im Zuge der Übernahme der meisten Sonderbestimmungen des Dekrets in das Strafgesetzbuch im Februar 1995 aufgelöst.⁵

Schließlich wurde im Dezember 1992 die Ausgangssperre über die Hauptstadt und sechs benachbarte Wilayas verhängt. 1993 wurde sie auf unbestimmte Zeit verlängert. 1996 wurde sie schließlich aufgehoben.

Diese Maßnahmen wurden begleitet von zahlreichen geheimen Rundschreiben an die Medien und Richter, deren Unabhängigkeit dadurch massiv beschnitten wurde.⁶ Offiziell heißt es, diese Rundschreiben seien zurückgezogen worden. Doch die prekäre Lage mancher Berufsstände wird mit der vom Parlament am 15. Mai 2001 verabschiedeten Gesetzesänderung deutlich, die Pressedelikte mit hohen Geldstrafen und Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr sanktioniert. Ein neuer Gesetzesentwurf bezüglich der anwaltlichen Tätigkeiten ist ähnlich repressiv.

Die verschiedenen Phasen der Repression

In einem Kontext, der charakterisiert ist durch das Fehlen der Rechtsstaatlichkeit, können schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in völliger Straflosigkeit begangen werden.

Auch wenn die staatliche Repression unterschiedliche Phasen durchlief, muss dennoch festgestellt werden, dass alle Formen der Menschenrechtsverletzungen während der gesamten zehn Kriegsjahre stattfanden.

1992-1993: Die Errichtung des Repressionsapparates

Der Aufbau des Repressionsapparates auf der juristischen Ebene, den wir weiter oben kurz erwähnt haben, schlossen sich konkrete polizeiliche Handlungen an. Gleich nach dem Abbruch der Wahlen im Januar 1992 wurden die Protestdemonstrationen der FIS blutig niedergeschlagen. Mitte März waren offiziell 70 Tote und mehrere hundert Verletzte zu verzeichnen. Bis zum 1. April 1992 wurden etwa 7000 Parteikader und Sympathisanten festgenommen, gefoltert und in Gefängnissen oder Internierungslagern inhaftiert. Es handelt sich um eine mehr oder weniger zielgerichtete Repression,

² Letzter Bericht der Nationalen Untersuchungskommission über die Ereignisse in der Kabylie, *Le Jeune Indépendant*, 30 décembre 2001, http://www.algeria-watch.de/farticle/revolte/issad_complement.htm

³ <http://www.algeria-watch.de/farticle/docu/decret1992.htm>

⁴ FIDH: *La levée du voile, l'Algérie de l'extrajudiciaire et de la manipulations*, Algérie, le livre noir, La Découverte, 1998, p. 65.

⁵ Sous la section 4 bis : Des crimes qualifiés d'actes terroristes ou subversifs,

http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvrap/extrait_code_penal.htm

⁶ Siehe den oben zitierten Bericht der FIDH, S. 96 et l'Arrêté interministériel relatif au traitement de l'information à caractère sécuritaire : <http://www.algeria-watch.de/farticle/docu/censure.htm>

die vor allem die bekannten und registrierten Mitglieder und Sympathisanten der FIS traf, obwohl auch Personen, die nichts mit der Partei verband, Opfer von willkürlicher Festnahmen werden konnten.

Während dieser Periode waren die extralegalen Tötungen und Entführungen mit anschließendem Verschwindenlassen noch sehr selten. Die ausführenden Beamten der Repression sind vor allem Polizisten, weswegen die ersten bewaffneten Gruppen sie zur Zielscheibe machten. Die Sicherheitskräfte waren auf eine Aufstandssituation schlecht vorbereitet. Erst im Oktober 1992 wurden die Spezialkräfte unter der Leitung des Oberbefehlshabers zusammengestellt. Diese aus Elitetruppen zusammengesetzten Einheiten verfügten über Hubschrauber, leichte Panzerwagen und arbeiteten eng mit dem militärischen Sicherheitsdienst zusammen. Sie waren ab Ende 1992 einsatzbereit, operierten aber vor allem ab Ende 1993-1994.

1994-1996: Die Systematisierung der Repression

Dank der Umschuldung und der Kredite, die dem algerischen Staat ab 1994 gewährt wurden, verfügte die Armee über weitreichende militärische Mittel. Bereits seit 1992 wurden Straßensperren und Durchkämpfungsoperationen durchgeführt, aber ab 1994 sollte dies zum Alltag von Millionen Algerier gehören, die in Groß- und Kleinstädten sowie in ländlichen Gebieten lebten und als Sympathisanten der FIS angesehen wurden. Während dieser Jahre mussten Autos und Busse zahlreiche Sperren passieren, an denen alle Passagiere aussteigen mussten und durchsucht wurden. Diese Prozedur kann 2 oder 3 Stunden dauern, entsprechend der Laune des diensthabenden Offiziers. Während dieser Kontrollen geschieht es nicht selten, dass Personen verdächtigt werden, weil sie einen Bart tragen, keine Ausweispapiere oder Militärkarte vorlegen können. Sie werden dann festgenommen.

Tausende von Menschen, Frauen und Männer, Kinder und Alte erleben den Alptraum des nächtlichen Einfalls von Sicherheitskräften, die zum günstigen Zeitpunkt der Ausgangssperre „Verdächtige“ aus ihren Häusern holen, um sie mitzunehmen oder auf der Straße zu liquidieren. Sie erscheinen oftmals ver mummt, bewaffnet und fahren mit Fahrzeugen ohne Kennzeichen. Selten geben sie ihre Identität preis. Und doch können die Familien in vielen Fällen ihre Angehörigen lokalisieren, entweder weil sie die Verantwortlichen der Entführung wiedererkennen oder weil sie von Mitgefangenen den Ort der Verhaftung erfahren.

Während dieser Durchkämpfungsoperationen werden häufig Geld, Schmuck und andere Wertsachen gestohlen. Die verhafteten Personen werden in eines der zahlreichen Folterzentren gebracht, darunter die Polizeischule von Châteauneuf in Algier, der CTRI⁷ der 5. Militärregion in Constantine (genannt Bellevue) und die Kaserne Magenta in Oran, um nur diese drei zu nennen. Sie vegetieren wochenlang an diesen Orten dahin, und oft erscheinen sie nicht mehr wieder. Ihre Mitgefangenen berichten über ihren Tod unter der Folter, oder sie werden, weil keine weiteren Informationen über sie zu erhalten sind, als „verschwunden“ gemeldet.

Diese systematische Repression hat einen kollektiven Charakter. Während einer Durchkämpfungsoperation werden Nachbarn festgenommen und getötet oder entführt. Wenn eine Person verdächtigt wird, können alle Brüder und manchmal auch Schwestern und Eltern misshandelt, als Terroristen bezeichnet und ihr Haus gesprengt werden, wie im folgenden Beispiel:

Doumaz Omar, geboren am 11 April 1958 in Algier, verheiratet und Vater von zwei Kindern, Händler, wohnhaft in El Harrach, Algier, war Mitglied der FIS. Er stellt sich der Sécurité Militaire am 6. Februar 1993 in Begleitung seines Veters, der bei der SM beschäftigt ist. Er wird verhaftet und verschwindet. Ein Mitgefangener berichtet der Familie 1995, daß der Betroffene sich im Militärgefängnis von Blida befände und darauf warte, dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Danach hat die Familie keine weitere Nachricht über ihn erhalten. Acht Tage nachdem er sich gestellt hatte, wurde sein Haus gesprengt. Sein Vater und sein Bruder wurden verhaftet, letzterer im Zentralkommissariat schwer gefoltert.⁸

Ab 1994 tauchen die Milizen (Selbstverteidigungsgruppen) auf. Diese Gruppen wurden auf Initiative von politischen Parteien und Sicherheitsdiensten gegründet und haben ihre Rolle der Selbstverteidigung weit überschritten, da sie sich an der Seite der Sicherheitskräfte oder völlig selbständig am „Kampf gegen den Terrorismus“ beteiligten. Sie stellen Straßensperren auf, führen Durchkämpfungs-

⁷ Centre territorial de recherche et d'investigation.

⁸ Algeria-Watch et Salah-Eddine Sidhoum, Liste de 1000 disparus, 11 janvier 2002

operationen aus und begehen Verbrechen in totaler Straflosigkeit. Das bekannteste Beispiel ist das des ehemaligen Bürgermeisters von Relizane, der verdächtigt wird, während der Jahre 1995-1997 Dutzende von Entführungen und Liquidierungen befohlen und begangen zu haben. Der folgende Fall macht deutlich welche Übergriffe Milizen begehen und wie Familien von untergetauchten Oppositionellen Opfer der kollektiven Repression werden:

4. April 1995: M.S., Verantwortlicher des PAGS (kommunistische Partei), gründet mit seinen Brüdern eine bewaffnete Miliz in Boufarik, die Rachezüge gegen Familien von islamistischen Sympathisanten in dieser Stadt vornehmen wird.

7. Mai 1995: Diese Gruppe bewaffneter Milizionäre tötet sechs Bürger, darunter eine Frau und einen achtzigjährigen Mann, deren Kinder im Maquis sind. Mehrere Monate später lobt die private Presse und das nationale Fernsehen diese kriminelle Gruppe und deren Chef. Die getöteten Personen sind: Achouri Ahmed, Bensassa Belkacem (50 Jahre), Bensous Tahar (75 Jahre), Bensous Saïda (geborene Djabri, 60 Jahre), Saïdoune Abdesslam.⁹

Weder die Durchkämpfungsoperationen noch die Straßensperren werden in den darauffolgenden Jahren vollständig verschwinden.

1997-1998: Von der kollektiven Repression zu den kollektiven Massakern

Von massenhaften extralegalen Tötungen zu kollektiven Massakern ist es nur ein Schritt. In der Tat sind seit 1994 Massaker an der Zivilbevölkerung bekannt. So wurde in Tenes im Mai 1994 als Reaktion auf den Hinterhalt einer bewaffneten Gruppe, bei dem 16 Soldaten getötet wurden, ein Rachezug unternommen, bei dem 173 Personen, darunter ein Kind von 13 Jahren, gefoltert, ermordet und aus Hubschraubern abgeworfen wurden.

Berrouaghia, Lakhdaria, Constantine und viele andere Orte wurden zwischen 1994 und 1995 zum Schauplatz von Massakern. Diese fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die algerischen Medien erhielten die Auflage nur „autorisierte“ Informationen zu veröffentlichen und berichten daher über solche Verbrechen nicht. Sie berichten nur über die „Gewalttaten“, die tatsächlich oder vermeintlich von bewaffneten Gruppen begangen werden. Während die extralegale Tötung offiziell mit dem Argument gerechtfertigt (aber nicht als solche bezeichnet) wird, die Opfer seien Terroristen, die sich auf der Flucht befänden, oder bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften getötet worden, werden die kollektiven Tötungen systematisch geleugnet.

Es ist anzunehmen, dass sich die Zahl der Massaker seit 1997 vervielfacht hat, aber sicherlich berichteten auch die Medien regelmäßiger darüber, da die Informationspolitik sich geändert hatte: Der Begriff „Massaker“ setzte sich durch und wurde den bewaffneten islamischen Gruppen systematisch zugeschrieben.

Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Massaker insgesamt wie auch der Opfer bei jedem einzelnen Massaker zwar zunimmt, doch während der Wahlperioden erheblich absinkt.¹⁰ Bei jedem der großen Massaker, die während des Spätsommers 1997 und Winter 1997-98 stattfanden, wurden mehrere hundert Menschen abgeschlachtet, in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder. Bis heute ist die genaue Zahl der Opfer nicht bekannt. Meistens ist die offizielle Zahl viel niedriger, als von Krankenhäusern, Totengräbern und Überlebenden angegeben wird.

Auf der Basis der Zeugnisse von Überlebenden und der Beobachtungen vor Ort ist es notwendig, auf folgende Tatsachen aufmerksam zu machen:

- Seit 1996 beherrscht die Armee das Terrain, denn die bewaffneten Gruppen wurden weitgehend zerschlagen und agieren nur noch sporadisch. In der Region von Algier breiten sich ab Beginn des Sommers 1997 die Militärs massiv aus. Die Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition¹¹ (AIS) sind fortgeschritten und führen im Herbst desselben Jahres zu der Ankündigung eines einseitigen Waffenstillstandes, dem sich auch andere Gruppen anschließen.

- Eine große Anzahl von Massakern fanden in der am stärksten militarisierten Region von Algerien statt (Algier, Blida, Medea). Diese Gemetzel, die fünf bis sechs Stunden andauern können, fanden

⁹ Salah-Eddine Sidhoum, Chronologie d'une tragédie cachée (1992-2002), Algeria-Watch, 11 janvier 2002

¹⁰ An Anatomy of the Massacres, p. 124, in An Inquiry into the Algerian Massacres, edited by Hoggar Books, 1999.

¹¹ AIS, Armée islamique du Salut, islamische Heilsarmee, wird als bewaffneter Arm der FIS bezeichnet.

wenige hundert Meter von Kasernen entfernt statt, ohne dass das Militär interveniert wäre. Die Soldaten haben manchmal sogar den Ort des Dramas umzingelt, die Opfer daran gehindert zu fliehen (Bentalha und Rais) und Rettungsversuche von außen blockiert.

- Die Bewohner der betroffenen Ortschaften erwarteten solche Angriffe und bereiteten sich darauf vor, indem sie alle möglichen Wurfgeschosse, Molotow-Cocktails, Sirenen und Projektoren beschafften und nächtliche Wachen organisierten. Ihre Nachfrage nach Waffen und dem Verlegen der Militärposten in die Siedlungen wurden nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, die Bildung von Selbstverteidigungsgruppen wurde in manchen Orten von Mitgliedern des Geheimdienstes verhindert. Erst nach den Massakern wurde die Zusammenstellung einer Selbstverteidigungsgruppe erlaubt.

- Die Nicht-Intervention von Sicherheitskräften wurde mit der Gefahr von Minen in der Umgebung der betroffenen Viertel begründet. Doch weder die Überlebenden, die fliehen konnten, noch die Rettungsmannschaften, die schließlich vor Ort kamen, wurden Opfer von Minen.

- Die Angreifer waren oft Männer, die gut trainiert und bewaffnet waren. Sie verfügten über diverse Waffen wie z.B. Messer, aber auch Schusswaffen. Manche waren mit *Kaschabias* (traditionelle Mäntel) bekleidet, andere mit Kampfuniformen. Viele trugen Bärte, echte oder falsche. Im Fall von Bentalha gingen die Angreifer ruhig und methodisch in drei Gruppen vor. Die erste Gruppe öffnete den Weg, indem sie selbstgebastelte Bomben – die in LKW's transportiert wurden – an Türen oder Fenster legte, die zweite Gruppe gab ihr mit Schusswaffen Deckung, und die dritte Gruppe drang in die Häuser ein und metzelte die Bewohner nieder, immer unter dem Schutz der zweiten Gruppe. Die Angreifer wussten genau, welche Häuser anzugreifen waren, und verfügten über Namenslisten. Während der ganzen Operation überflog ein Hubschrauber das Viertel.¹²

- Die Opfer der Massaker waren für ihre Sympathien für die FIS oder die bewaffnete Opposition bekannt. Sie hatten sich bewaffnen wollen oder waren vor den Massakern in anderen Regionen geflohen. Viele Überlebende der Massaker, die Ende 1996 und Anfang 1997 in der Region von Tablat (Medea) verübt worden waren, ließen sich in verlassenen Häusern in Hai Djilali (Bentalha) mit der Erlaubnis der lokalen Militärs nieder. Während des großen Massakers von Bentalha waren diese Häuser die bevorzugten Zielscheiben der Angreifer. Es scheint, dass auch in Rais manche der Opfer aus der Region von Medea stammten, die sie einige Monate zuvor verlassen hatten. Die Region um Relizane, die zwei der größten Massaker Ende 1997 und Anfang 1998 mit etwa 1000 Toten erlebte, war eine Hochburg der AIS.

- Diese großen Massaker fanden in einem nationalen Kontext der äußersten Spannung statt. Der Präsident Liamine Zeroual und seine Verbündeten schienen sich gegenüber dem Oberbefehlshaber und dem DRS (*Département du renseignement et de la sécurité*, militärischer Geheimdienst) durchzusetzen. Während des Sommers 1997 intensivierten sich die Gerüchte über einen Putsch, und gleichzeitig vermehrten sich die Massaker und rückten immer näher an Algier heran. Dieser Machtkampf dauerte bis 1998 an, und im September kündigte Zeroual seinen Rücktritt an.

Seit Sommer 1997 wird die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission erhoben. Im Oktober 1997 griffen vier internationale Menschenrechtsorganisationen diese Forderung auf. Die Machthaber und ihre Verbündeten in den Medien lehnen jede Diskussion ab und bezeichnen diejenigen, die es wagen, Untersuchungen zu verlangen, als „Komplizen des Terrorismus“.

Die Massaker haben mit der Machtübernahme von Bouteflika nicht aufgehört. Jede Woche werden Menschen niedergemetzelt, entstellt und zerstückelt. Die Zahl der Opfer ist gegenüber den Jahren 1997-1998 gesunken, aber wie wir weiter unten sehen werden, bietet die extralegale Situation die Voraussetzung für eine jederzeit mögliche Zuspitzung der Repression.

1999-2001: Die „Normalisierung“ der Gewalt

Im April 1999 übernahm Abdelaziz Bouteflika seine Funktion als Staatspräsident, nachdem eine sich abzeichnende Wahlfälschung die sechs anderen Präsidentschaftskandidaten einen Tag vor der Wahl zum Rücktritt veranlasst hatte. Bouteflika stellt sich als Mann des Friedens und der Versöhnung dar. Doch schnell wird er zur Zielscheibe der Zeitungen, die sich entschieden gegen einen nationalen Konsens aussprechen. Er gesteht als erster offiziell ein, dass die algerische Tragödie 100 000 Opfer

¹² Nesroulah Yous avec la collaboration de Salima Mellah, Qui a tué à Bentalha, La Découverte, p. 157-192.

gefordert hat und die Zahl der Verschwundenen 10 000 beträgt. Er versteht sich als Urheber der „zivilen Eintracht“, eines Gesetz, das einerseits den Status der bewaffneten Gruppen, die den Waffenstillstand im Oktober 1997 angekündigt haben, regeln soll und andererseits Strafminderungen für die neuen „Reumütigen“ vorschlägt.

Dieses Gesetz trat im Juli 1999 für eine Dauer von sechs Monaten in Kraft. Bewährungskomitees, die über das Schicksal der „Reumütigen“ bestimmen sollten, wurden eingerichtet. Diesen Komitees, die vor allem aus Beamten aus dem Bereich der Exekutive bestehen, gehören keine von staatlichen Strukturen unabhängige Personen an. Gleich nach ihrer Ernennung wurden Kritiken laut: Die Befreiung und Minderung von Strafen bzw. die Bewährung war für Personen vorgesehen, die keinen Mord, keine Vergewaltigung und keinen Bombenanschlag verübt hatten. Doch den Informationen der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger zufolge hatten manche dieser Personen bereits vor der Gründung der Komitees Kontakte zu Sicherheitskräften. In Wirklichkeit hatte der Geheimdienst sich der Sache der „Reumütigen“ angenommen und agierte „insgeheim“. In Schnellverfahren, innerhalb eines Tages, erhielten die „Reumütigen“ ein Protokoll, das ihre Unschuld bescheinigte, und damit waren sie frei.

Welche Kategorie von Personen konnte diese Maßnahme in Anspruch nehmen? Es scheint, dass die Behörden selektiv vorgingen: Obwohl einerseits eine große Anzahl von Gefangenen den Artikeln 36 und 37 des Gesetzes zufolge hätten freigelassen werden müssen, aber nicht wurden, berichteten andererseits die Medien, dass Mitglieder bewaffneter Gruppen, die für ihre Verbrechen bekannt waren, frei waren. Bis heute ist der Öffentlichkeit keine Bilanz dieses Gesetzes vorgelegt worden. Wie viele Personen haben sich den Behörden gestellt? Wie viele sind in den Genuss der Bestimmungen gekommen? Während die algerischen Zeitungen berichteten, ganze Familien hätten sich im Rahmen des Gesetzes den Behörden gestellt, behaupteten manche Beobachter, die Zahl der Mitglieder bewaffneter Gruppen übersteige nicht 1 500. Ein Dissident mit dem Dienstgrad eines Obersten erklärt: „Ich kann Ihnen versichern, dass unter den 1 300 Terroristen, die sich bis heute im Rahmen des Gesetzes zur ‚zivilen Eintracht‘ gestellt haben, 700 eingeschleuste Offiziere sind, die aufgefordert wurden, zu ihren Kasernen zurückzukehren.“¹³

Der Artikel 40 des Gesetzes schrieb fest, dass es nicht auf die Mitglieder von bewaffneten Gruppen angewendet werden kann, die sich vor seiner Verabschiedung gestellt hatten (es handelt sich um die Gruppen, die seit Oktober 1997 einen Waffenstillstand einhielten). Der Staatspräsident sah für diese Personen eine „amnestierende Gnade“ vor, doch die algerischen Zeitungen berichteten, dass von den 5000 bis 6000 Kämpfern der AIS nur 1136 amnestiert wurden.¹⁴ Welchen Status haben die anderen?

Der Fall von Samir Hamdi Pacha macht deutlich, wie undurchsichtig die Anwendung dieses Gesetzes ist und wie wenig sie sich von dem Verfahren, das dem Dekret der „Rahma“ (Milde) von 1995 folgte, unterscheidet.

Samir Hamdi Pacha, geboren am 23 April 1966, verheiratet und Vater von zwei Kindern, selbstständig im Bereich Informatik, war 1993 aus Algerien in die Vereinigten Staaten geflohen, weil er wegen seiner Zugehörigkeit zu der verbotenen und aufgelösten FIS verfolgt wurde. Im Rahmen der „zivilen Eintracht“ begibt er sich am 2. November 1999 nach Algerien. Er wird am Flughafen festgenommen und der Bewährungskommission vorgeführt. Diese stellt ihm am 3. November eine Bescheinigung aus, die ihn von gerichtlichen Verfolgungen freispricht. Er ist frei und geht zu seiner Familie. Am 22. Dezember 1999 erscheinen zwei Männer in Zivil, die sich als Mitglieder des Sicherheitsdienstes vorstellen. Sie bitten ihn mitzukommen, um einige Fragen zu beantworten. Er wird bis Mai 2000 in geheimer Haft gehalten. In dieser Zeit galt er als verschwunden. Er wird der Verbindung mit bewaffneten Gruppen beschuldigt und wartet seitdem auf seinen Prozess.¹⁵

Die Politik im Namen der „zivilen Eintracht“ und die diplomatischen Talente von Bouteflika machten das algerische Regime auf der internationalen Bühne wieder salonfähig: Die Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft haben sich konsolidiert und im Dezember 2001 zur Unterzeichnung eines Assoziierungsvertrages geführt, während sich zugleich die militärische Zusammenarbeit mit den USA verstärkt hat. Diese „Normalisierung“ nach außen wird aber weder von einer Lösung der

¹³ Y.B. et Samy Mouhoubi, Algérie: Un colonel dissident accuse, Le Monde, 26 novembre 1999 <http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvre/mao15.htm>

¹⁴ La Tribune, 16 janvier 2000

¹⁵ <http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvdisp/pacha.htm>

politischen Krisen im Inneren noch von einer Verbesserung der Menschenrechtslage begleitet. Obwohl das Jahr 1999 relativ ruhig war, haben die Massaker im Jahr 2000 wieder an Intensität zugenommen. In einem Geheimbericht werden im Jahr 2000 70 Massaker und 9000 Tote angeführt, darunter drei Viertel Zivilisten.¹⁶

Diese „Normalisierung“ drückt sich im Land darin aus, dass die Gewalt zur Bewahrung des Status quo eingesetzt wird: Der Ausnahmezustand ist weiterhin in Kraft. Die Teilnahme von Oppositionsparteien am politischen Geschehen gleicht einer Maskerade. Die Zerschlagung des Staatssektors drängt weiterhin Zehntausende von Menschen in die Armut (600 000 Kündigungen seit 1994). Die Militarisierung der Gesellschaft und damit einhergehend die Privatisierung der Gewalt schreiten voran, während nicht identifizierbare bewaffnete Gruppen sich weiterhin vermehren. Die Frage der Straflosigkeit bleibt von entscheidender Bedeutung.

Da keine durchschlagenden Maßnahmen zur Aufhebung dieser Nicht-Rechtsstaatlichkeit ergriffen wurden, kann die Gewalt zu jedem entscheidungsrelevanten Zeitpunkt von einer Fraktion der Macht instrumentalisiert werden. So sind seit Frühjahr 2001 manche Regionen in einen Zustand „des permanenten Aufruhrs“ gestürzt, der offensichtlich den Interessen mancher lokaler und nationaler Potentaten dient. Der Tod des jungen Mohamed Massinissa Guermah am 18. April 2001 infolge von Schüssen, die ein Gendarm in der Brigade von Beni-Douala abfeuerte, und weitere Übergriffe desselben Armeekorps, lösten Unruhen während der Beerdigung von Guermah aus, die sich rasch in Tizi-Ouzou, Bedjaïa, Bouira, Setif und Bordj Bou Arreridj ausbreiteten.

Eine massive Repression setzt daraufhin ein. Gendarmen sind im Einsatz, aber manche Beobachter berichten von der Anwesenheit von Spezialkräften, die Uniformen der Gendarmerie tragen. Sie verwenden Kriegswaffen und schießen mit scharfer Munition auf die Demonstranten und Aufständischen. Es gibt ernstzunehmende Hinweise darauf, dass Explosivkugeln benutzt wurden. Zwischen April und Juni 2001 wurden etwa 100 Personen getötet und 2000 verletzt.¹⁷ Diese extralegalen Tötungen wurden begleitet von willkürlichen Massenverhaftungen und Folterungen. Viele Zeugen berichten über die Demütigungen und Übergriffe, die junge Leute erlitten haben.

Ende Mai 2001 wird eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Professor Issad ernannt. Sie veröffentlicht ihren Bericht im Juli 2001.¹⁸ Darin ist zu lesen:

Der Tod von Guermah und das Ereignis von Amizour sind nur die unmittelbaren Auslöser der Unruhen. Die tiefen Gründe liegen woanders: Sie sind sozial, ökonomisch, politisch, identitär und hängen mit den unzähligen Übergriffen zusammen. Die Verantwortung liegt an der Spitze.

- Die gewalttätige Reaktion der Bevölkerung wurde von einer nicht weniger gewalttätigen Handlungsweise der Gendarmen verursacht, die zwei Monate lang anhielt: Schüsse mit Feuerwaffen, Zerstörungen, Raub, Provokationen aller Art, obszöne Beschimpfungen und Zusammenschlagen. Die Kommission hat kein Dementi erhalten.

- Die Gendarmen intervenierten ohne Aufforderung der zivilen Behörden, obwohl das Gesetz dies erfordert.

Die Befehle der Gendarmerie, keine Waffen zu gebrauchen sind nicht ausgeführt worden, was folgende Schlüsse nahe legt:

- Entweder die Führung der Gendarmerie hat die Kontrolle über ihre Truppen verloren,

- oder die Gendarmerie ist - gewiss mit interner Komplizenschaften - durch außenstehende Kräfte infiltriert worden, die gegensätzliche Befehle erteilen, aber mächtig genug sind, um die Gendarmerie zwei Monate lang und über ein so großes Gebiet mit dieser Gewalt agieren zu lassen.

Die algerischen Behörden haben bis heute keine praktische Konsequenz aus diesem Bericht gezogen. Die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen wurden nicht belangt, schlimmer noch, denn nicht nur, dass die Unruhen in der Kabylei seit April 2001 nicht aufgehört haben, sondern die Konfusion wird immer aufs Neue erzeugt, so daß die Protagonisten immer schwerer zu identifizieren sind. Das Regime scheint aus dieser Aufstandssituation zu profitieren und versucht diese nicht durch politische Maßnahmen zu beruhigen.

¹⁶ Le Monde et Libération, 5 janvier 2001

¹⁷ Salah-Eddine Sidhoum, Liste non exhaustive des victimes des émeutes en Algérie (avril-juin 2001) http://www.algeria-watch.de/farticle/revolte/liste_morts.htm

¹⁸ Rapport préliminaire de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie. (Juillet 2001), Publié par Algeria Interface, 27 juillet 2001, http://www.algeria-watch.de/farticle/revolte/issad_rapport.htm

Die Menschenrechtsverletzungen

Die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen haben in den letzten zehn Kriegsjahren nicht aufgehört. Im Gegenteil, die politischen und juristischen Strukturen fördern die Straflosigkeit der Verantwortlichen für Verletzungen oder diese werden sogar durch die betroffenen Institutionen gefördert.

Manche der Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise die Entführung und das Verschwindenlassen, werden nicht mehr im großen Umfang registriert, aber keine ist verschwunden.

Einschränkungen der Grundfreiheiten

Während der letzten zehn Jahre wurden die politischen Parteien, Vereine und Personen in ihrer Bewegungs- und Aktionsfreiheit massiv eingeschränkt. Versammlungs- und Meinungsäußerungsverbote, Einschüchterungen und Verfolgungen sind gängige Praktiken. Veranstaltungen von Organisationen wie der Algerischen Liga für die Verteidigung der Menschenrechte (*Ligue algérienne de défense des droits de l'Homme*, LADDH) oder der Jugendorganisation RAJ (*Rassemblement Action Jeunesse*) wurden sehr oft verboten oder ihre Stellungnahmen nicht abgedruckt. Die Vereinigung der Familien von Verschwundenen (ANFD) hat nie eine offizielle Anerkennung erhalten, ein Schicksal, das auch anderen Vereinen von Opfern der staatlichen Repression widerfährt. Der Partei Wafa ist die *de facto*-Legalisierung im November 2000 aberkannt worden – ein Jahr nach der Anmeldung –, obwohl das Parteiengesetz vorsieht, dass eine Partei als legal anzusehen ist, wenn das Innenministerium binnen 60 Tagen nach Antragstellung keinen Widerspruch einlegt. Die Familien von Verschwundenen müssen sehr oft während ihrer öffentlichen Versammlungen Übergriffe und Beschimpfungen der Sicherheitskräfte erdulden.

Persönlichkeiten wie Mahmoud Khelili, Mohamed Smain oder Mustapha Bouhadef erlitten Einschüchterungen und Übergriffe verschiedener Art. M. Khelili, Anwalt und Menschenrechtler, musste mit ansehen, wie seine beiden Söhne 1998 von etwa 20 Militärs festgenommen wurden. Einer wurde vier Tage lang inhaftiert und zusammengeschlagen. In den folgenden Jahren haben die Belästigungen und Drohungen nicht aufgehört.

Mohamed Smain, Verantwortlicher der LADDH in Relizane, erfährt seit Jahren Verfolgungen, die bis zur Festnahme gingen, weil er in Relizane den Verbrechen der Milizen und ihrer Chefs Mohamed Abed und Mohamed Fergane nachgeht und sie öffentlich verurteilt. Obwohl diese von Familien von Verschwundenen für den Tod und das Verschwinden Dutzender von Menschen verantwortlich gemacht werden, ist keine offizielle Untersuchung veranlasst worden. Sie genießen weiterhin die vollkommene Straflosigkeit.¹⁹ Hadj Fergane und seine Männer haben wiederholt Anzeige wegen Diffamierung gegen Mohamed Smain erstattet, und dieser wurde am 5. Januar 2002 zu zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt.

Professor Mustapha Bouhadef, Parlamentarierchef der FFS (Front der Sozialistischen Kräfte) wurde während des Monats Dezember 2001 dreimal bedroht und von bewaffneten Geheimdienstmannern verfolgt, obwohl er Personenschutz erhält. Das letzte Mal, als diese Männer an seinem Wohnort erschienen, wurden sie von zwei jungen Männern des Viertels angesprochen. Diese wurden körperlich angegriffen, und einer von ihnen wurde mit dem Kolben einer Waffe an der Schläfe verletzt. Die Mitglieder von Oppositionsparteien erfahren regelmäßig derartige Einschüchterungsversuche.²⁰

Im Frühjahr 2001 erlebte das Land Unruhen und Demonstrationen von jungen Menschen, die die soziale und politische Situation und die extreme Demütigung von Seiten der staatlichen Stellen und der Sicherheitskräfte nicht länger ertragen können. Zwei große gewaltfreie Demonstrationen fanden in Algier statt. Die dritte Demonstration, die am 14. Juni stattfinden sollte, wurde zum Schauplatz von Auseinandersetzungen, die von gesteuerten Gruppen ausgelöst wurden. Hunderte von Demonstranten wurden festgenommen, manche mehrere Tage lang. Infolge dieser gewalttätigen Demonstration beschloss die Regierung am 18. Juni vorläufig alle Demonstrationen in Algier zu verbieten. In den folgenden Wochen versuchte die Protestbewegung mehrfach einen Marsch von Delegierten der verschie-

¹⁹ Yassin Temlali, L'ancien chef des patriotes de Relizane accusé d'assassinat d'un de ses hommes, Algeria Interface, 27 avril 2001, <http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvmass/fergane.htm>

²⁰ Siehe Algeria-Watch, http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvrepr/bouhadef_suite.htm

denen Kommunen in Algier zu organisieren. Die Sicherheitskräfte riegelten die Wege zur Hauptstadt ab, so dass Tausende von Menschen zurückkehren mussten. Dieses Verbot besteht bis heute.

Willkürliche Festnahmen und geheime Haft

Zehntausende von Menschen wurden außerhalb jeglichen legalen Rahmens festgenommen bzw. entführt. In vielen Fällen sind die Verantwortlichen für diese Entführungen den Opfern und ihren Familien bekannt, obwohl sie selten ihre Identität preisgeben. Haftbefehle gibt es praktisch nicht. Diese willkürlichen Festnahmen finden oft nachts statt, während der Durchkämpfungsoperationen, die von kombinierten Kräften ausgeführt werden (alle Armeekorps beteiligen sich an diese Operationen: reguläre Armee, Gendarmerie, Republikanische Garde, Fallschirmjäger, Spezialkräfte, aber auch die Polizei und später die Kommunalgarden und die Selbstverteidigungsgruppen). Die Angehörigen des DRS (militärischer Sicherheitsdienst, ehemalige *Sécurité Militaire*) nehmen ebenfalls an diesen großangelegten Operationen teil oder nehmen gezielt einzelne oder kollektive Verhaftungen vor. Zeugen berichten, dass diese Entführungen von Agenten in Zivilkleidung oder in manchen Fällen sogar als Islamisten verkleidet vorgenommen wurden. Die Festnahmen finden oftmals in der Wohnung der Opfer statt und werden von Durchsuchungen und dem Raub von Wertsachen begleitet. Die Sicherheitskräfte führen diese Absperrungen von Vierteln und die Durchkämpfungsoperationen meistens nachts aus.

An den Opfern wird vom ersten Augenblick an Gewalt verübt: Sie werden geschubst, misshandelt, ihre Augen werden verbunden, und sie werden verschleppt, oftmals im Kofferraum von Autos ohne Kennzeichen, aber auch von offiziellen Fahrzeugen. Die geheimen Haftzentren, in die sie eingesperrt werden, können die Überlebenden nicht immer lokalisieren. Dennoch wissen viele Gefolterte, dass sie in eines der zahlreichen Folterzentren eingesperrt wurden: Die Polizeischule von Châteauneuf, die Kaserne von Ben Aknoun, das Kommissariat von Bourouba (Algier); die Kaserne von Haouch Chnou (Blida); der Sitz der fünften Militärregion in Mansourah, das Zentralkommissariat von Coudat (Constantine) usw. Dem müssen unzählige Gendarmerien, Kommissariate und Militärkasernen hinzugefügt werden, die alle als geheime Haft- und Folterzentren dienen. Auch in den Gefängnissen werden Menschen in geheimer Haft gehalten.

„Herr Arab Malek, 25 Jahre alt, Angestellter bei der Sonelgaz, wohnhaft in der Cité Boucheraye, Ouled Koriche (Algier), wurde im März 1997 von Angehörigen der *Sécurité Militaire* festgenommen. Er berichtet: Wir wurden mitten in der Nacht vom Klopfen an der Haustür aufgeweckt. Wutentbrannte bewaffnete Männer belagerten das Haus. Sie fesselten mich an den Handgelenken mit Eisendraht und schleuderten mich auf den Boden, so dass ich auf dem Bauch lag. Einer richtet seine Pistole auf mich und drohte damit, mich sofort zu töten. Dann hob er seine Waffe und schoss nach oben, wodurch Panik im Haus ausgelöst wurde. Alle fingen an zu schreien. Die Bewaffneten Männer schlugen alles zusammen, was sie unter die Hände kriegten. Geschirr und Möbel wurden zu Boden geworfen und zerstört, sie stießen hemmungslos Beleidigungen und Beschimpfungen aus. Meine Mutter und das kleine zweijährige Mädchen, das sie in ihren Armen trug, wurden heftig geschlagen.“²¹

Die Dauer der Inkommunicado-Haft ist seit Inkrafttreten des sogenannten „Antiterrordekrets“ im September 1992 auf 12 Tage erhöht worden. Diese Frist wird selten eingehalten und kann Wochen, ja sogar Monate dauern, währenddessen die Familien und Verteidiger nicht wissen, wo die festgenommene Person sich befindet und welches Schicksal ihr bestimmt ist.

Diese illegalen Praktiken haben seit der Machtübernahme Bouteflikas nicht aufgehört, wie das folgende Beispiel deutlich macht:

„Am Freitag den 3. Dezember 1999 explodierte eine Bombe im Zentrum der Stadt Dellys (Wilaya von Boumerdes), als ein Polizeifahrzeug in der Nähe einer Moschee vorbeifuhr. Die Explosion tötete einen Polizisten und verletzte zwei andere. In der Moschee beendeten die Betenden ihr gemeinschaftliches Gebet und gingen nach Hause. Doch die rachesüchtigen Mitglieder der mobilen Garde der Kriminalpolizei und der Gendarmerie organisierten eine Strafexpedition gegen die Bewohner der Viertel Bordj Fnar, El Kous, La Cité usw. Etwa 100 Bewohner, ungeachtet ihres Alters oder Berufs, wurden aus ihren Häusern herausgeholt und nacheinander in den Bombenkrater geworfen. Sie wurden zusammengeschlagen und anschließend mit Fahrzeugen zum Sitz der Kriminalpolizei, ein *Souk el Fellah* (beschlagnehmter Supermarkt, der als Kaserne umfunktioniert wurde), entführt, wo sie sich ausziehen und auf den Bauch legen mussten, bevor sie ein

²¹ Salah-Eddine Sidhoum, Le parcours du supplicié. De l'arrestation rocambolesque à la détention arbitraire. Témoignages. Texte qui sera prochainement rendu public sur le site d'Algeria-Watch.

zweites Mal geschlagen wurden. Mehr als 120 Personen wurden in einem schlimmen Zustand in die Krankenhäuser gebracht.²²

Vor kurzem, im Frühjahr 2001, während der Demonstrationen und Unruhen, die in verschiedenen Regionen des Landes stattfanden, haben die Sicherheitskräfte Dutzende von jungen Demonstranten illegal verhaftet. Folgende Schilderung stammt von einem jungen Mann, der am 14. Juni 2001 in Algier an der Demonstration teilnahm:

Ein Polizeiauto raste auf uns zu. Als wir versuchten, ihm auszuweichen, haben sich andere Angehörige der Polizei auf uns gestürzt und mit Schlagstöcken, Pistolenkolben und Fußtritten geschlagen. Ich stürzte und verlor fast das Bewusstsein. Ich hörte in dem Moment einen Polizisten schreien: „Macht ihn fertig, er blufft nur!“ Andere Demonstranten werden das gleiche Los erleiden. Wir waren zu mehreren Dutzenden in einem Zimmer, in dem wir zusammengepfercht wurden, nachdem wir zusammengeschlagen worden waren. (...) Mourad und die anderen werden zwei Stunden später zum Kommissariat des 7. Bezirks gebracht. (...) Im Kommissariat, „waren wir mehr als 100, darunter ein Mädchen; wir waren nicht alle Kabylen. Es waren auch junge Männer aus Oued Ouchayeh, Aïn Naadja, Setif. Die Polizisten waren auch nicht einer Meinung in Bezug auf das, was wir erlitten hatten. Ich habe mich ganz hinten im Saal hingesetzt, bis man mich zum Verhör gerufen hat.“ Die Fragen, die Mourad beantwortet hat, wurden nicht vollständig in den beiden Protokollen aufgezeichnet.

„Ein Polizist tadelte mich wegen meiner schwarzen Kleidung und fragte mich, warum ich sie trug. Sein Ton änderte sich, als er mich auf das Amazigh-Zeichen aufmerksam machte, das ich noch immer auf der Backe trug.“ Das inhaftierte Mädchen wurde nicht anders behandelt als die anderen aus der Gruppe. „Sie wurde gezwungen, sich hinzuknien, wie alle anderen auch, bevor sie mehrfach geschlagen wurde und sich alle möglichen Obszönitäten anhören musste,“ erzählt Mourad. Er befürchtet, dass sie diejenige ist, die im Krankenhaus Mustapha verstorben ist.

„Gegen 6 Uhr brachte man uns auf den Parkplatz des Kommissariats, um uns hinter einem Tisch, auf dem ein Arsenal verschiedener Messer lag, zu filmen. Ich weiß nicht, woher sie diese hatten. Ich jedenfalls trug keines. Was mich am meisten schockierte, war diese Art, uns wie wirkliche Terroristen zu behandeln. Wir haben die Nacht unter fürchterlichen Bedingungen verbracht. Auf dem Boden zusammengepfercht bekamen wir nur einige Tropfen Wasser, um unseren Durst zu stillen.“²³

Systematische Folterungen

Die meisten inhaftierten Personen erleiden Folterungen und Misshandlungen. Unzählige Zeugnisse machen dies deutlich. Und die Zahl der unter der Folter verstorbenen Personen ist sicherlich sehr hoch. Die während der Durchkämpfungsoperationen festgenommenen Personen, die später getötet wurden und deren Leichen die Straßen säumten, trugen oft Spuren der Folter.

Alle Armeekorps, der DRS, die Polizei, die Kommunalgarden und die Selbstverteidigungsgruppen foltern. Die Opfer durchlaufen unter Umständen verschiedene Folterzentren, und wenn sie schließlich im Gefängnis inhaftiert werden, heißt dies nicht, dass die Übergriffe aufhören. Auch die Gefängnisbeamten misshandeln sie, um sie zu brechen, zu demütigen, jeglichen aufständischen Funken zu zerschlagen, zu bestrafen oder ganz einfach um sich zu vergnügen.

Die Folter wird als Druck- und Einschüchterungsmittel angewandt oder um Informationen über Nachbarn, Kollegen oder Verwandte zu erhalten, aber auch um sich nach Ermordungen von Angehörigen der Sicherheitskräfte oder einem erfolgreichen Hinterhalt einer bewaffneten Gruppe zu rächen. Regelrechte Strafexpeditionen gegen Bevölkerungen wurden organisiert, wie das oben genannte Beispiel von Dellys deutlich macht.

Wir werden nicht auf die Details der Foltermethoden eingehen und verweisen auf den hervorragenden Bericht von Rechtsanwalt Mahmoud Khelili, der von Algeria-Watch veröffentlicht wurde.²⁴ Dennoch wollen wir an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf einige Punkte richten.

Die Gefolterten vegetieren wochen- oder monatelang in winzigen, überfüllten, kalten Zellen dahin, ohne Belüftung, ausreichend Wasser und medizinische Versorgung, noch Wechselkleidung. Sie

²² Brahim Taouti, La torture dans l'Algérie d'aujourd'hui, algeria-watch, Januar 2000, http://www.algeria-watch.de/farticle/justice/torture_taouti.htm

²³ « On nous a traités comme des terroristes », Le Matin, 19 juin 2001, http://www.algeria-watch.de/farticle/kabylie/apres_manif.htm

²⁴ Me Mahmoud Khelili, La torture en Algérie (1991-2001), algeria-watch, octobre 2001, http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvtort/torture_khelili.htm

werden regelmäßig gefoltert oder müssen die Schreie und Klagen der anderen Opfer anhören, was ein zusätzliches Leid bedeutet. Die Folterungen finden oft vor den anderen Gefangenen statt. Dadurch haben viele Familien vom Tod ihres Angehörigen erfahren.

Auffällig bei den zahlreichen Zeugnissen der Überlebenden ist die systematische Anwendung der sexuellen Folter. Die Männer trauen sich eher, davon zu berichten: Der erste Akt der Demütigung ist der Zwang, sich zu entkleiden. Der Folterer zeigt von Anfang an, dass er sein Opfer bis in dessen Intimität hinein beherrscht. Die üblichen Praktiken der sexuellen Folterungen sind das Einführen von Gegenständen in den After, das Aufhängen am Geschlechtsteil, das Anlegen von Stromkabeln und das Zufügen von Verbrennungen am Geschlechtsteil, das Einklemmen der Hoden in einer Schublade, die Penetration im Mund durch den Folterer und Vergewaltigungen.

Diese Folterungen finden oftmals vor den Mitgefangenen statt, und es ist auch vorgekommen, dass die Folterer diese zwangen, an den Vergewaltigungen und anderen Brutalitäten teilzunehmen. Opfer berichteten auch von Folterungen vor Familienangehörigen oder Vergewaltigungen von Ehefrauen, Schwestern oder Töchtern vor den Gefolterten.

Die Botschaft ist klar: Die Männlichkeit desjenigen, der als Feind angesehen wird, soll zunichte gemacht werden. Es handelt sich nicht lediglich um eine physische Vernichtung, sondern auch um eine moralische und psychische Zerstörung. Die eigene Ohnmacht und Machtlosigkeit wird dem Gefolterten und seiner Familie vorgeführt.

Auch viele Frauen durchlaufen die Folterzentren. Sie berichten selten über die sexuellen Folterungen, die sie erleiden, und wenn sie darüber sprechen, bitten sie darum, es nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Um eine Frau zu demütigen und sexuell zu foltern, wird meist die individuelle, aber sehr oft auch die kollektive Vergewaltigung eingesetzt.

Die Mutter eines Verschwundenen berichtet über die Brutalitäten, die sie erleiden musste.

„Ich heiße S.F. und bin 61 Jahre alt. Ich bin im September 1995 von der Polizei (PCO) des Clos Salembier, Diar Essaada festgenommen worden. Im Folterzentrum waren 10 andere Frauen, ältere wie ich, aber auch jüngere, aus allen sozialen Schichten. Ich kann Ihnen nicht erzählen, was sie mir angetan haben. Es bleibt mir nur meine Trauer und meine Tränen, bis zu meinem Tod, um die Demütigung und Entehrung auszudrücken, die ich erlitten habe. Aber wenn ich nachdenke, dann frage ich mich, warum dieses Schweigen und warum meine Scham verbergen und damit gleichzeitig das Grauen, das die Folterer Frauen antun, die ihre Mütter, Schwestern oder Töchter sein könnten...

Er kam und sagte vor allen anderen Frauen zu mir: ‚Du, komm zur Untersuchung, folge mir!‘ Er machte mir Angst, seine Augen waren rot, und wenn er einen anschaute, schien er durch einen hindurch zu schauen. Als wir im Büro ankamen, schloss er die Tür und warf sich auf mich, ich schlug um mich und er war wütend, er hatte bestimmt Drogen genommen. Er nahm das Klebeband und band mir die Hände zusammen. Dann hat er mich vergewaltigt.“

Der zweite Punkt, auf den wir hier aufmerksam machen wollen, ist, dass die Folter dazu dienen kann, Oppositionelle zu brechen (umzudrehen), um sie in der Terrorismusbekämpfung zu benutzen. Es ist extrem schwierig, den Beweis dafür zu erbringen, aber verschiedene Zeugen berichten, dass sie beobachtet haben, wie Personen, die für ihre Zugehörigkeit der bewaffneten Opposition bekannt waren, nach ihrer Festnahme gefoltert wurden und später an Durchkämpfungsoperationen der Armee teilnahmen (unter ihnen befanden sich auch „Reumütige“) oder sich den falschen bewaffneten Gruppen, die von Spezialeinheiten kontrolliert werden und Massaker verüben, anschlossen.

Eine ausgestiegener Oberst berichtet in einer Zeitung:

Islamistische Terroristen werden während der Durchkämpfungsoperationen der Sicherheitskräfte festgenommen. Sie werden inhaftiert und gefoltert und dann in Kommandos der Armee, die ihr Heimatdorf massakrieren, integriert. Und ich kann Ihnen versichern, dass, wenn sie unter Drohungen den Befehl erhalten, den Menschen die Kehle durchzuschneiden, - dann gehorchen sie! Während dieser Operationen, werden die ersten Häuser systematisch verschont, damit Zeugen später behaupten können, dass sie die Islamisten des Dorfes erkannt haben.²⁵

Die Folter hält bis heute an, wie folgendes Beispiel deutlich macht:

²⁵ Y.B. et Samy Mouhoubi, Algérie: Un colonel dissident accuse, Le Monde, 26 novembre 1999 <http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvreve/maol5.htm>

Am 7. Februar 2001 wurde Saïd Zaoui, 70 Jahre alt und Mitglied der FIS, mit zwanzig anderen Personen im Zuge einer Razzia im Anschluss an einen kurz vorher verübten Bombenanschlag gegen eine Patrouille in Dellys festgenommen. Alle Personen wurden im Militärposten festgehalten, bevor sie freigelassen wurden. Herr Zaoui, der den Berichten der Mitgefangenen zufolge mit Strom gefoltert wurde, kam nicht frei und ist seither verschwunden. Karim Bentouati, ein 1973 geborener Mann, wurde bei dieser Operation extralegal hingerichtet.

Wir verfügen über zahlreiche Berichte von Opfern oder Zeugen, die aussagen, dass im Frühjahr 2001 Gendarmen die Aufständischen zusammengeschlagen und mit sexuellen Folterungen bedroht haben. Alle Berichte, über die wir verfügen, bestätigen diese Drohungen mit der Penetration.

Sie haben uns festgenommen und in einem Kleinlaster verschleppt. Ich erhielt Fußtritte, Faust- und Kolbenschläge auf alle Körperteile. Die Gendarmen führten uns zum Sitz des Kommissariats. Im Inneren waren wir etwa zu zehnt. Sie beschimpften und beleidigten uns mit Wörtern wie: ‚Hurensohn‘ oder ‚Wir werden euch vergewaltigen‘. Ich sah einen jungen Mann, den sie mit Fäusten zusammenschlugen. Er schrie aus Leibeskräften. In einer anderen Ecke wurde einer von einem Gendarmen gefoltert, der ihm die Barthaare mit seinen Händen ausriss, bevor er sie mit einem Feuerzeug verbrannte. Der junge Mann schrie: ‚Tötet mich, statt mich zu foltern!‘ Ab und zu kam ein Gendarm im Flur vorbei und warf uns zu: ‚Wenn ihr die Nacht hier verbringt, werde ich euch ausziehen und vergewaltigen.‘²⁶

Wie bei allen anderen Menschenrechtsverletzungen, berichten die Zeugen auch hier von der kollektiven Repression. Gruppen von „Verdächtigen“ werden während der Razzien, Durchkämpfungsoperationen oder an Straßensperren festgenommen und gefoltert, wenn sie nicht an Ort und Stelle getötet werden.

Boulouar Mourad, geboren am 18. Januar 1968, wohnhaft in Constantine, wurde am 22. Juli 1994 in der Moschee des Viertels (ehemalige Poudrière) von Sicherheitskräften festgenommen. Dem Bericht seiner Frau zufolge soll er unter der Folter gestorben sein. An diesem Abend wurden viele Moscheebesucher festgenommen. Einige Tage später wurden in zwei Entlassungswellen einige von ihnen freigelassen. Die Leiche von Boulouar Mourad wurde am 15. September 1994 in die Grotte namens Mernouna im selben Viertel geworfen. Der Körper war entstellt und trug Spuren schwerer Folter. Die Anwohner der nahegelegenen Straße von Sidi M'cid wurden am Abend des 15. September 1994 um 23 Uhr von Gewehrsalven überrascht. Am Morgen entdeckten sie sieben Leichen, die mit Kugeln durchsiebt waren. Diese Personen waren in Wirklichkeit unter der Folter verstorben, und die Schüsse, die am Vorabend zu hören waren, sollten den Grund ihres Todes vertuschen. Die sieben Leichen wurden wiedererkannt und von den Familien abgeholt. Doch die Sicherheitskräfte umzingelten sofort danach ihre Wohnhäuser und nahmen die Leichen wieder mit, die sie sodann im Zentralfriedhof von Constantine am 16. September 1994 begruben. Es handelt sich um die drei Brüder Chéribet, die beiden Vetter Boudraa, Kenouala und Boulouar.²⁷

Das Verschwindenlassen

Entführungen mit anschließendem Verschwindenlassen sind in Algerien eine sehr weit verbreitete Praktik. 1992 wurde sie relativ selten angewandt, nahm jedoch im Jahr 1993 zu und erhielt einen systematischen Charakter in den Jahren 1994-1996. In den darauffolgenden Jahren sank zwar die Zahl der Opfer, doch das Verschwindenlassen hat nie aufgehört, wie das Beispiel von Herrn Zaoui zeigt, der im Februar 2001 festgenommen wurde (siehe weiter oben).

In einem Bericht über das Verschwindenlassen, den Algeria-Watch im März 1999 veröffentlichte,²⁸ wird festgestellt, dass die 3 000 bekannten Fälle sich zeitlich folgendermaßen verteilen:

1993 5,3% , 1994 37% , 1995 31% , 1996 18,3% , 1997 7%.

In den darauffolgenden Jahren wurden immer wieder Fälle von Verschwundenen registriert:

Hamidi Habib, am 19. April 1994 geboren, ledig, Tagelöhner und wohnhaft in Reghaïa (Algier), wurde am 24. April 2000 um 16 Uhr auf dem Rückweg von der Arbeit neben seinem Wohnhaus von in Zivil gekleideten Polizisten festgenommen. Sie waren in Polizeiautos und anderen Fahrzeugen, die keine Kennzeichen trugen, angerückt. Ein freigelassener Mitgefangener soll seinen Eltern gesagt haben, dass er Hamidi Habib in einem geheimen Haftzentrum begegnet sei, das er aber nicht lokalisieren könne.²⁹

²⁶ Farid Alilat et Nadir Benseba, Retour sur les événements, Le Matin, 16 mai 2001, <http://www.algeria-watch.de/farticle/kabylie/retour.htm>

²⁷ Liste de 1000 disparus, op. cit.

²⁸ Algeria-Watch : Les "disparitions" en Algérie suite à des enlèvements par les forces de sécurité, mars 1999 <http://www.algeria-watch.de/farticle/aw/awrapdisp.htm>

²⁹ Liste de disparus, op. cit.

Die Zahl der Verschwundenen ist nicht bekannt. Amnesty International gibt die Zahl von 4000 an, die ANFD verfügt über 7000 dokumentierte Fälle und manche NGO's befürchten, dass die Zahl noch höher liegt und an die 20 000 heranreicht. Von diesen verschwundenen Personen sind 99 % Männer, alle Altersgruppen sind betroffen, auch kleine Kinder und Greise.

Eine entführte Person, die mehr als 12 Tage in geheimer Haft gehalten wird, wird als *verschwunden* bezeichnet. Dieser Zustand des Verschwundenseins, d.h. der öffentlichen Nicht-Existenz, begünstigt jeden Übergriff. Die Menschenrechtsorganisationen verfügen über viele Fälle von Personen, die als *verschwunden* galten, weil sie Monate oder Jahre in geheimer Haft gehalten wurden. Der Fall von Samir Hamdi Pacha wurde weiter oben vorgestellt.

Man muss sicherlich annehmen, dass die große Mehrheit der Verschwundenen gefoltert wurde und manche gestorben sind. Andere wurden während ihrer geheimen Haft extralegal getötet. Ein Teil der Opfer ist aufgrund der Haftbedingungen oder wegen Krankheit, Kälte und Unterernährung verstorben.

Aber die Familien erhalten manchmal Informationen über ihre Angehörigen Jahre nach der Entführung. Deswegen hoffen viele unter ihnen, dass es Überlebende gibt.

Offiziell wird eine Zahl von 4 800 Verschwundenen anerkannt (wir erinnern daran, dass Bouteflika persönlich die Zahl von 10 000 angegeben hat), doch die Verantwortung der Staatsdienste für die Entführungen und das Verschwindenlassen wird weiterhin keineswegs anerkannt. Die Behörden bekräftigen, dass es sich um Personen handelt, die in den Untergrund gegangen, ins Ausland geflohen, bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Armee umgekommen sind oder von „Terroristen“ ermordet wurden. Doch Hunderte von Berichten von Angehörigen, Kollegen oder Nachbarn der Opfer zeigen, dass die verschiedenen Sicherheitskräfte, Kommunalgarden und Selbstverteidigungsgruppen für einen Großteil dieser Entführungen verantwortlich sind.

Auch hier muss der kollektive Charakter des Verschwindenlassens betont werden. Die Personen werden festgenommen, weil sie der Sympathie für die FIS, der Unterstützung des Widerstandes beschuldigt werden oder weil ein Mitglied ihre Familie dessen verdächtigt wird. In vielen Fällen ist die Entführung und das Verschwindenlassen eines oder mehrerer Mitglieder einer Familie eine Repressionsmaßnahme, weil ein Angehöriger verdächtigt wird, ein Aktivist zu sein oder sich dem Untergrund angeschlossen zu haben.

Bellemou Smaïn, geboren am 12. April 1940, wohnhaft in El Biar (Algier), Vater von 8 Kindern, Angestellter einer staatliches Unternehmens und Sympathisant der FIS, erhielt am 24. März 1996 Besuch von zwei Polizisten in Zivil, die sich als Angehörige der Brigade für Wirtschaftskriminalität vorstellen und ihm eine Vorladung vom Zentralkommissariat von Algier für den 25. März 1996 um 10.30 Uhr aushändigen. Sie durchsuchen die Wohnung. Herr Bellemou kommt seiner Vorladung nach und verschwindet. In der darauffolgenden Nacht stürmen Männer, die einen maskiert, andere in Zivil oder mit Armeeuniformen bekleidet die Wohnung der Familie und nehmen die Hochzeitsphotos der Tochter mit. Eine der Töchter wird fünf Tage lang inhaftiert und zu den Aktivitäten des Vaters und des Ehemannes befragt. Nach seinem Sohn wurde gefahndet, und dieser hielt sich versteckt. Er wurde am 11. Juni 1996 von Angehörigen der *Sécurité Militaire* getötet. Als die Familie die Sicherheitskräfte nach dem Verbleib von Smaïn Bellemou fragten, wurde ihr geantwortet, dass dieser sich dem Maquis angeschlossen habe. Die an die Staatsanwaltschaft gerichtete Nachfrage vom 3. April 1996 wurde mit der Antwort beschieden, die „Nachforschungen hätten nichts ergeben“. Zur gleichen Zeit wurden zwei Neffen, Bellemou Abdennasser (geboren 1957) und Bellemou Yacine (geboren 1963), und ein Vetter, Bellemou Mouloud (geboren 1938), festgenommen – seither sind sie verschwunden.³⁰

Das folgende Beispiel ist keineswegs ein isolierter Fall der kollektiven Repression:

Kechroud Brahim, geboren am 14. Oktober 1958 und Vater von 2 Kindern, Kassenwart im Rathaus von Hattatba, Mitglied der FLN und wohnhaft in Hattatba (Tipaza), wurde am 24. Mai 1995, als er sich von der Arbeit in Richtung eines Farbgeschäftes begab, von Gendarmen unter der Leitung eines gewissen C. festgenommen. Seine Familie berichtet, dass zwei Tage zuvor zwei Gendarmen im Dorf getötet worden waren. Dieser Anschlag wurde zum Anlass genommen, eine großangelegte Operation von Festnahmen zu organisieren, die 70 Bewohner des Dorfes betraf. Alle verschwanden. Dieselben Gendarmen zwangen die Familien (die oft Analphabeten waren) Protokolle, die bestätigen sollten, dass ihre Angehörigen ,Terroris-

³⁰ Algeria-Watch, Fallbeispielen von Verschwundenen, April 2000, <http://www.algeria-watch.de/infomap/infom12/i12faelle.htm>

ten' seien, zu unterschreiben. Kurz nach seiner Festnahme wurde er von vielen Dorfbewohnern in der Brigade von Hattatba lokalisiert.³¹

In manchen Fällen hat die Familie den formellen Beweis, dass der Verschwundene sich in den Händen der Sicherheitskräfte befindet. Folgendes Beispiel macht dies deutlich:

Kitouni Salah, geboren am 23. August 1955, wohnhaft in Constantine, Journalist der Wochenzeitung En-Nour in Constantine, wurde am 9. Juli 1996 im Zentralkommissariat der Stadt verhaftet. Er war wenige Tage zuvor von Polizisten in seiner Wohnung festgenommen und drei Tage lang verhört worden. Er wurde am 6. Juli 1996 freigelassen. Er erhielt eine Vorladung für den 9. Juli und begab sich zum Kommissariat. Seitdem ist er verschwunden. Eine Beschwerde wurde am 10. August beim Staatsanwalt von Constantine eingereicht. Eine schriftliche Antwort mit einem Protokoll der Kriminalpolizei von Constantine vom 29. März 1997 wurde der Familie zugeschickt. Darin wird über die Übergabe des Journalisten Salah Kitouni an das CTRI (*Centre territorial de recherche et d'investigation*) der 5. Militärregion am 11. Juli 1996 informiert.³²

Extralegale Tötungen

In vielen Fällen von Verschwindenlassen wurden die Opfer extralegal getötet. Oft erfahren die Familien vom Tod ihres Angehörigen, aber da sie den Körper nicht identifizieren durften, werden diese Personen weiter als verschwunden gemeldet.

„In der Nacht vom 22. zum 23. Juli 1994 haben Gendarmen, die maskiert und mit offiziellen Fahrzeugen anrückten, eine Massenverhaftung in Ras el Oued (Bordj Bou Arreridj) vorgenommen. 15 Personen, die für ihre Sympathien für die FIS bekannt waren, wurden verhaftet und gelten seither als verschwunden. Die algerischen Behörden haben die UNO-Arbeitsgruppe für Verschwindenlassen und die Familien der Opfer informiert, dass einige der Opfer in einem nahegelegenen Wald tot aufgefunden wurden. Manche Familien haben einen Totenschein bekommen, andere nicht, aber es ist keine Untersuchung vorgenommen worden und die Leichen wurden nicht identifiziert.“³³

In den Jahren 1994-1996 haben viele Durchkämpfungsoperationen von allen Einheiten der Sicherheitskräfte in den sogenannten „heißen“ Vierteln stattgefunden. Dutzende von Personen wurden brutal aus dem Schlaf gerissen, an die Wand gestellt und hingerichtet. Diese willkürlichen Praktiken sollten die Festnahmen und die gerichtlichen Verfahren ersetzen, Verfahren, die lange dauern und meistens mit der Freilassung des Verdächtigen endeten, weil keine Beziehung zum „Terrorismus“ festgestellt werden konnte.

Der „Kampf gegen den Terrorismus“ trifft nicht nur bewaffnete Männer, sondern vor allem die Kreise, die der Sympathie und der Unterstützung für den Widerstand verdächtigt werden, und die Familien der Opfer der staatlichen Repression. Nach der Devise „Dem Fisch das Wasser entziehen!“ trifft die Repression alle Ebenen der Bewegung der FIS, aber auch das weitere Umfeld, da beispielsweise die Tatsache, in einem „islamistischen“ Viertel zu wohnen, schon verdächtig macht.

Es geht also darum, jede Unterstützung für den bewaffneten Widerstand abzuschneiden, indem Kampagnen des Terrors organisiert werden. Im Jahr 1994 wurden Dutzende von Durchkämpfungsoperationen durchgeführt, in denen Verdächtige getötet wurden. Oft wurden die entstellten Leichen öffentlich zur Schau gestellt – mit dem ausdrücklichen Verbot, sie zu bestatten.

Soldaten haben das Viertel Cherarba in der Nacht vom Donnerstag den 2. zum Freitag den 3. Juni 1994 während der Ausgangssperre umzingelt, Wohnungen durchsucht und die Bewohner herausgezerrt, es waren vor allem junge Männer, die sie verschleppten. Den Nachforschungen der Familien zufolge wurden rund 50 Männer entführt. Wenige Minuten nach dem Weggang der Militärs wurde die Stille im Viertel von Gewehrsalven unterbrochen. Wegen der Ausgangssperre traute sich niemand hinauszugehen. Am nächsten Tag, am 3. Juni 1994 lagen 41 Körper leblos in den Straßen von Cherarba. Sie waren von den Militärs als Racheakt extralegal hingerichtet worden. Neun Körper konnten in der Leichenhalle identifiziert werden, die anderen wurden als *X Algérie* registriert.³⁴

Diese „willkürlichen“ Durchkämpfungsoperationen, die mit dem Tod der Opfer unter der Folter oder ihrer Hinrichtung an Ort und Stelle enden, haben auch nach 1994 nicht aufgehört, wie das fol-

³¹ Liste de 1000 disparus, op. cit.

³² idem

³³ idem

³⁴ Algeria-Watch et Salah-Eddine Sidhoum, Liste des exécutions sommaires, 11 janvier 2002

gende Beispiel deutlich macht. Sie werden systematisch als Rachefeldzüge nach einem Anschlag oder Hinterhalt der bewaffneten Gruppen eingesetzt. Strafexpeditionen sind gängige Praxis.

Im Oktober 1997 sind – laut der Aussagen der Familienangehörigen - infolge der Zerstörung einer Fabrik durch eine bewaffnete Gruppe Bürger des Dorfes Telagh (Wilaya von Sidi Bel Abbes) in ihren Wohnungen von „Ninjas“ (Spezialtruppen) der Stadt Sig (Wilaya von Mascara) festgenommen worden. Sie starben unter der Folter in den Kellern des Gebäudes der Kommunalverwaltung von Sig (ehemalige Residenz Colonna). Sie wurden in einem Massengrab auf dem Friedhof von Telagh begraben. Unter den identifizierbaren Leichen waren Akkal Yahia, Djillali Ferhat, Djillali Sissani, Hadj Guendouz, Mokrane Mostepha, Ould Mohamed Bendjema und Youcef Sayah.

Bis heute ist die Zahl der getöteten „Terroristen“ hoch (über 1000 für das Jahr 2000), ohne dass die Öffentlichkeit erfährt, wer diese Terroristen sind und unter welchen Umständen sie den Tod fanden. In den vergangenen Jahren wurden viele Personen festgenommen, extralegal getötet und als „Terroristen“ präsentiert, die entweder „auf der Flucht“ oder „in einer bewaffneten Auseinandersetzung“ ums Leben kamen.

Belbahria Salim, 37 Jahre alt, Krankenpfleger im Pierre-et-Marie-Curie-Zentrum von Algier, wurde im November 1994 neben seinem Wohnsitz (Casbah) von bewaffneten Zivilisten, die sich als Polizisten ausgaben, inhaftiert. Er wurde – laut seiner Familie - in der Leichenhalle von Bologhine tot aufgefunden. Sein Tod wurde in der Presse am 19. Dezember 1994 angekündigt und als Folge einer „bewaffneten Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften“ präsentiert.³⁵

Fast täglich berichten die algerischen Medien über den Tod von „Terroristen“ bei Durchkämungsoperationen oder Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften.

Die extralegalen Tötungen halten bis heute an, da, wie schon weiter oben aufgeführt, die Gendarmen während der Demonstrationen und Unruhen vom Frühjahr 2001 sich nicht scheuten, auf die jungen Leute zu schießen. Es wurde auch von „Sniper“ berichtet, die gezielt auf die wichtigsten Körperteile schossen, um zu töten. Kamel B., Mitglied eines Vereins der Angehörigen der Opfer von Larbaâ Nath Irathen, berichtet:

Es stimmt, dass die Demonstranten Steine auf die Gendarmen warfen. Aber das ist kein Grund, um mit Schusswaffen zu antworten. (...) Die Gendarmen bezogen auf den Terrassen ihrer Gebäude Stellung. Ein ähnliches Szenario hat sich überall in der Kabylei abgespielt. Dies kann nur auf einen Befehl der Führung zurückgehen. Andere gingen raus, um die Verletzten zu liquidieren. (...) Am 28. April, als die Demonstranten das Tor der Brigade erreichten, haben die Gendarmen von der Terrasse aus auf die Demonstranten geschossen. Diese glaubten, dass es sich um Gummigeschosse handelte. Als die Demonstranten mehrere Dutzende von Metern zurückgingen, öffnete sich das Tor und rund 60, mit Kalaschnikows bewaffnete Gendarmen liefen heraus und umzingelten das Viertel. Das waren keine gewöhnlichen Anti-Aufstandseinheiten. Die Art, sich zu verteilen, deutete darauf, dass es sich um Spezialisten handelte. Nach mehreren Gewehrsalven wurden einzelne Schüsse abgefeuert, weil sie auf bestimmte Personen zielten. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie sie zwei Verletzte liquidierten: Belkalem Mouloud (32 Jahre) und Hamache Arekzi (31 Jahre). Der eine stand vor der Getreidefabrik und der andere nicht weit von meinem Haus. Hamache wurde am Kopf getroffen und dann vom Chef der Brigade der Gendarmerie liquidiert. Ein anderer spuckte auf ihn, bevor er ihm die Hose auszog.³⁶

Extralegale Hinrichtungen werden nicht nur von regulären Sicherheitskräften ausgeführt. Hunderte von Berichten machen deutlich, dass die Kommunalgarden und Selbstverteidigungsgruppen (Patrioten) ebenfalls derartige Ermordungen vornehmen. Die getöteten Personen haben oft keine Beziehung zu den bewaffneten Gruppen oder zur Opposition. Oft sind persönliche und ökonomische Interessen oder Streitigkeiten mit einer Familie der Grund, und später werden diese Liquidierungen als eine Operation gegen „Terroristen“ dargestellt. Viele Massaker an Familien wurden verübt, weil ein Angehöriger in den Untergrund gegangen war.

Schluss

Viele Aspekte im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen wurden in dieser Bilanz nicht berücksichtigt: die Haftbedingungen, die abhängige Justiz, die Situation der Frauen, die Ein-

³⁵ idem

³⁶ Mohamed Mehdi, „Mort non naturelle“, témoignages de Kabylie (Tizi-Ouzou, mai 2001), Algeria-Watch, 1 juin 2001, http://www.algeria-watch.de/farticle/kabylie/mort_non_naturelle.htm

schränkungen der Meinungsfreiheit, das Drama der Hunderttausende von Flüchtlingen im Land, die Armut, die Arbeitslosigkeit usw. Manche Menschenrechtsverletzungen wurden nur angedeutet.

Die Situation in Algerien hat sich in den letzten Jahren nicht grundsätzlich verbessert. Die herrschenden Strukturen und der extralegale Kontext führen dazu, dass Menschenrechtsverletzungen andauern. Ohne wirkliche Reformen, die sich auf die wirksame Partizipation der algerischen Gesellschaft stützen, ist die Marginalisierung der Protagonisten der Gewalt nur schwer vorstellbar.

Unsere Empfehlungen:

1. Parlaments- und Kommunalwahlen sind für das Jahr 2002 vorgesehen. Diese sollten den Algeriern die Möglichkeit bieten, vom Partizipationsrecht an der Politik der Landes Gebrauch zu machen. In diesem Sinne ist es notwendig: der Opposition zu erlauben, sich zu organisieren; eine nationale Konferenz mit der Teilnahme aller politischen Parteien vorzusehen; die Einschränkungen bezüglich Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufzuheben, damit die Algerier endlich informieren und sich informieren können; jede Wahlfälschung zu verbieten und internationale Beobachter einzuladen; das Wahlergebnis anzuerkennen.

2. Damit den schweren Menschenrechtsverletzungen ein Ende gesetzt wird, ist es notwendig, den Ausnahmezustand aufzuheben; konkrete Initiativen zu ergreifen, damit die extralegalen Hinrichtungen, die Folterungen und das Verschwindenlassen aufhören; die Entsendung der UNO- Berichtersteller für Folter und Verschwindenlassen zu erlauben; unabhängige Untersuchungen bezüglich der Menschenrechtsverletzungen insbesondere der Massaker an der Zivilbevölkerung zuzulassen; Mitglieder der Sicherheitsdienste, Milizen und bewaffneten Gruppen, die Verbrechen begangen haben, zu verurteilen; das Schicksal der Verschwundenen aufzudecken, Untersuchungen der Massengräber und der unter der Bezeichnung „X-Algériens“ Bestatteten anzustrengen.

3. Damit der Militarisierung der Gesellschaft und der fortgeschrittenen Privatisierung der Gewalt ein Ende gesetzt wird, ist es notwendig, dass die Armee sich aus den politischen Geschäften zurückzieht und in die Kaserne zurückkehrt, um ihre in der Verfassung definierte Funktion zu erfüllen; dass die verschiedenen politischen Protagonisten sich für ein Ende der Gewalt einsetzen; die Milizen und die Kommunalgarden aufzulösen; die verschiedenen geheimen Gruppen zu identifizieren und aufzulösen: Todesschwadronen, bewaffnete Gruppen der Opposition, bewaffnete Gruppen, die wirtschaftlichen Interessen dienen.

4. Um eine Zukunft in Frieden zu sichern, ist es notwendig, die Opfer der Tragödie zu rehabilitieren; soziale, medizinische und psychologische Unterstützung zu gewährleisten; eine Aufarbeitung über diese Periode der Gewalt durch unabhängige spezialisierte Institutionen vorzunehmen.

5. Die europäischen, arabischen und amerikanischen Partner müssen ihre Unterstützung für die algerische Regierung von der Situation der Menschenrechte abhängig machen; sie könnten gegenüber den algerischen Verantwortlichen intervenieren, damit eine internationale Untersuchungskommission ins Land kann. Waffenverkäufe sollten gestoppt werden, da die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Appell und Unterschriftensammlung aus Anlass der Unterzeichnung des Assoziationsvertrages zwischen der Europäischen Union und Algerien

Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?

15. Dezember 2001 (Unterschriften werden bis Ende Februar gesammelt)

Unterzeichnung : accord-non@algeria-watch.org

"Den Diktaturen in der Welt ging es noch nie so gut wie nach dem 11. September." Diesen Satz sagte der tunesische Oppositionelle Moncef Marzouki, als er am 8. Dezember 2001, nach Jahren der Verfolgung ins Pariser Exil ging. Er erinnerte an die Komplimente des französischen Präsidenten an die Adresse seines tunesischen Amtskollegen Ben Ali bei seiner Blitzreise in die drei Maghrebstaaten und fuhr fort: "Es ist an der Zeit, dass Chirac und alle westlichen Verantwortlichen verstehen, dass das, was sie am meisten befürchten - die Emigration und den Terrorismus - eine direkte Konsequenz von Diktatur und Korruption ist."

Marzouki spricht aus Erfahrung, der Erfahrung seines Landes. Aber seine Aussagen betreffen offensichtlich auch andere Länder. Und wie sollten seine Worte nicht Erwähnung finden, da die Europäische Union, am 19. Dezember, einen "Assoziationsvertrag" mit Algerien zu unterzeichnen beabsichtigt? Tunesien unterzeichnete am 12. April 1995 in Brüssel als erster Maghrebstaat ein derartiges wirtschaftliches und politisches Abkommen. Dieses Abkommen ist für General Zine El Abidine Ben Ali der wichtigste Passierschein, der ihm ermöglicht hat, in völliger Straflosigkeit sein Land in eine "so sanfte Diktatur" (so der Journalist Toufik Ben Brik) zu verwandeln.

Als Bürger der Mittelmeerregion und der EU können wir uns auch weiterhin mit dieser Komplizenschaft nicht abfinden. Und wir verurteilen, dass mit einem solchen Abkommen heute den algerischen Generälen ein Freibrief angeboten werden soll, den gleichen Generälen, die Algerien seit zehn Jahren in einen endlosen Strudel von Gewalt und Schrecken gestürzt haben, um weiterhin jedes Jahr verdeckte Einnahmen in Millionenhöhe aus dem Import- und Exportgeschäft in die eigenen Taschen fließen zu lassen.

Diese Tatsache hatte natürlich keinerlei Einfluss auf die "Agenda" der Verhandlungspartner in Brüssel. Im Laufe der jahrelangen Vorbereitungsgespräche mit dem algerischen Partner haben sie sich immer daran gehalten, "so zu tun, als ob..." - als ob die einander ablösenden Regierungen, die seit 1992 mittels Staatsstreich und Wahlfälschungen installiert wurden, die algerische Demokratie tatsächlich repräsentierten; als ob der Kampf gegen die bewaffneten islamistischen Gruppen, abgesehen von wenigen "Übergriffen", mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werde; als ob die algerische Wirtschaft eine "normale" Ökonomie sei, die durch dieses Assoziationsabkommen in den Welthandel integriert und dadurch angekurbelt werden könne.

Aber es steht außer Zweifel, dass die Brüsseler Technokraten sowie die Regierungen der Union, in deren Namen sie verhandeln, genau wissen, womit sie es zu tun haben. Sie wissen, dass ihre "offiziellen" Gesprächspartner nur die Statisten eines "potemkinschen Algerien" sind, das von den Generälen des "schwarzen Kabinetts" zu Präsentationszwecken aufgebaut wurde. Sie wissen, dass der nach wie vor bestehende Ausnahmezustand der Gängelung und Knebelung der Gesellschaft mittels repressiver Dekrete dient, während sich andererseits die Regierung als unfähig erweist, auf eine katastrophale Überschwemmung zu reagieren. Sie wissen, dass die seit 10 Jahren andauernde Gewalt - über 200 000 Tote, über 10 000 Verschwundene, Millionen von Verletzten, Waisen und Flüchtlingen innerhalb des Landes und über 500 000 Flüchtlinge außerhalb des Landes - gleichermaßen auf die Übergriffe der bewaffneten islamistischen Gruppen wie auch auf den vom militärischen Geheimdienst und den "Spezialkräften" der Armee geführten "schmutzigen Krieg" zurückzuführen ist. Und sie wissen, dass die systematisch angewandte Folter und die Erschießung von Demonstranten, wie wir noch 2001 in der Kabylei erleben mussten, gängige Mittel zur "Aufrechterhaltung der Ordnung" sind. Sie wissen, dass seit drei Jahren Monat für Monat stattfindenden Dutzende von Ermordungen hauptsächlich von "Todeschwadronen" und bewaffneten Banden verübt werden, die von den "Entscheidern" kontrolliert und manipuliert werden. Sie wissen, dass dank der von Präsident Bouteflika ausgerufenen "zivilen Ein-

tracht" Tausende von "reumüti-gen" Verbrechern, die dem Maquis abgeschworen haben, nicht vor Gericht gestellt wurden und viele von ihnen in die "Sicherheitskräfte", denen übrigens nicht wenige angehört hatten (Doppelagenten, Islamisten der Armee), (re-) integriert wurden.

Sie wissen schließlich, dass die algerische Wirtschaft in unvorstellbarem Maße zerstört ist: über die Hälfte der jungen Leute sind arbeitslos, Familien drängen sich in Slums oder Notbehausungen (wo man nur abwechselnd schlafen kann), Wasser aus der Leitung ist für die meisten nur noch ein paar Stunden in der Woche verfügbar. Ein Großteil der Lebensmittel wird importiert. Die für den lokalen Markt produzierenden Industrien sind zerfallen. Und die "Privatisierung" der staatlichen Betriebe ist eine verhängnisvolle Farce. Die die gesamte Gesellschaft durchziehende Korruption ist der letzte Kitt einer informellen Wirtschaft, die der Mehrheit kaum noch das Überleben und einer Minderheit eine maßlose und skandalöse Bereicherung ermöglicht.

Nichtsdestoweniger verhandelt Brüssel in der Absicht, sich mit dem Algerien der Generäle "zu assoziieren". Zwei zynische und brutale Gründe gibt es dafür. Ein "strategischer" Grund: Dieses Land ist für einige Staaten der Europäischen Union einer der größten Erdöl- und Erdgaslieferanten (dies ist der einzige funktionierende Wirtschaftssektor; er bringt 97 % der Exporteinnahmen ein und ist die sprudelnde Quelle der "Kommissionen", durch die die "Entscheider" sich schamlos bereichern, und zweifellos auch der "Rück-Kommissionen", die manche ihrer Verpflichteten in Europa seit Jahren erhalten.). Und ein ideologischer Grund: Angesichts der "islamistischen Gefahr" ist es allemal besser, die offenkundig korrupten und blutrünstigen Militärs zu unterstützen (der "Nixon-Doktrin" folgend: "Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn", wie Nixon in bezug auf den chilenischen Diktator Pinochet ausführte).

Seit zehn Jahren verstehen sich die Rentiergeneräle perfekt darauf, sich diesen Zynismus zunutze zu machen, um in ihrem Krieg gegen das algerische Volk die politische und ökonomische Unterstützung zu erhalten, die sie von der internationalen Gemeinschaft, der Europäischen Union und insbesondere Frankreichs erwarteten, das in dieser Frage weltweit den Ton angibt (es scheint, dass Algerien auch vierzig Jahre nach seiner Unabhängigkeit in den Augen der westlichen demokratischen Staaten eine "innere Angelegenheit" Frankreichs geblieben ist). Und nach den tragischen Ereignissen vom 11. September setzen sie verstärkt auf ihren Vorteil, wie Generalmajor Mohamed Touati, Präsidentenberater und oft als "Hirn" des "schwarzen Kabinetts" bezeichnet, ohne Umschweife erklärt: "Was ich mir unter diesen Umständen wünsche, ist, dass Algerien endlich die internationale Meinung eines Besseren belehren kann, die von 'Quellen', die mit dem internationalen Terrorismus und dem im Land wütenden Terrorismus in Verbindung stehen, über die wirklichen Geschehnisse im Land getäuscht wurde." (El Watan, 27. September 2001) Diese Aussage wird von einem weiteren "hohen Verantwortlichen" bestärkt: "Der internationale Kontext wendet sich zu unseren Gunsten, unsere Forderungen, insbesondere bezüglich des Anti-Terror-Kampfes, werden heute angenommen und verstanden." (Le Quotidien d'Oran, 9. Dezember 2001)

Die Unterzeichnung des Assoziationsvertrages zwischen der Europäischen Union und Algerien geschieht in diesem Kontext. Es ist unseres Erachtens bezeichnend, dass dieser Vertrag "die Stärkung der Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte" außen vor lässt (obwohl diese Klausel als eine der wesentlichen Verpflichtungen der "Barcelona-Deklaration" gilt, die während der euromediterranen Konferenz im November 1995 sowohl von Algerien als auch von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterzeichnet wurde). Wir lehnen es ab, dass das Abkommen im Namen der Terrorismusbekämpfung die Verletzung der Grundrechte seitens der unterzeichnenden Staaten deckt, wie die kürzlich vorgenommenen unrechtmäßigen Abschiebungen in Europa lebender algerischer Bürger befürchten lassen.

Als Bürger der Staaten der Mittelmeerregion und der EU teilen wir die gleiche Überzeugung: Der gerechtfertigte Kampf gegen die Verantwortlichen der Anschläge am 11. September darf auf keinen Fall die Unterstützung der Autokraten bedeuten, die sie produzieren. Wir wissen, dass dieses Abkommen vom 19. Dezember nicht vor der Ratifizierung des Europaparlaments und der Parlamente der betroffenen Staaten in Kraft treten kann. Vom derzeitigen algerischen Parlament, das aus einer Wahlfälschung hervorgegangen ist, erwarten wir nichts. Dennoch bitten wir die Europaabgeordneten nachdrücklich, dieses Wirtschaftsabkommen nur zu ratifizieren, wenn die Einhaltung der "Deklaration von Barcelona" garantiert ist, und sich unverzüglich für die Erfüllung der elementaren Forderungen seitens der algerischen Regierung einzusetzen: Aufhebung den Ausnahmezustand und Wiedereinführung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit; Entsendung von Sonderberichterstattern der UNO für Folter

und "Verschwindenlassen" ins Land und einer unabhängigen internationale Untersuchungskommission vor Ort zur Ermittlung der Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen gleich welcher Seite; und schließlich die Einrichtung eines internationalen ad hoc Strafgerichts, das die Verantwortlichen verurteilt, ob es sich um islamistische Terroristen oder um Akteure des Staatsterrorismus handelt.

ErstunterzeichnerInnen

Algerien : Lahouari addi, Soziologe, Omar Benderra, Berater ; Sofiane Chouiter, Rechtsanwalt ; Ghazi Hidouci, Ökonom ; Mahmoud Khelili, Rechtsanwalt ; Salah-Eddine Sidhoum, Chirurg ; Brahim Taouti, Rechtsanwalt ; Tassadit Yacine, Anthropologin.

Belgien : Jeanne Kervyn, Soziologin.

Deutschland : Karl Kopp, Europareferent (Pro Asyl); Salima Mellah, Journalistin; Werner Ruf, Politologe; Peter Strutynski, Politologe

Frankreich : Patrick Baudouin, Rechtsanwalt ;Ehrenpräsident der FIDH ; François Burgat, Politologe; Hélène Flautre, Europaabgeordnete ; François Gèze, Verleger ; Gustave Massiah, Ökonom; Véronique Nahoum-Grappe, Anthropologin ; Bernard Ravenel, Lehrer ; Pierre Vidal-Naquet, Historiker ; Gilbert Wasserman, Hrg. Zeitschrift Mouvements.

Großbritannien : William Byrd, Ökonom; Alison Pargeter, Research Fellow, Kings College, University of London

Italien : Anna Bozzo, Historikerin ; Ferdinando Imposimato, Rechtsanwalt .

Schweiz : Marie-Claire Caloz-Tschopp, Lehrbeauftragte und Wissenschaftlerin.

Spanien : Gema Martín Muñoz, Soziologin.

Algeria reaps rewards of anti-terrorist war

By Roula Khalaf, *Financial Times*, January 14, 2002

Algeria used to approach western governments with caution when seeking military equipment, knowing that its interlocutors would raise concerns about the military-backed regime's human rights record. The attacks on the US in September, however, have emboldened Algerian officials. "They ask for weapons every time they hold meetings with anyone," said a western diplomat with experience in the country. "After September 11, they're on the good guys' list." More willingness to sell arms to Algeria is just one of the benefits expected to accrue to the North African country as its rehabilitation accelerates.

The regime's claim that the civil strife that has racked the country since 1992, costing more than 100,000 lives, has been purely a "terrorist" assault by Islamist extremists is now more readily accepted, said diplomats. Its warnings that an "international" network of terrorists was fuelling the crisis also seems more credible since the US included two Algerian radical Islamist groups on its list of organisations tied to Osama bin Laden, the alleged mastermind of the attacks on the US. European governments have finally heeded Algerian calls for a crackdown on Islamist opponents living abroad.

Algeria's offer of co-operation with the US, meanwhile, won President Abdelaziz Bouteflika a visit to the White House in November, his second in a year. "Algeria is aware of the necessity and the importance [of the US attacks] because it has been fighting in the past alone for a tragic decade, with the indifference of many and the ingratitude of others," Mr Bouteflika declared after meeting the US president. But as Algerians this month mark the 10th anniversary of the eruption of the crisis, the government's critics warn that bolstering the regime now misses crucial lessons about the origins of Algerian violence and the radicalisation of political Islam. "The west has not understood that internal terrorism in our case is caused by dictatorship at the top," said Ali Yahya Abdennour, head of Algeria's Human Rights League.

The turmoil was sparked by the army's 1992 cancellation the second round of parliamentary elections to thwart a victory by the Islamic Salvation Front (Fis). The party, a nebulous grouping of radical and moderate Islamists, had caught the imagination of Algerians by its virulent opposition to a regime seen as inept and corrupt. Stripped of an election victory and on the run from the wave of repression that followed the cancellation of the poll, parts of the Fis took up arms. While the party's military wing targeted security forces, splinter groups became more radicalised, turning their fury on the population.

Fierce repression aggravated the crisis. Counter-terrorist units also were suspected of manipulating armed groups to discredit the Fis. That the army often appeared to stand by while civilians were massacred led human rights groups to call for investigations - a move the regime has always rejected. Algeria's army was successful in destroying the Fis as a political party. Attacks by two extremist Islamist groups - known by their acronyms GSPC and the GIA - continue. But the level of violence has been substantially reduced from more than 1,000 monthly deaths in the mid-1990s to an estimated average of 200 a month last year.

Although the two groups appear to have provided some recruits to Mr bin Laden's organisation, their battle has little connection with the objectives of the international terrorist. They have never expressed enmity towards the US. The GIA was, however, accused of a wave of attacks in 1995 in France, the former colonial power and the main backer of the Algerian regime. Yet the roots of the crisis and the reasons for the Fis' emergence as a political force and its subsequent radicalisation have yet to disappear. Critics cite the overwhelming powers of an opaque military establishment, the lack of respect for the rule of law, and the inability to fulfil promises of social change in a still state-dominated economy. Unemployment is estimated at about 30 per cent. According to the World Bank, per capita income of about \$1,600 in recent years is half its peak in 1986 while poverty levels have doubled in the last decade. The frustrations of the population were evident last April as Berbers in the eastern region of Kabylia launched an uprising to protest against what Algerians call the hogra, the contempt shown by the authorities. After the killing of a young Algerian in police custody, protesters turned violent, attacking public property. A crackdown exacerbated tensions, spreading the unrest to other parts of the country. The region remains restive. The radicalisation of the Kabyle youth, most of whom hold

anti-Islamist views, was seen as evidence that Algeria's troubles were far from over, despite the blow dealt to the FIS.

"The regime is now trying to capitalise on the international situation and to be recognised as a partner in the anti-terror campaign when it should be addressing the issues that trouble ordinary Algerians," said Ikhlef Bouaichi, spokesman for the Socialist Forces Front, a Berber-based opposition party. "Exclusion and misery are what create violence and terror."

While the West Backs Algeria's Rulers, the People Suffer

Eric Goldstein, International Herald Tribune, January 12, 2002

NEW YORK Friday was the 10th anniversary of a military-backed coup that halted the electoral process in Algeria, after a first round of voting assured the Islamic Salvation Front of a huge majority in Parliament. In the name of safeguarding democracy from religious extremism, the new military rulers canceled the second round of voting, ousted the president, banned the front and arrested its leaders and supporters.

Western powers, along with many Algerians of good faith, were relieved to see the army block the Islamists' victory, no matter how free and fair the vote may have been. They feared that the front, once in control of the legislature, would jettison democracy, back militant causes abroad and trample the rights of women and others who rejected their interpretation of Islam.

Free elections in the Middle East may have outcomes that scare Western democracies. But as Algeria's black decade shows, Western interests and values are ill served by failing to hold accountable regimes that claim legitimacy on the grounds that they are bulwarks against theocracy. Yet Western governments are today drawing closer to the Algerian president, Abdelaziz Bouteflika, who has loudly endorsed President George W. Bush's war on terrorism.

Since July, the two leaders have met twice at the White House, the first such presidential meetings since 1985. Algeria has reportedly handed the United States a list of 350 Algerians abroad with links to Qaida. The Bush administration is said to have eased restrictions on arms sales to Algeria that would aid the security forces in combating armed groups.

Since the elections were stopped a decade ago, up to 150,000 Algerians have been killed in a conflict between ruthless security forces and armed Islamists, whose jihad degenerated long ago into the butchering of civilians. In 10 years, the authorities have not brought the country closer to democracy, tackled the economic problems that fuel political extremism or kept terrorism from spilling beyond the country's borders.

True, the government's military superiority and its controversial amnesty for insurgents have reduced the death toll to about 100 per month, and the country has an elected president and Parliament again. But the political system remains tightly controlled by a military-dominated clique, and ordinary citizens get angry about the same old issues - government arrogance and corruption, 30 percent unemployment, severe shortages of water and housing, and an economy that is in a shambles.

These same issues led millions to vote for the Islamic Salvation Front in 1991. Last year the frustrations of the Berber population erupted into deadly confrontations with the security forces.

Algeria's conflict has fed terrorism in the West, from a spate of fatal bombings in Paris in the mid-1990s to the many Algerians arrested in Europe in recent months on suspicion of Qaida links. But it would be self-defeating for the West to embrace the Algerian government as an anti-terrorist ally without also pushing it on the political and human rights issues that contribute to long-term stability.

Oil-rich Algeria may seem impervious to outside pressure, but President Bouteflika's incessant foreign travel, and his signing Dec. 19 of an association agreement with the European Union that contains a clause on human rights, testify to the government's eagerness for international legitimacy.

Western governments should be telling Algiers that closer ties depend on curtailing the impunity enjoyed by the security forces, not only for their unlawful actions against suspected Islamists, but also for their killing of dozens of unarmed demonstrators for Berber rights in 2001. Legislative elections this spring must be freer than the last ones, held in 1997. All political parties committed to nonviolence and pluralism should be allowed to compete.

Such measures will not persuade all militants at home or abroad to lay down their weapons. But they will signal a commitment by the government to address at last some of the conditions that have helped to make Algeria both a victim and exporter of violent extremism.

The writer is the research director for North Africa and the Middle East at Human Rights Watch in New York. He contributed this comment to the International Herald Tribune.

Entretien avec Mohamed Harbi

« C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales »

Hassane Zerrouky, *Le Matin*, 10 janvier 2002

Le Matin : Dix ans après l'annulation du processus électoral, comment le qualifiez-vous ? De putsch ? De coup d'Etat ? Ou de décision destinée à sauver l'Algérie de la menace islamiste ?

Mohamed Harbi : Il faut distinguer deux choses. La première, c'est le rapport à la légalité et les motivations que se donnent les acteurs. On peut dire qu'il s'agit d'un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales parce que le Président Chadli a démissionné. Pour la seconde chose - les motivations des acteurs -, il est clair que les auteurs du coup d'Etat avaient pour objectif de sauver un système beaucoup plus que de sauver la société contre la menace qu'ils ont définie.

Pourtant, cette menace était réelle

A partir du moment où ils ont accepté les élections, il fallait jouer le jeu jusqu'au bout. Et ce, dans la mesure où le Président de la République disposait des moyens constitutionnels de parer à la menace islamiste. Or, en se passant de ces moyens, les auteurs du coup d'Etat ont divisé le camp démocratique. Et de plus, ils ont porté un coup sévère à l'idée démocratique dans la société algérienne. D'autant que les Algériens ont vécu durant des décennies la politique comme un rapport de force brute indépendant des valeurs.

Peut-on dès lors affirmer que ce coup d'Etat est à l'origine de la violence ou est-ce que les conditions de cette violence préexistaient, car il y a eu les maquis de Bouali dans les années 80 ?

Il faut savoir que la société algérienne portait en elle les stigmates de la violence. En effet, dans l'esprit de nombreux Algériens, les choses se décident par la force. Pour eux, la violence fonde le pouvoir, et les islamistes n'échappent pas à cette règle. Ils l'ont mise en pratique dans la mesure où il leur a semblé que la force populaire avait basculé de leur côté. J'indique qu'il ne s'agit pas de tous les islamistes, mais d'un courant à l'intérieur du FIS.

Et si on les avait laissé aller au pouvoir, ne pensez-vous pas que la situation aurait été pire ?

Je crois qu'en annulant le processus électoral on a donné une légitimité à tous ceux qui, dans la mouvance islamiste, avaient tendance à considérer que la force est un moyen de résoudre les problèmes de pouvoir et de société. Il faut tout de même rappeler une caractéristique du système algérien depuis des décennies : celui d'affirmer des règles et de les violer en permanence. Un exemple : il ne faut jamais oublier la manière dont les élites dirigeantes ont manipulé l'idée du socialisme au profit de minorités de type capitaliste qui n'étaient même pas des libéraux comme il en existe dans les pays développés.

Justement, pour vous, quelle est la nature de ce système et de cet Etat ? Est-ce le même que celui qui existait avant 1991 sachant que le personnel a changé depuis 1962 ?

A quelques exceptions près, le personnel a peut-être changé, mais le système et ses pratiques sont toujours présents. En fait, dans ce système qui s'est imposé depuis 1962, puis après le coup d'Etat du

19 juin 1965, la pratique qui s'est imposée peut se résumer à cette image : "J'occupe tous les espaces - le centre, la gauche et la droite - et je crée tous les instruments qui me permettent d'être tous ces courants à la fois et en même temps." Nous avons affaire en réalité à un type de capitalisme bureaucratique qui s'est traduit par une privatisation de l'Etat.

Mais ce pouvoir est-il essentiellement détenu par des militaires ou est-ce un pouvoir politique qui englobe à la fois des militaires et des civils ?

Ce capitalisme s'est donné une force politique qui s'exprime essentiellement à travers le corps militaire. Le problème est que l'action politique est confisquée par des réseaux informels, ce qui rend très difficile de situer l'origine d'une décision. On a le sentiment qu'en l'absence de règles et, partant de transparence politique, les perversions qui en découlent sont plus graves que par le passé.

C'est-à-dire

On est dans un contexte où on ne peut plus décoder le jeu politique à travers les institutions, à travers le fonctionnement du gouvernement C'est cela le vrai problème.

Dès lors, quelle issue à cette situation ?

Il faut rendre le pouvoir au peuple. Il faut tolérer d'abord l'existence de médiations de type politique et sortir de l'état d'exception qui a commencé en janvier 1992. Concrètement, ça signifie qu'aujourd'hui l'Algérie doit discuter des fondements d'une communauté politique. Laquelle, jusque-là, a été tranchée de manière arbitraire par des minorités. Or, il est temps de vivre avec nos différences. Alors, vous allez me demander quels sont les principes qui nous permettront de vivre avec nos convergences et nos divergences. En fait, la réponse se trouve dans la mise en place d'un contrat social. Et dans cette perspective, il ne faut pas s'adresser à tel ou tel courant politique, mais à la société algérienne.

A propos de contrat social et de projet de société, vous avez écrit dans Sou'al, numéro consacré à l'islamisme, qu'il faut rompre avec ce cercle vicieux où l'on voit le dirigeant politique se transformer en théologien et le religieux en homme politique. Vous répondez que la solution consiste dans la séparation entre la sphère du politique et la sphère du religieux, l'acceptation du pluralisme et la liberté indéniable de l'individu. Y croyez-vous encore ?

Je n'ai pas changé de ce côté-là. Il faut savoir que dans toute société, il y a des résistances - par exemple en ce qui concerne l'inégalité en droits et devoirs entre la femme et l'homme en Algérie - qu'on ne peut pas dépasser comme on peut. Le problème est de poser les principes qui permettent de dépasser ces résistances. En effet, un pouvoir qui ne se pose pas le problème des formes, mêmes progressives, de cette séparation est condamné à revivre la même expérience que celle que vit aujourd'hui l'Algérie.

Concernant un autre sujet, la presse indépendante. Vous n'avez pas été particulièrement tendre dans certains de vos propos

J'ai toujours défendu la presse quand elle était menacée par le pouvoir. Personne ne peut dire le contraire. Mais quand je parle de presse, ça peut être des journalistes qui, de mon point de vue, font la part belle aux jeux de l'ombre, en se faisant le relais de certaines positions politiques. Ce qui ne signifie nullement qu'ils soient dans le « coup ». Je crois surtout que c'est le manque de professionnalisme qui donne prise à ce jeu.

Pourquoi avez-vous décidé de témoigner au procès intenté par le général à la retraite Khaled Nezzar à Habib Souaïdia ?

Parce que je considère que nous n'avons pas le droit de transposer nos problèmes -les problèmes de l'Algérie - à l'extérieur devant un tribunal. A partir du moment où l'autorité politique ne permet pas que ces problèmes soient discutés en Algérie, de manière libre et sans contrainte pour tout le monde, la transposition de nos problèmes devient inévitable, et les premiers responsables de cette situation, ce sont l'Etat et les tenants de cet Etat. Ce ne sont pas les particuliers. Un exemple, l'écrivain Boudjedra m'a attaqué dans son livre Fils de la haine. Eh bien, je me suis interdit de l'attaquer devant une juridiction française ! Plus grave, nous embarrassons nos amis français en les obligeant à prendre position. Un général qui a occupé une très haute fonction dans l'Etat n'a pas à venir s'exposer de cette manière.

Lahouari Addi :

" Comme le dit l'historien Mohammed Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

Propos recueillis par Baudouin Loos, Le Soir de Bruxelles, 11 janvier 2002

L'enchaînement des événements depuis les émeutes de 1988, le multipartisme, la montée du FIS et jusqu'au coup d'Etat était-il fatal?

Il n'y a pas de fatalité dans l'apparition des conflits, mais les systèmes politiques ont leurs logiques et leurs particularités qui sont le produit de l'histoire. Il faut rappeler une caractéristique structurelle du système politique algérien : l'armée est le tuteur de l'Etat et lui délègue l'autorité pour gérer la société en lui assignant des objectifs globaux. Dans les années 60 et 70, il s'agissait de moderniser le pays en s'appuyant sur un large secteur public et sur le système du parti unique. L'administration a échoué dans cette tâche, d'où le mécontentement populaire des années 80 qui a culminé dans les émeutes d'octobre 1988. L'armée a alors accepté d'assouplir le contrôle de la société en légalisant le multipartisme, à condition que cette réforme politique ne remette pas en cause la primauté de l'armée sur les institutions. Or la victoire électorale du FIS en décembre 1991 risquait de mettre l'armée dans une situation de subordination par rapport à l'Etat. D'où l'annulation de ces élections et l'interdiction du FIS. L'armée aurait agi de la même façon si le RCD ou un autre parti avait remporté les élections dans les mêmes proportions. Il n'est pas dans la culture des officiers algériens d'obéir à un pouvoir civil. De ce point de vue, la hiérarchie militaire est un obstacle à la construction de l'Etat de droit en Algérie. Pour les militaires, les civils sont susceptibles de trahir l'intérêt national. Mais en même temps, ils refusent de diriger directement l'Etat, d'où le recours à des civils de service, forcément incompetents et corrompus. L'élite civile qui dirige l'Etat n'a aucun ancrage politique et donc aucune légitimité. Son autorité provient de l'armée qui coopte des ministres peu soucieux de servir la collectivité. C'est là que réside la cause de la rupture entre l'Etat et la population qui ne lui fait plus confiance.

Vous avez inventé le concept de "régression féconde" qu'eût pu constituer pour l'Algérie le règne du FIS; pensez-vous toujours de même?

La hiérarchie militaire ne voulait pas de transition démocratique au profit d'un pouvoir civil. Elle cherchait de nouvelles élites ayant la légitimité électorale et qui, en même temps, accepteraient sa primauté comme source du pouvoir. Ce qui est politiquement contradictoire. Pour répondre directement à votre question, il est vrai qu'un parti qui se réclame du sacré et de la parole divine n'accepte l'alternance électorale que si elle lui est favorable. Mais la tâche démocratique et le défi étaient de faire insérer les islamistes dans le processus électoral et non pas les exclure. Il aurait fallu faire précéder les élections par un pacte national - garanti par l'armée - dans lequel les partis s'engagent à ne pas utiliser la violence et à respecter le résultat des urnes. Le courant représenté par A. Hachani à l'intérieur du FIS était prêt à une telle perspective. L'expérience d'un gouvernement FIS respectant l'alternance électorale aurait aidé les Algériens à se rendre compte que le discours religieux, aussi moral et généreux soit-il, ne peut résoudre les problèmes politiques. C'est ce que j'ai appelé la régression féconde. Mais avec l'assassinat de Hachani, la régression a tué la fécondité. Et l'Algérie a sombré dans la régression sanglante.

Croyez-vous, comme certains, que l'armée tient tant à ses privilèges qu'elle n'a eu de cesse d'entretenir par tous les moyens un conflit de basse intensité?

Les privilèges des officiers supérieurs découlent de leur position politique. La hiérarchie militaire est au-dessus des lois civiles comme l'étaient les membres de l'Eglise au Moyen Age européen. Un général peut importer frauduleusement des produits malsains à la consommation et les écouler, il peut assassiner sa femme à bout portant... dans l'impunité la plus totale. C'est ce pouvoir exorbitant des généraux qui a fait que les Algériens invoquent la protection de Dieu puisque les lois de l'Etat sont impuissantes. Aucun juge en Algérie n'a la capacité de convoquer et encore moins d'inculper un général ayant commis un délit. C'est pourquoi les Algériens ont fait la fête quand un juge Français avait convoqué le général à la retraite K. Nezzar de passage à Paris en avril 2001. Ce dont ils rêvaient à Alger s'était produit à Paris. Tant qu'il y a des morts, il est inapproprié de parler de conflit de basse et de haute intensité. L'expression a été inventée par des politologues occidentaux pour différencier les conflits qui menacent directement les intérêts de l'Occident de ceux qui ne les menacent pas. De ce point de vue, pour ces politologues, le massacre de Bentalha (417 morts en une nuit) est de basse in-

tensité. Aujourd'hui en Algérie, la mort est devenue banale ; en dehors des grandes villes, l'insécurité est généralisée. Les islamistes tuent dans les maquis, les forces de sécurité mènent des actions de représailles, les milices ont un pouvoir de vie et de mort sur la population et les délinquants rançonnent au vu et au su des autorités. Les généraux pensent punir de cette façon la population qui les déteste.

Que représenta Rome en quelques mots et pourquoi son échec ?

Les accords de Rome de 1995 ont été la dernière chance pour résoudre le conflit par la négociation politique. L'armée n'en a pas voulu parce qu'elle ne se considère pas comme une institution dépendant de l'Etat. Comme le dit l'historien Mohammed Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat.

Bouteflika s'assura une certaine popularité après son élection arrangée, en parlant "vrai", en évoquant la corruption comme plus nocive que le terrorisme, etc. Pourtant son échec semble patent --sauf le retour de l'Algérie dans le concert international. Comment expliquer son échec?

Durant les premières semaines après son élection, Bouteflika a cherché à se rendre populaire. Il a alors repris les critiques de la rue à l'endroit du régime, déclarant entre autres qu'une poignée de généraux contrôlaient le commerce extérieur ou que l'annulation des élections en décembre 1991 avait été une violence. Mais ces paroles n'ont pas été traduites par des actes, d'où le reflux de sa popularité quelques mois après. Aujourd'hui, les jeunes disent de lui qu'il est un " président taïwan ", c'est-à-dire un faux président (l'expression taïwan renvoie aux contrefaçons des produits de marque en provenance du sud est asiatique).

Le régime a-t-il su rebondir sur les événements du 11 septembre 2001?

Les événements du 11 septembre ont en effet donné du répit au régime qui était soumis à la pression internationale des ONG de droits humains. Avant les attentats de New York et de Washington, le tribunal de Relizane n'aurait pas osé condamner M. Smaïn, militant de droits de l'homme, " pour diffamation " à l'encontre de M. Fergane, milicien notoirement connu dans la région pour son zèle à tirer sur le tas.

Beaucoup d'Algériens ne voient pas, depuis dix ans, comment s'en sortir, vu les moyens du régime et son soutien extérieur. Comment voyez-vous une sortie de crise qui mènerait à une vraie démocratisation de votre pays?

Le régime algérien est trop rigide pour accepter les réformes aussi minimes soient elles. Ou bien il perdure au prix de multiples souffrances pour tout le monde, ou bien il s'effondre dans un bain de sang. Il faut espérer un sursaut parmi certains officiers de la hiérarchie et une prise de conscience pour éviter le bain de sang. Une lueur d'espoir provient de la Kabylie dont le mouvement citoyen, s'il s'élargit au reste du pays, peut provoquer une transition pacifique comme celle des pays de l'Est en 1989.

Lahouari Addi est professeur de sociologie politique à l'Institut d'Etudes Politiques de Lyon. Il a quitté l'Algérie en 1994 pour protester contre les assassinats restés impunis des intellectuels.

«Les ârchs servent les desseins du pouvoir»

Salim Aggar, L'Expression, 10 janvier 2002

Depuis sa nomination au poste de premier secrétaire du FFS, Ahmed Djeddaï a donné un nouveau souffle au combat du plus vieux parti de l'opposition. Même s'il affirme qu'il n'a pas été placé pour mener le parti d'Aït Ahmed aux élections, il possède néanmoins les critères pour cette mission. Sur la réponse du général Lamari sur l'affaire Bouhadef, sur la participation du FFS aux prochaines législatives, sur l'accord d'association avec l'Union européenne et sur la politique des ârchs en Kabylie, le numéro deux du FFS nous a donné ses réponses.

L'Expression : Premièrement, M.Djeddaï, quelle lecture faites-vous de la réponse du chef de l'état-major, M.Lamari à votre lettre sur l'affaire Bouhadef?

M. Djeddaï : D'abord, je ne voudrais pas entrer en polémique stérile avec le chef de l'état-major. Ce n'est pas la première fois qu'il nous répond de cette manière. C'est la deuxième fois. La première fois c'était au sujet du mémorandum pour une sortie de crise en Algérie que nous avons adressé au mois de mai 2001, au chef de l'état-major, au général Mediène et au chef de l'Etat et la seule réponse que nous avons eue est celle du général major Lamari, pour dire que l'Armée nationale est républicaine et donc, ne s'occupait pas de problèmes politiques.

Une réponse pour le moins incompréhensible puisque tout le monde sait que les militaires détiennent la décision politique dans le pays. Donc, cette fois-ci encore, le chef de l'état-major a répondu, en disant que vous vous êtes trompés de destinataire et que l'armée n'est pas une institution policière. Ce qui nous étonne dans cette histoire, c'est que le pays est sous état d'urgence illégitime et illégal depuis dix ans et que, de ce fait, un décret a été signé à l'époque transférant les pouvoirs de police à l'armée. Donc, la chaîne de commandement fait qu'aujourd'hui le chef de l'état-major est concerné par cette affaire.

Où en est l'affaire Bouhadef? Le pouvoir a-t-il pris les mesures nécessaires pour endiguer ce problème d'insécurité et d'intimidation dont a fait l'objet le député du FFS?

Tout d'abord, la seule réponse reçue est d'ordre technique, dans le sens où on assure à Bouhadef une protection. Mais le problème qui est posé, n'est pas la sécurité d'une seule personne. C'est un problème de sécurité touchant tous les Algériens, à tous les niveaux. Du responsable politique au simple citoyen. Nous sommes dans un pays où l'insécurité règne et au lieu d'avoir des réponses politiques à ce genre de phénomène, on a eu droit au silence des autorités et à des mesures techniques.

L'Algérie a perdu depuis l'Indépendance, de valeureux hommes et femmes. C'est le cas de plusieurs hommes politiques qui ont été assassinés comme Krim Belkacem, Khider, Ali Mecili, Mahiou, Belkaïd... La lumière n'a jamais été faite.

Aujourd'hui encore, si on continue avec ce genre de pratique, c'est qu'on veut continuer à gérer la société par la terreur et par l'élimination.

Curieusement, l'affaire Bouhadef intervient quelques jours après l'affaire Saïd Sadi. Quel lien y a-t-il, à votre avis, entre ces deux affaires?

Je ne sais s'il y a des liens entre ces deux affaires, mais quand le FFS disait, dès le début, qu'il faut bannir ce genre de pratique et dénoncer les menaces, les assassinats et intimidations de ses militants, nous avons été pris à partie par des personnalités politiques et des partis.

Parmi eux, il y avait un parti et une personne qui se retrouvent, vrai ou faux, dans une situation où ils dénoncent ce genre de méthode. Tant mieux, s'ils arrivent encore à dénoncer...

L'absence d'initiative politique des partis en Kabylie a laissé le terrain à un mouvement de citoyens, les ârchs, pour se constituer en une force politique indéniable et pousser le pouvoir à en faire son interlocuteur dans la région. Qu'en pensez-vous?

Ecoutez, vous me parlez d'une appellation que nous récusons totalement. Ce concept de ârch qu'on a greffé à un mouvement citoyen et qui entre dans la grille des manipulations du pouvoir justement pour ghettoïser et isoler la région du reste du pays. Nous n'avons pas laissé la place vide, nous avons dit, nous, dans notre parti, que le plus important c'est qu'il y ait dans le pays plusieurs points de résistance qui manifestent leur mécontentement pacifiquement et qui revendiquent leur droit dans la dignité. Pour nous, toute émergence du mouvement citoyen là où il est, reposant sur des revendications de sens démocratique est la bienvenue et nous sommes partie prenante avec eux.

Nous sommes pour l'émergence de ces mouvements de résistance pacifique et nous ferons en sorte que cette protestation nationale devienne un fait et nous sommes persuadés au parti du FFS, que ce n'est que par cette voie de contestation démocratique et populaire qu'on pourra imposer le changement. En face, nous avons un régime qui est politiquement affaibli, même si il a la force de la répression et, à ce titre, nous avons plusieurs exemples dans le passé où on a vu dans les pays de l'Est, des manifestations pacifiques élargies contre un régime dictatorial et aidées en cela si possible par la communauté internationale. Seul ce genre de voie oblige un changement de régime. Cela s'est vu également en Amérique latine récemment en Argentine. Donc, nous ne sommes pas les premiers. Et notre pays a toute les raisons de croire en la possibilité de formation d'une dissidence nationale forte, autonome et qui revendique pacifiquement ses droits.

Nous sommes persuadés que si on continue à travailler tous ensemble, dans une voie synergique pour un changement démocratique et radical, nous pouvons le faire. Si on continue à agir d'une manière pacifique synergique et constructive, ce pouvoir est tellement faible qu'il tombera comme un fruit pourri.

Dans les ârchs, il y a deux tendances, «les dialoguistes» qui essaient de tirer profit de leur rapprochement avec le pouvoir et la tendance dure qui elle, prône la violence et l'autonomie. Où se situe le FFS dans cette nouvelle carte kabyle?

Ecoutez, je nuance un peu vos propos, en disant qu'il y a d'un côté les dialoguistes et de l'autre les radicaux. Dans ce mouvement citoyen, il n'y a qu'une seule tendance lourde, c'est celle qui veut le changement et qui revendique ses droits.

Maintenant, il y a une structure anachronique qui est venue se greffer au mouvement citoyen. Et ceci il faut s'en débarrasser. Cette structure ne répond pas aux exigences de ce mouvement citoyen et à l'espoir porté par celui-ci.

Maintenant, il y a des individus qui pour certains, ont été fabriqués dans les laboratoires de la police politique devenus «des dialoguistes taiwan» qui ne représentent absolument rien du tout, ni les citoyens ni la Kabylie et que le pouvoir met en exergue pour essayer de rendre visible quelque chose qui n'existe même pas, et d'autres individus qui usent d'un discours populiste démagogique et violent et qui continuent à essayer de coller à ce mouvement en le poussant vers la radicalisation violente.

Ils font de la culture de l'émeute une pratique politique. Pourquoi? Parce qu'ils ont un besoin de se légitimer vis-à-vis de la population. Donc, ils vont de plus en plus vers la radicalisation. Ces deux groupes de personnes sont des alliés objectifs du pouvoir, pour ne pas dire autre chose, parce qu'ils travaillent les desseins du pouvoir. Ce dernier a deux fers au feu. Le premier c'est celui de pacifier la région pour aller aux élections où la fraude est déjà annoncée, en usant d'uns stratagème de dialogue. Mais, en fait, il dialogue avec lui-même et on voit le résultat aujourd'hui.

Les autres aussi, les radicalistes populistes sont des alliés objectifs du pouvoir, car ils poussent la situation vers l'enlisement, vers le pourrissement pour offrir le prétexte au pouvoir de mener une répression à grande échelle. Mais aujourd'hui, ces personnes sont bien identifiées, elles ne représentent plus rien, même si médiatiquement elles sont portées et nous travaillerons avec d'autres personnes pour essayer de les isoler de ce mouvement citoyen. D'un autre côté, nous avons un mouvement qui appelle à l'autonomie de la région. Et là, on se pose la question: pourquoi appelle-t-on à l'autonomie maintenant? Dans un climat de violence. Qu'est ce qu'on veut faire? Ceux-là aussi travaillent pour les desseins du pouvoir.

Une autonomie qui n'est pas souhaitée par la Kabylie ni par d'autres régions du pays. C'est une revendication qui n'est pas portée par la population. Appeler à l'autonomie maintenant c'est essayer encore une fois, d'isoler la Kabylie du reste du pays et imposer un faux débat: Kabyle contre arabo-ophone et cela ne peut être que nuisible à l'unité nationale. Le pouvoir et ses alliés sont en train au-

jourd'hui d'attenter à l'unité nationale. Aujourd'hui, il y a les signes et les ingrédients d'une atteinte à la cohésion nationale. On veut disloquer le pays. Et cela je crois que ceux qui travaillent dans ce sens, porteront une lourde responsabilité devant l'histoire.

Pensez-vous que cette instabilité politique et ce climat d'insécurité soient le meilleur moment pour aller à une élection législative?

C'est déjà, une situation exceptionnelle que les Algériens vivent et pas seulement en Kabylie. Regardez le drame qui a touché Bab El-Oued et ses environs, les protestations à l'Est et à l'Ouest. Ce qui nous étonne c'est que des personnes se mettent déjà dans la tête, au gouvernement et dans certains partis, qu'il faut déjà aller aux élections. J'ai toujours dit que c'était indécent de parler des élections. Il n'y a aucune condition pour y aller.

De quelle condition voulez-vous parler?

Pour aller à des élections, il faut qu'il y ait un climat de confiance et de détente et que soit rétablie la confiance entre les citoyens et le pouvoir, entre les partis politiques et le pouvoir. Or, il n'y a rien de tout cela, on fait semblant d'ignorer qu'une guerre est menée contre les civils, qu'il n'y a pas de misère dans le pays. On ne répond pas aux revendications légitimes des populations, notamment sur le plan des droits, des libertés et du respect des droits de l'Homme et puis on va vers les élections dans un climat délétère. C'est vrai que chez nous, le terme d'élection n'a pas la même valeur que dans les pays démocratiques. Parce que chez nous, ce n'est pas la population qui élit, c'est l'armée qui élit les représentants du peuple.

On parle actuellement d'une éventuelle révision constitutionnelle à l'APN ainsi que l'élaboration d'une nouvelle loi électorale et l'introduction de tamazight comme langue nationale, qu'en pensez-vous?

On en pense rien du tout, nous ne sommes pas concernés par toute révision constitutionnelle quelle qu'elle soit. Une révision constitutionnelle ne peut être bénéfique pour le pays. On veut nous emmener à une vente concomitante de tamazight langue nationale, mais en parallèle, on renforce le cézarisme présidentiel qui existe déjà et par-là même restreindre les libertés. Une révision constitutionnelle est destinée seulement à renforcer et à mettre en place des instruments juridiques pour mieux étouffer les espaces démocratiques qui existent déjà.

Vous dites que c'est indécent de parler aujourd'hui d'élections. Est-ce que cela voudrait dire que vous êtes pour le report des élections?

Avant d'aller aux élections, qu'avons nous fait du rapport sur la fraude électorale en 1997. Qu'on le rende public, que ceux qui ont été accusés dans ce rapport de fraudeurs répondent de leurs actes. Malheureusement, le Chef du gouvernement, qui a organisé ce scrutin non seulement n'a pas été interpellé, sur la fraude, mais a été placé comme ministre de la Justice. Je crois qu'on vit dans un pays de fous où irresponsabilité et impunité sont érigées en règle.

On nous présente déjà les résultats sous forme de bipolarisation fictive RND-FLN. Comme si ces deux partis étaient différents l'un de l'autre. Ce sont des partis du pouvoir.

La fraude est déjà présente et commence par les listes électorales. Selon les chiffres de l'ONS (recensement de 1999), la population algérienne est de 30 millions d'habitants, dont 52% d'Algériens ont moins de 18 ans. Donc, il y a 48% des Algériens qui sont, en principe, de potentiels électeurs. Si tout le monde était inscrit, on aurait logiquement 14 millions d'électeurs. Or, on nous parle de 17 millions d'électeurs, c'est-à-dire qu'il y a au minimum trois millions d'électeurs en plus.

Mais cela ne vous a pas empêchés d'aller aux élections en 1997...

En 1997, il y avait une réalité politique qui aujourd'hui, est autre. On avait un dilemme, alors que toutes les conditions de boycott était là. Ne pas aller aux élections, c'était courir le risque de disparaître. Parce que ne pas être présent, c'est la marginalisation et l'exclusion et, d'un autre côté participer c'est cautionner un scrutin qui n'est pas démocratique. Nous avons fait le choix de participer à l'époque en disant que, pour nous, c'est une participation tactique dans le sens où, on utiliserait l'Assemblée comme tribune pour faire avancer nos idées de paix et de dialogue.

Aujourd'hui, c'est une nouvelle réalité politique et dans le parti, nous n'avons pas encore débattu de notre position d'aller ou de ne pas aller aux élections.

On conclut avec le volet économique. Malgré votre appartenance à l'Internationale socialiste, vous avez sévèrement critiqué l'accord d'association entre l'Union européenne et l'Algérie. Pourquoi?

L'Internationale socialiste et l'accord avec l'Union européenne sont deux choses complètement différentes. Ce n'est pas qu'on soit contre cet accord d'association, mais sur la manière avec laquelle il a été réalisé sur le contenu que nous ne connaissons pas. Nous avons d'un côté les pays européens qui sont démocratiques et les gouvernements qui sont légitimes et d'un autre côté, nous avons un gouvernement, le nôtre, qui n'est pas issu réellement d'une élection propre et honnête. Il ne peut pas se draper d'une légitimité démocratique et en principe, il ne doit pas engager le pays et tout le peuple algérien et les générations à venir dans un accord d'association sans qu'il y ait un débat national. Un débat national avec les partis politiques, avec les opérateurs économiques, avec les syndicats et avec tous les acteurs que compte la société civile. Ils ont même ignoré leur façade démocratique : l'Assemblée et le Sénat.

C'est cette manière de faire, que nous rejetons. Les Algériens n'ont pas été associés à cet accord. Ils se sont engagés sur des points qui est, par exemple celui relatif à l'Etat de droit, la bonne gouvernance et au respect des droits de l'Homme. Mais que vaut leur engagement quand on sait que des dizaines de traités et de conventions ont été signés sur les droits de l'Homme et qu'ils sont restés lettre morte. Il faut signaler aussi que la politique européenne en Algérie est otage des technocrates donc qui n'ont pas de vision politique sur la situation en Algérie, se basant sur le caractère économique de l'accord. Et, de ce fait, nous accusons ces technocrates européens de vouloir fermer la porte à une solution politique en Algérie.

Schwere Vorwürfe gegen die Behörden Algeriens

Förderte vernachlässigte Kanalisation Flutkatastrophe?

Von Axel Veiel (Madrid), Frankfurter Rundschau, 13. November 2001

Nach den sintflutartigen Regenfällen und Erdbeben vom Wochenende haben Armee und Feuerwehr in Algier die Suche nach Ertrunkenen und Verschütteten fortgesetzt. Gegen die Behörden werden schwere Vorwürfe erhoben, denn allein in der Hauptstadt sind mindestens 540 Tote zu beklagen, viele werden vermisst. Im gesamten Norden des Landes sind fast 600 Menschen ums Leben gekommen.

Während die Behörden von einer Naturkatastrophe sprachen, mehrten sich am Montag die Stimmen, die den Staat zwar nicht für die Flut, wohl aber für deren Folgen verantwortlich machen. Die städtische Kanalisation sei vor Beginn der Winterregen nicht ordnungsgemäß gewartet und gereinigt worden, warf Outoudert Abrous der Stadtverwaltung vor, der Chefredakteur der Tageszeitung Liberté. Verärgerung, ja Verbitterung hat auch hervorgerufen, dass einige Hauptadern der Kanalisation offenbar seit 1998 zubetoniert sind. Die Rohre waren versiegelt worden, damit Terroristen der Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA) dort kein Versteck mehr finden sollten.

Ein Sprecher des für den Großraum Algier gebildeten Krisenstabs wies allerdings zurück, dass die Versiegelung der Abwasserrohre das Ausmaß der Katastrophe verschlimmert habe. Angesichts des hügeligen Geländes der Stadt und der Wucht der Wassermassen sei das Unheil nicht zu vermeiden gewesen.

Doch nicht nur die Kanalisation, auch die Bauaufsicht haben die Behörden offenbar vernachlässigt. Nach Berichten mehrerer Zeitungen pflegte die Stadtverwaltung die immer dichtere Besiedelung der stark abschüssigen, erdbebengefährdeten Hänge der Kasbah und des volkstümlichen Stadtviertels Bab El Oued hinzunehmen.

Vor den Wohnungsämtern der Stadt bildeten sich am Montag lange Schlangen. Regierungschef Ali Benflis hat den Opfern nicht nur finanzielle Unterstützung versprochen, sondern auch Unterkunft. Für 1500 obdachlos gewordene Familien würden Wohnungen bereitgestellt.

Bis zum Wochenende hatte Algier monatelang unter der Trockenheit gelitten. Alle drei Tage nur war zuletzt in Küche oder Bad etwas Wasser aus dem geöffneten Hahn geflossen. Dann stürzte das Entbehrte auf einmal im Übermaß vom Himmel, 36 Stunden lang. Der ausgedörrte Boden im Hinterland konnte die Fluten nicht aufnehmen. Die meterhohen braunen Wassermassen rissen mit sich, was nicht verankert und verwurzelt war. Und die Meteorologen erwarten weitere Regenfälle.

Die Bulldozer von Bab El-Oued

Jacques Chiracs Algerien-Besuch und der Kampf gegen den Terrorismus

STANDARD-Korrespondent Stefan Brändle, 5. Dezember 2001

Algier/Paris - "Allons! Gehen wir zwei, drei Hände schütteln", sagt Jacques Chirac und schiebt die Leibwächter zur Seite, die hier in Bab El-Oued nicht nur wegen der Sonne schwarze Brillen tragen. Frankreichs Präsident lässt auch seinen algerischen Kollegen Abdelaziz Bouteflika stehen. Der schaut süßlich lächelnd zu: Als er nach dem sintflutartigen Regen Mitte November selbst das Arbeiterquartier von Algier aufsuchte, wurde er ausgepiffen.

Chirac ist hingegen das Mitgefühl in Person. Das malträtierte Volk dankt es ihm, schwenkt Algerien- und Frankreich-Fähnchen und küsst dem hohen Gast die Hand. Mehr als 750 Tote forderte das Unwetter des 10. November. "Ich verlange eine Schweigeminute", deklariert Chirac vor den Absperungen um den Triolet-Platz, der unter einer meterdicken Schlammschicht begraben ist, wo Feuerwehrleute Leichen bergen und orange Bulldozer entwurzelte Bäume aus dem erstarrten Lehm zerren. Langsam breitet sich der präsidiale Wunsch über die ruhiger werdende Menschenmenge aus; Chirac steht mit hochgerektem Kinn da. Neben ihm Bouteflika, mehr als einen Kopf kleiner und sprachlos ob des präsidialen Bulldozers aus Paris, dem die Algerier zujubeln.

Beim Spital Durante verspricht der Gast spontan medizinische Wiederaufbauhilfe. Spontan? Ein Elysée-Pressemann verteilt an die Journalisten gleich die Liste der medizinischen Apparate, die Frankreich spenden wird. Der Gang durch Bab El-Oued war offenbar genau inszeniert.

Allzu euphorisch auch wirken einzelne Fähnchenschwinger - zumindest verglichen mit dem Sprechgesang junger Burschen: "Bab el-Oued, Chouayaddah (Märtyrer)", skandieren sie, wie vor zehn Jahren die FIS-Islamisten, die nach ihrem abgewürgten Wahlsieg in dem rebellischen Armenquartier Zuflucht vor dem Militärregime gefunden hatten.

Jetzt bezieht sich der Refrain eher auf die Unwetterfolgen, die der behördliche Schlendrian noch verschlimmert hat. Die Islamisten bleiben in Bab El-Oued gewiss populär, nicht zuletzt, weil sie den Obdachlosen mit Kost und Logis beistehen. Doch ein Bin Laden scheint bei den Jugendlichen nicht so hoch im Kurs zu stehen, wie man es erwarten könnte.

"Gebt uns Visa!"

Die Menschen hier haben nur noch einen Traum: "Visa! Gebt uns Visa nach Frankreich!", rufen sie Chirac zu. Der aber steigt schon wieder in seine dunkle Limousine und prescht in einer riesigen Staubwolke davon.

Später, bei einer Pressekonferenz, drückt er sich dafür um so inniger für die in Frankreich lebenden und arbeitenden Algerier aus, die fast alle den Doppelpass haben und "Teil unseres Fleisches sind". Noble Worte - natürlich bar jeder Hintergedanken vor den kommenden Präsidentschaftswahlen. Nein, Chiracs Blitzreise durch Tunesien, Marokko und Algerien diene nach seinen Worten dazu, "die Kooperation gegen den internationalen Terrorismus zu verstärken".

Die erste Algerien-Visite eines französischen Präsidenten seit 1989 wurde möglich, weil man seit dem 11. September beiderseits des Mittelmeers das gleiche Ziel hat: den islamistischen Terrorismus "auszumerzen" (Chirac). Dieses Wort ist seit Jahren Programm für das algerische Regime - ein Regime, dessen Brutalität und Korruption in Europa bis vor kurzem noch als mitschuldig am Aufschwung der Islamisten gegolten hatte.

Wir kennen kein Pardon!

Dokumentation Ghania Mouffok, *Le Monde Diplomatique*, 13. Juli 2001

DIE Tumulte in der Kabylei, die vor allem von einer an den Rand gedrängten und zornigen Jugend ausgelöst wurden, haben sich inzwischen auf andere Gebiete Algeriens ausgeweitet. Trotz harter Gegenmaßnahmen seitens der Regierung und über hundert Toten setzten sich Ende Juni die Protestkundgebungen fort. Ihren Höhepunkt fand die Protestwelle am 25. Juni in Tizi-Ouzou, wo sich anlässlich des zehnten Jahrestags der Ermordung des Sängers Lounès Matoub mehrere zehntausend Menschen versammelten, um ihre Unzufriedenheit kundzutun. Große Teile der algerischen Gesellschaft wenden sich inzwischen gegen ein Regime, das immer mehr als korrupt, arrogant und undurchsichtig empfunden wird.

Seit Beginn der Unruhen, seit es Tote und Verletzte gibt und die Stadt erfüllt ist von Tränengaschwaden und dem beißenden Geruch nach Molotowcocktails, ist Tizi-Ouzou ein Ort mit dreigeteilter Machtstruktur.

Der erste Machtpol ist das Zentrum mit den beiden Gendarmeriekasernen, die zugleich das symbolisieren, wogegen sich der Protest richtet. Nachdem die Gendarmerie mit scharfer Munition auf die Demonstranten geschossen hatte, die seit April 2001 - nach dem Tod des Gymnasiasten Massinissa Guermah in einer Polizeiwache - die Straßen beherrschen, erhielt sie Anweisung, sich unauffällig zu verhalten. Ihre Kasernen werden inzwischen von den CNS geschützt, einer Spezialeinheit der Polizei zur Aufstandsbekämpfung, die sich auf den Einsatz von Tränengas beschränkt.

Der zweite Machtpol hat seinen Ort jenseits der Kasernen, auf den Straßen. Dort kämpfen die Aufständischen, eine zornige, wutentbrannte Jugend, deren Kraft viele Einwohner aus ihrer Bequemlichkeit aufgerüttelt hat. Die mit Eisenstangen bewaffneten jungen Leute, die sich mittlerweile im Bau von Barrikaden und der Herstellung von Molotowcocktails auskennen, wollen vor allem eines erreichen: den Abzug der Gendarmerie. Aus ihrer Sicht ist die Gewalt zum legitimen Mittel der Selbstverteidigung geworden. "Ulach smah, ulach!", skandieren sie: "Wir kennen kein Pardon!" Darin klingt der Wunsch nach Rache an den Ordnungskräften an, aber ebenso die Ablehnung aller Organisationsformen, die sich dem Rechtsverständnis der herrschenden Machthaber unterordnen.

Der dritte Pol in diesem Machtdreieck ist jene Generation, die aus dem "Frühling der Berber", der Protestbewegung der Achtzigerjahre, hervorgegangen ist. Er besteht aus den Aktivisten zweier Parteien, des Front des Forces Socialistes (FFS) und des Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD), die sich als Vermittler zwischen den Kräften des Aufstands und den Ordnungsmächten zu etablieren versuchen. Sie möchten vor allem verhindern, dass der Riss zwischen beiden Lagern "irreparabel" wird. Es ist eine Generation, die sich ihr politisches Scheitern eingestehen muss, aber sie hat in der lokalen Kultur Repräsentationsformen für sich wiederentdeckt, die an den traditionellen Dorfrat (ârch) anknüpfen. Der ârch basiert vor allem auf Blutsverwandtschaft und bildet sich als ein Klan um einen angesehenen Gründungsvater. Aufgrund der Verwaltungsgrenzen im modernen Algerien können einem solchen Rat heute auch Familien aus verschiedenen Gemeinden angehören.

"Nach dem Tod von Massinissa Guermah haben wir Formen der Kooperation gesucht, die über Partei- und Verwaltungsgrenzen hinweg funktionierten", erklärt Haçène Salah, "deshalb der Rückgriff auf die Dorfräte, die seit unvordenklichen Zeiten demokratische und moralische Autorität besitzen." Der 45-jährige Arzneimittelhändler, der aus der Berberbewegung kommt und sich später dem FFS angeschlossen hat, wurde nach dem Kooptationsprinzip zum Vertreter des ârch der Aït Djennad im Verband der urusch (der Räte) von Tizi-Ouzou bestimmt.

Der ârch der Aït Djennad stellt eine Art Großfamilie dar, die auf drei Gemeinden verteilt lebt, die wiederum zu drei verschiedenen daïra (Unterpräfekturen) gehören. Insgesamt bestehen die drei Gemeinden Freha, Aghribs und Timizart aus 57 Dörfern, die nach dem Konsensprinzip, also nicht durch Wahl, je zwei Delegierte in den Rat entsenden. Unter den 114 Mitgliedern des Rats werden sechs Vertreter ausgewählt, die in den Verband auf der Ebene des wilaya (Präfektur) von Tizi-Ouzou geschickt werden.

Auf diese Weise haben sich in allen großen berbersprachigen wilayas solche uruschs als Vertretung der Landbevölkerung gebildet. Ein entsprechendes Gremium sind in den neuen Städten die Stadtviertel- oder Bezirkskomitees. Um dem Aufstand eine politische Richtung zu geben, versammelten sich alle Delegierten dieser Institutionen am 11. Juni 2001 in El Kseur und riefen zu einem friedlichen Marsch nach Algier auf, der für den 14. Juni geplant war. Unterzeichnet war der Aufruf von Vertretern der wilayas von Sétif, Bordj Bou Aréridj, Bouira, Boumerdes, Bejaïa, Tizi-Ouzou und Algier (durchweg Regionen der Kabylei oder Gebiete, in denen viele Kabylern leben) sowie vom Vertretungsorgan der Universitäten von Algier.

In dieser Organisationsstruktur, die auf dem Konsensprinzip beruht, äußert sich zum einen die Furcht vor einer Spaltung und zum anderen das Bemühen, den Mythos der Einheit aller Kabylern gegenüber der Zentralmacht neu zu begründen. Nach Ansicht der meisten Mitglieder der uruschs haben die beiden "Berberparteien" - der FFS mit dem größten Wähleranhang und der RCD, dessen Gefolgschaft aufgrund seiner Regierungsbeteiligung geschrumpft ist(1) - nur zur Spaltung beigetragen. "Die Jugend will keine Partei" versichert Salah, "sie fühlt sich von den Dorfräten vertreten." Keine Parteien, keine Wahlen, keine Frauen - ein merkwürdiges Ergebnis in einer Region, die sich zu andern Zeiten als Avantgarde eines republikanischen oder demokratischen Algerien verstanden hat.

Die Elite der vormaligen Protestgeneration begnügt sich also damit, aus der einzigen Forderung, die die jugendlichen Rebellen klar formuliert haben ("Weg mit der Gendarmerie!"), einen lediglich regionalistischen Anspruch mit kultureller Begründung abzuleiten. Der Sänger Ferhat Mehenni, eine Symbolfigur der Generation der Achtzigerjahre und Sänger ihrer Protesthymne, formuliert diese Haltung ganz offen: "Die algerische Kultur ist grundsätzlich regionalistisch und tribal orientiert. Wir erleben heute das Scheitern des Nationalismus, weil die Leute, die seit der Unabhängigkeit von 1962 an der Macht sind, weder willens noch fähig waren, den Aufbau einer Nation weiterzuführen. Ohne die Rückkehr zu den regionalen Grundlagen lässt sich überhaupt nichts aufbauen." Mehenni tritt dafür ein, mit einem Tabu zu brechen und die regionale Autonomie einzuführen: "Unter Autonomie verstehen wir, dass sämtliche staatlichen Hoheitsrechte auf die gewählten Institutionen der Region übergehen - ausgenommen nur die Landesverteidigung, die Münze, die Außenpolitik und die symbolische Vertretung der Republik. Die regionale Autonomie bedeutet den Beginn einer institutionellen Entkolonialisierung."

Die Marginalisierten bilden die Mehrheit

EINE "elitäre Haltung", meint Daho Djerbal, Historiker und Herausgeber von Naqd, einer der wenigen Zeitschriften, die den Mut haben, sich mit dem Algerien von heute auseinander zu setzen. In seinen Augen hat sich die alte Führungsriege der Region auf eine fragwürdige Position zurückgezogen. Sie vertrete den Standpunkt, so Djerbal, die Kabylei sei in stärkerem Maße Opfer der Zentralmacht als das übrige Algerien. Als Beleg diene ihr die "Verweigerung der Identität", da die Machthaber die Berbersprache Amazigh nicht als eine der offiziellen Landessprachen anerkennen.

Vor dem Hotel Belloua, in dem wir uns unterhalten, ist der Straßenkampf voll im Gange. "Komm doch her", ruft ein Jugendlicher einem CNS-Polizisten zu, "komm her, wenn du ein Mann bist, du Bastard, du Sohn der tchipa [Korruption]!" Der CNS-Mann brüllt zurück: "Hör zu, du Kabyle, aus eurem Amazigh wird nichts, du Sohn von Chirac!"

Es waren diese Jugendlichen, die den Sänger Ferhat Mehenni mit Spottversen empfangen hatten, dem Haçène Salah anschließend in aller Freundschaft riet: "Das nächste Mal solltest du nicht im Anzug auftreten." In der Revolte offenbart sich auch ein Bruch zwischen den alten Eliten der Berberbewegung und den Jugendlichen, die ohne jede Perspektive dastehen.

Nach Ansicht von Daho Djerbal drücken sich diejenigen, die die Anerkennung ihrer Sprache fordern, vor einem wichtigen Problem: "Die Basis spricht Kabylisch und Arabisch, die Elterngeneration dagegen Kabylisch und Französisch. Die Jugendlichen können kaum noch Französisch. Und der traditionellen Führung fällt zur Auflösung dieses Widerspruchs nur Partikularismus und Regionalismus ein." Alle sind sich jedoch darin einig, dass die Jugendlichen der Kabylei den engen Rahmen der kulturellen Forderungen verlassen und ein Problem von nationaler Tragweite auf die Tagesordnung gesetzt haben: ihr Verhältnis zum Staat.

Ouarmar, 27, Arabischlehrer in seinem Heimatdorf, sagt es auf seine Weise. Wie Zehntausende anderer junger Leute hatte er die Bergregion verlassen, um sich am 14. Juni am Marsch nach Algier zu

beteiligen. In der Hauptstadt angekommen, fand er sich in einer Situation wieder, die mittlerweile klassisch ist: Auf die Repression reagierten die Jugendlichen mit Gewalt. Ouarmar wurde verletzt und landete mit Dutzenden anderen Demonstranten im Mustafa-Krankenhaus. Nach den üblichen Ausfällen gegen das "System" erklärt er: "Ich will, dass das hak, dass Recht und Gesetz respektiert werden, es muss Schluss sein mit den Begünstigungen und Sonderrechten." Und dann meint er, als spräche er von sich selbst. "Wer arm ist, hat gar nichts. Man lebt in den Bergen, und das wars. Aber die mit dem Geld aus dem Ausland, das sind harki [Kollaborateure der Franzosen]. Und wenn du dich neben sie setzt, rücken sie weg, weil du arm bist."

Die Kluft zwischen Arm und Reich verläuft durch ganz Algerien, auch durch die Kabylei. Auf die Straße gehen, wie im Oktober 1988, die Menschen, die sozial ausgegrenzt sind. Und dies nicht nur in der Kabylei. Inzwischen hat sich die Revolte auf Khenchela, Annaba, Batna und andere Orte ausgeweitet. Um besser zu verstehen, was in Algerien geschieht, kann man immer noch auf die Einsichten zurückgreifen, die der Soziologe Saïd Chikhi nach der Rebellion von 1988 veröffentlicht hat: "Den Oktober nur durch Verweis auf die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot erklären zu wollen bedeutet, Ursache und Wirkung zu verwechseln und vor allem die Komplexität der sozialen Beziehungen zu reduzieren. Denn man lässt damit außer Acht, was heute in Algerien eine entscheidende Rolle spielt: das Feld der Marginalisierung."⁽²⁾ Dieses Feld hat sich mittlerweile zu einem eigenen Kontinent ausgewachsen, auf dem etwa 12 Millionen Algerier leben.

Zur Arbeitslosigkeit kommt der Ausschluss aus dem Bildungssystem. "Die Schule", schrieb Saïd Chikhi damals, "ist nicht mehr ein Mittel der gesellschaftlichen Integration, das den ‚Kindern aus dem Volk‘ die Chance eines gesellschaftlichen Aufstiegs bietet. Heute funktioniert sie als Selektionsinstrument, und die meisten scheitern an diesem Test: Von hundert eingeschulten Kindern erreichen nur vier die Universität." Die übrigen finden sich in die seelenlosen Schlafstädte verbannt, wo sie keine Orientierung finden und keinen sozialen Status gewinnen können.

Diese "Randständigen", die inzwischen eine Mehrheit bilden, schlagen sich in der Schattenwirtschaft durch, wo vor allem Cleverness, Tricks und kriminelle Methoden weiterhelfen, wie es Saïd Chikhi schon 1988 beschrieb: "Sie folgen einem anderen Ehrenkodex, Mutproben und körperliche Aggression sind ihre Mittel, die eigenen Fähigkeiten zu erproben. Und sie folgen einer anderen Logik des Handelns: Die Erfahrung, immer wieder auf der Polizeiwache verprügelt zu werden, das Gefühl, in einem verrotteten System zu leben und nur als Masse, nicht als Kollektiv zu existieren - all das führt zu Aufbegehren und Protest. Aber sie finden keinen Raum, sich auszudrücken, und keinen Rahmen für ihren Protest." Es sei denn auf der Straße, so wie heute.

Seit dieser Diagnose sind über zehn Jahre vergangen. Auch die Führungsschichten und der Mittelstand, denen die Aufgabe der "Demokratisierung" des Landes mit Hilfe von Gewerkschaften, Parlament und staatlichen Einrichtungen zugeordnet war, haben ausgespielt. Erstmals wurden jetzt in der Kabylei auch Büros der "Berberparteien" verwüstet. Hat Daho Djerbal Recht mit seiner Behauptung, der Berberbewegung fehle es an Lösungen, sie sei historisch gesehen "im Begriff, die Partie zu verlieren", und biete, wie zuvor die Islamisten, keine Alternative zum herrschenden System, "weil sie mit ihrer Orientierung an Identität und Regionalismus die gesellschaftliche Bewegung auf ideologische Abwege bringt"?

Algerien hat nicht nur die Zerrüttung durch den Bürgerkrieg auszuhalten, auch der radikale wirtschaftliche Wandel hat das Land schwer erschüttert. Unter dem Druck der internationalen Finanzinstitutionen und wegen der Auflagen, die sich aus den Umschuldungsvereinbarungen ergeben, musste der Staat seine einstige wirtschaftliche Rolle innerhalb von zehn Jahren vollständig aufgeben. Die Privatisierung führte zum Bankrott von Staatsunternehmen, mehr als eine halbe Million Arbeitnehmer wurde auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig entstand eine Schicht von Neureichen, vor allem nach dem Ende des staatlichen Außenhandelsmonopols. Und der Wandel vom Staatsmonopol zum privatwirtschaftlichen Monopol im Bereich der Mineralölförderung hatte eine weitere Einkommensumverteilung zur Folge.

Es handelt sich also um eine Art von New Deal zwischen alten und neuen Machtstrukturen, an dem die große Mehrheit der Bevölkerung nicht beteiligt ist. Alles wird neu ausgehandelt: der Zugang zu Grundbesitz und Krediten, der Einfluss auf Entscheidungen der Gerichte und des Parlaments, der Zugang zu bestimmten Schlüsselpositionen. Die entscheidende Frage ist dabei, welche politischen und wirtschaftlichen Kräfte in diesem Wandlungsprozess bestimmend sind und die Macht übernehmen

könnten. Was tatsächlich vorgeht, wird man kaum begreifen können, wenn man immer nur auf die Auseinandersetzungen verschiedener Klans starrt, die sich zwischen Präsident Abdelaziz Bouteflika und den "wahren Machthabern" im Militär abspielen. Auch das Militär hat sich bereits erheblich gewandelt, und die neuen Reichen aus dem privatwirtschaftlichen Sektor versuchen, alle Institutionen des Landes ihren Interessen gefügig zu machen.

Unterdessen sind die Straßenkämpfer dabei, alles zu zerschlagen, was von den öffentlichen Einrichtungen noch übrig ist: Finanzämter und Versicherungen, Postämter und Pensionskassen. Indem sich ihr Zorn gegen alles wendet, was den Staat, der sie im Stich gelassen hat, materiell repräsentiert, trägt die Masse der Opfer dieser Entwicklung tragischerweise dazu bei, sich selbst zu schwächen. Aber vielleicht kann das Algerien der Vielen, der Armen, der Millionen von Ausgegrenzten nur auf diese Weise, durch Wut und Empörung und Steinewerfen, seine Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag artikulieren.

dt. Edgar Peinelt

Fußnoten:

- (1)Die jüngsten Ereignisse haben die beiden Minister des RCD zum Ausscheiden aus dem Kabinett gezwungen.
- (2)"Hommage à Saïd Chikhi", Mouvement social et modernité, Algier (NAQD-SHARP), März 2001.

"Ein Gendarm spuckte auf den Toten"

Aufstand in Algerien

Salima Mellah (Berlin) und Nasreddine Yacine (Algier), gekürzte Fassung in der Frankfurter Rundschau, 5. Juli 2001 erschienen

„Ihr könnt uns nicht töten, wir sind schon tot“

Seit über zwei Monaten dauern die Unruhen in der Kabylei - eine Berberregion östlich von Algier – an. Mittlerweile sind sie auf andere Regionen des Landes übergegangen. Ob in Staoueli in der Nähe Algiers, in Biskra im Süden oder in Khenchela oder Tebessa im Osten, fast überall geht die Bevölkerung auf die Straße, um gegen die *Hogra* zu protestieren. *Hogra* ist ein Begriff, der die Tiefe der Erniedrigung und der Verachtung ausdrückt, die die Jugend von seitens einer Staatsführung, die nur noch ihre eigenen Interessen und ihren Machterhalt sieht, tagtäglich erlebt. Während der Demonstrationen in der Kabylei und Algier wurde ein Transparent mit folgender Aufschrift getragen: „Ihr könnt uns nicht töten, wir sind schon tot“. Es ist der Schrei der Verzweifelten, die, weil sie nichts zu verlieren haben, keine Furcht mehr vor der Militärmacht empfinden. Was müssen diese Jugendlichen in zehn Jahren Krieg an Demütigungen, Ungerechtigkeiten und Gewalt erlitten haben, um eine solche Botschaft zu vermitteln!

Die Gründe für die Wut und die Proteste sind in ganz Algerien die gleichen. Es ist nicht allein die nackte Militärgewalt, die die Menschen nicht mehr ertragen, sondern die totalitäre Machtstellung eines Militärs, das sich alles aneignet. In Khenchela wurden die Unruhen durch einen Gendarmen ausgelöst, der eine junge Frau belästigte. Junge Männer, die diese Verhaltensweisen nicht mehr ertragen, schlugen ihn zusammen. Der Gendarm, der nicht verstand, was ihm geschah, erwiderte, daß er sich doch immer so verhalten habe. „Nun sei Schluss damit“, meinten die jungen Männer. Nachdem Verstärkung anrückte, um die Protestierenden zu bestrafen, richteten sie ihren Zorn gegen Staatssymbole.

Algier hat mehrere große Demonstration mit über einer halben Million Menschen erlebt. Diese Massenversammlungen finden im Kontext einer extremen Krise an der Spitze des Staates statt. Die politische und ökonomische Lage ist seit Jahren blockiert, während die Bevölkerung zusehends verarmt. Besorgniserregend dabei ist die Tatsache, dass weiterhin Massaker verübt werden und unbekannte bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte weiterhin Zivilisten und Soldaten ermorden. Die allgemeine Stimmung hat sich allerdings sehr geändert, denn seit Monaten wird die Militärführung öffentlich massiver Menschenrechtsverletzungen angeklagt, und die einst uneingeschränkte Unterstüt-

zung des Westens, allen voran Frankreichs erfährt immer vehementere Kritik seitens bekannter Persönlichkeiten in Europa.³⁷

Am Anfang war der Tod

Jedes Jahr um den 20. April wird in der Kabylei der *Berber-Frühling* im Andenken an die 1980 stattgefundenen Proteste gefeiert. Damals haben Studenten in Tizi-Ouzou nach dem Verbot einer Veranstaltung zum ersten Mal die offizielle Anerkennung der berberischen Sprache und Kultur gefordert. Auch dieses Jahr bereitete sich die Kabylei auf Veranstaltungen und Demonstrationen vor.

Im Vorfeld dieser Feierlichkeiten wurde am 18. April in Beni-Douala, unweit von Tizi-Ouzou, der 19-jährige Mohamed Massinissa Guermah von Sicherheitskräften verschleppt und in der Brigade der Gendarmerie ermordet. Kaum erfuhren die Nachbarn von dieser extralegalen Tötung, gingen sie empört auf die Straße. Diese Liquidierung ist an sich nichts Außergewöhnliches in einem Land, in dem seit 1992 ein Krieg geführt wird, der 150 000 Tote, über 10 000 Verschwundene und Tausende von Gefolterten zählt. Und dennoch hat dieser Mord die Jugend so sehr aufgebracht, dass sie die Schulen und Gymnasien verließen und ihre Wut gegen den repressiven Staat ausdrückten. Sie waren umso wütender, als die Gendarmerie anfangs das Opfer des Diebstahls bezichtigte. Sie strömten auf die Straßen und riefen Parolen gegen den Staat, die Repression, die Ungerechtigkeit, forderten mehr Würde und Respekt. Kulturelle Forderungen waren kaum zu hören. Sie brachten vor allem ihre Feindseligkeit gegenüber den Sicherheitskräften zum Ausdruck, deren Willkür sie seit Jahren zu erleiden haben. Insbesondere schien die Gendarmerie als Fremdkörper in der Region ihren Unmut auf sich zu ziehen, und sie verlangten deren Abzug.

Tag für Tag finden in den Wilayat von Tizi-Ouzou, Bejaia, Boumerdes, Bouira und bis nach Setif Demonstrationen statt. Sicherheitskräfte stehen ihnen mit Tränengas und scharfer Munition gegenüber. In den ersten zwei Wochen wurden etwa 80 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Die Regierung war erstaunlich still. Erst Tage später wurde offiziell verlautbart, dass der für den Tod Mohamed Massinissa verantwortliche Gendarm die entsprechende Bestrafung erfahren würde.

Opfer und Zeugen der Repression

Es blieb allerdings nicht bei dieser einen Liquidierung, denn während der zahlreichen Demonstrationen konnten viele Menschen beobachten, wie die Gendarmen gezielt töteten. Hélène Flautre, Europaabgeordnete, reiste mit einer europäischen Delegation vom 18 bis zum 22. Mai nach Algerien. Sie fuhr in die Kabylei, wo sie mit Opfern der Repression sprach. Sie erfuhr, dass in den ersten Tagen die Sicherheitskräfte ausschließlich Wasserwerfer und Tränengas einsetzten. Erst eine Woche nach Beginn der Unruhen wurde auf die Demonstranten scharf geschossen.³⁸

Von wo kam dieser Befehl? Auffällig ist bei den uns vorliegenden Zeugenberichten, dass die Sicherheitskräfte vor allem in den kleineren Städten und Dörfern mit dieser Härte vorgegangen sind. In den Großstädten Bejaia und Tizi-Ouzou haben sie weiterhin Wasserwerfer eingesetzt. Angesichts der Tatsache, dass an vielen Orten mit scharfer Munition geschossen wurde, muss angenommen werden, dass der Befehl von höherer Stelle kam.

Die Zeugnisse sind erschreckend. Heckenschützen zielten von Terrassen und Balkonen auf Demonstranten mit dem Ziel zu töten. Mokrane aus Tizi Rached erzählt gegenüber Journalisten von *Le Matin*,³⁹ dass er sich mit Freunden unterhielt, als er zufällig in der Entfernung von 200 m einen Gendarmen auf sich zielen sah. Er bewegte sich leicht und die Kugel traf ihn im linken Arm. Hätte er diesen Reflex nicht gehabt, hätte sie das Herz getroffen.

Herr Said Mokrab aus Larbaa Nath Irathen erzählt, wie sein 25-jähriger Sohn Oulbane getötet wurde. Er befand sich 150 m von der Gendarmerie entfernt, und eine gezielte Kugel traf ihn am Kinn und durchbohrte seinen Hals. Der Vater ist sich sicher, dass gezielt wurde, um zu töten. „Es war eine Kriegstaktik, keine Notwehr. Die Gendarmen zielten weit hinter die Demonstranten, um sie nach vorne in ihre Richtung zu treiben.“ Manche Verletzte wurden regelrecht liquidiert. Der Zeuge Kamel B. aus Larbaa Nath Irathen berichtete: „In unserer Region sind die Demonstranten nie in die Brigade ein-

³⁷ Siehe Appel europäischer Intellektueller: Wider mit der europäischen Gleichgültigkeit, Frankfurter Rundschau, 14. Mai 2001.

³⁸ Hélène Flautre, *Témoignage* : http://www.algeria-watch.de/mrv/mrvrepr/flautre_temoignage.htm

³⁹ Retour sur les événements, *Le Matin*, 16. Mai 2001.

gedrungen. Ich muss es ja wissen, da ich gegenüber wohne, in der Siedlung Harhat. Am 28. April, als die Demonstranten das Tor der Brigade erreichten, haben die auf Dächer postierten Gendarmen auf sie geschossen. Die Jungs glaubten, es seien Gummigeschosse. Als sie mehrere Meter zurückgingen, öffnete sich das Tor und etwa 60 Gendarmen mit Kalaschnikows bewaffnet strömten heraus und umzingelten das Viertel. Das waren keine Aufstandsbekämpfungseinheiten. Wenn man sah, wie sie sich bewegten und entfalteten, wusste man, dass es sich um Spezialisten handelte. Nach mehreren Salven, wurden die Schüsse seltener, weil sie auf die Demonstranten einzeln zielten. Ich habe sie mit eigenen Augen gesehen, als sie zwei Verletzte, Mouloud Belkalem (32 Jahre) und Arezki Hammache (31 Jahre) den Rest gaben. Der eine befand sich gegenüber der Getreidefabrik und der anderen in der Nähe meines Wohnhauses. Hammache wurde am Kopf getroffen und dann von dem Brigadechef persönlich hingerichtet. Ein anderer Gendarm spuckte auf den Toten und zog ihm die Hose aus.“ Auch die Rettungsversuche von manchen Männern wurden oftmals von den Sicherheitskräften verhindert. Als am 28. April in Ain El-Hammam sechs junge Männer Nadia Ait Abba, die von zwei Kugeln getroffen worden war, aus dem Gebäude evakuierten, schossen Gendarmen auf sie. Omar Nait Amara wurde dabei getötet.

Ärzte stellten fest, dass 90 % der Verletzten von hinten getroffen wurden, d.h. dass sie sich auf der Flucht befanden. Salah Ouidir aus Ain El-Hammam (50 km von Tizi-Ouzou) berichtet, dass er am 28. April an einem friedlichen Schülermarsch teilnahm. „Die Gendarmen kamen und beschimpften uns. Dann schossen sie mit Gasbomben. Daraufhin antworteten wir mit Steinwürfen. Um 13 Uhr zogen sich die Aufstandsbekämpfungseinheiten der Gendarmerie in die Brigade zurück. Zwanzig Minuten später kamen sie wieder heraus, mit Kalaschnikows bewaffnet. Sie teilten sich in zwei Gruppen und umzingelten die Siedlung. Sie schossen mit scharfer Munition in alle Richtungen. Sie haben uns bis zu einem kleinen Wald verfolgt. Da wurde ich am Bein getroffen.“

Schrecken löste bei Zeugen und Ärzten die Feststellung aus, dass die Gendarmen Splittergeschosse gegen die Demonstranten einsetzten. Salah Debliche wurde mit einer Kugel im Rücken getroffen, die im Körper explodierte: Acht Organe wurden verletzt. Mehrere Ärzte berichten über zertrümmerte Körperteile. Doktor Menzou, der auch während der Unruhen von 1988 Verletzte behandelte, sagte, er habe diese Art von Verletzungen als Folge des Einsatzes von scharfer Munition noch nie gesehen, es müssten Splittergeschosse sein.

Es steht fest, dass nicht nur Gendarmen getötet haben. Viele Zeugen berichteten über Polizisten, die Jagd auf Demonstranten machten. So erging es Rachid Bouguera, der am 27. April, als er sich zum algerischen roten Halbmond begab, wo er ehrenamtlich tätig ist, von Polizisten erschossen wurde. Die Zeugen wurden von Polizisten zu der Aussage angehalten, dass Gendarmen für den Tod verantwortlich seien. „Die Polizei leugnet, ihn getötet zu haben“, – berichtet sein Bruder Belkacem. „Uns wurde kein Autopsiebericht ausgehändigt. Nicht nur, dass mein Bruder getötet wurde, sondern keiner will die Verantwortung dafür tragen!“⁴⁰

Folter, Einschüchterung und Vernichtung von Beweisen

Es wurde auf Demonstranten nicht nur geschossen, sie wurden zu Dutzenden in die Gendarmerie verschleppt und gefoltert. Die Gendarmerieführung von Tizi-Ouzou gab zwar am 2. Mai bekannt, dass „in der ganzen Provinz kein einziger Demonstrant vorgeladen wurde“, aber die Berichte über Demütigungen und Misshandlungen sind sehr zahlreich. Viele junge Männer berichten, wie sie gezwungen wurden, sich auszuziehen, und ihnen mit der vorgehaltener Waffe eine Vergewaltigung angedroht. Boussaad Messad erzählt, dass er am 28. April an den Demonstrationen in Mekla teilgenommen hatte. „Ich sah einen Gendarmen auf mich zielen. Eine Kugel traf mich im Bein. Ich brach zusammen. Man evakuierte mich zur Krankenstation, wo ich erste Hilfe erhielt. Da die Verletzung kompliziert war, beschloss man, mich ins Krankenhaus von Tizi-Ouzou zu transportieren. Als wir vor dem Gebäude der Kommunalverwaltung ankamen, hielt eine Gruppe von Gendarmen das Auto an. Einer von ihnen zerrte mich heraus und schleifte mich über den Boden. Sie zogen mich aus und schlugen mit Knüppel und Gewehrkolben auf mich ein. Einer versuchte, mich zu erwürgen, aber ich konnte seinem Griff entkommen. Sie beschimpften mich, während einer auf mich urinierte. Als einer seine Waffe zückte, um auf mich zu schießen, stellte ich mich tot. Einer seiner Kollegen sagte: ‚Lassen wir diesen Hund, er ist tot.‘“ Andere Männer erzählen, wie sie stundenlang in der Brigade festgehalten und immer wieder mit

⁴⁰ Ein Teil der hier aufgeführten Zeugnisse wurde von Mohamed Mehdi gesammelt. „Mort non naturelle“ 1, algeria-watch, 1. Juni 2001 : http://www.algeria-watch.de/farticle/kabylie/mort_non_naturelle.htm

Vergewaltigungen bedroht wurden. Sie wurden geschlagen, ihnen wurden die Bärte ausgerissen und die Haare geschoren.

Als die massive Repression der Gendarmerie stark kritisiert wurde und Gendarmen ihrer Posten enthoben werden sollten, versuchten diese Beweise und Hinweise auf ihre Taten zu vertuschen oder zu beseitigen. Sie verlangten, dass die Ärzte ihnen die aus den Verletzten entfernten Kugeln aushändigen. Sie versuchten die Patienten und ihre Besucher mit Tränengaseinsätzen in den Krankenhäusern einzuschüchtern, übten Druck auf das medizinische Personal aus, damit es falsche Angaben machte. Aber nicht nur die Opfer und ihre Familien wurden eingeschüchtert, verschiedene staatliche Institutionen schienen Direktiven erhalten zu haben, die die Untersuchungen erschweren sollten. Wenn Betroffene oder ihre Familienangehörige vom Ermittlungsrichter vorgeladen werden, müssen sie Beweise für ihre Anschuldigungen vorbringen. Die Familien erhalten selten die Autopsieberichte, und wenn sie ein Dokument bekommen, steht darin ein lapidarer Satz wie „eines nicht natürlichen Todes verstorben“!

Zuckerbrot und Peitsche

Ende April schien Präsident Bouteflika bereit zu sein, auf manche Forderungen der Demonstranten einzugehen.⁴¹ Er kündigte an, dass Gendarmen abgezogen und die Abiturienten aus der Kabylei ihre Prüfungen im September nachholen werden. Doch bald drohte er, gegen die Demonstranten mit eiserner Hand vorzugehen.⁴² Der Sprecher der Gendarmerie erklärte Anfang Juni gegenüber Reuters, die 630 abgezogenen Gendarmen seien lediglich ausgewechselt worden, und er denke nicht daran, sich zurückzuziehen.⁴³ Zeitgleich berichteten Einwohner von dem Eintreffen militärischer Spezialeinheiten (Fallschirmjäger mit rotem Barett) in Dörfern, u.a. Akbou, Sidi Aich, Feraoun.⁴⁴ Während Polizisten und Gendarmen an diesen Orten sich zurückhaltend verhielten, übernahmen die Spezialeinheiten die Kontrolle. In Uniformen von Gendarmen gekleidet, patrouillierten sie in kleinen Gruppen durch die Straßen und schlugen unerwartet auf Demonstranten und Passanten ein. Sie drangen in das Krankenhaus von Akbou ein und schlugen auf der Suche nach Demonstranten wild um sich. Einer soll gerufen haben: „Passt gut auf, die Kabylen sind nur drei Millionen, und wenn ihr euch nicht beruhigt, können wir euch vernichten!“ Ärzte gingen wenige Tage später auf die Straße, um gegen das gewaltsame Eindringen der Sicherheitskräfte in Krankenhäuser zu protestieren.

Diese Strafexpeditionen finden an Orten statt, an denen sich wenige Journalisten aufhalten. Ausländische Beobachter und Journalisten reisen bei der aktuellen Situation kaum in die Kabylei. Die Europaabgeordnete Hélène Flautre erhielt keine offizielle Genehmigung und begab sich in Begleitung von Aktivisten nach Tizi-Ouzou. Die Korrespondentin der arabischsprachigen Zeitung *Aschark el-Awsat* wartete fünf Tage vergeblich auf die versprochene Eskorte. Sie reiste unverrichteter Dinge wieder nach London zurück. Die ausländischen Zeitungen beziehen sich also in ihren Berichterstattungen auf die Informationen ihrer algerischen Kollegen.⁴⁵ Nur wenige ausländische Journalisten erhalten ein Einreisevisum für Algerien. Auffällig ist, dass die kritischen Journalisten der frankophonen Presse besonders von diesen Restriktionen betroffen sind.⁴⁶

Berberunruhen oder Unruhen in Algerien?

Dass die Revolten in der Kabylei begannen, ist sicherlich kein Zufall, und doch entspricht die in Europa weit verbreitete Auffassung, der ethnische Konflikt habe sich zugespitzt und in diesen Unruhen eine Ausdrucksform gefunden, nicht der Realität. Auf algerischer Seite hat man anfangs versucht, Islamisten für die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften verantwortlich zu machen. Als bald wurde diese Erklärung fallen gelassen, da deutlich wurde, dass sie jeglicher Grundlage entbehrte. Viele Beobachter glauben, dass im Vorfeld der Feierlichkeiten bewusst eingesetzte Provokationen der Gendarmerie einen Aufruhr in der Kabylei auslösen sollten, dieser aber eine unkontrollierbare Eigendynamik erhielt.

Bald erschienen Erklärungsmuster, die bestimmte Kreise in Algerien und Frankreich seit Jahren propagieren: Die Kabylei, „eine Hochburg der nicht-religiösen Opposition“, die seit Jahrtausenden

⁴¹ Rede von Abdelaziz Bouteflika: http://www.algeria-watch.de/farticle/kabylie/discours_boutef_270501.htm

⁴² *Le Monde*, 29. Mai 2001.

⁴³ Reuters, 3. Juni 2001.

⁴⁴ *Des unités spéciales en renfort*, *Le Matin*, 27. Mai 2001.

⁴⁵ „Les autorités m’empêchent de travailler“, *Le Matin*, 3. Juni 2001.

⁴⁶ Vgl. *Libération*, 15. Juni 2001 und *Le Soir de Bruxelles*, 20. Juni 2001.

gegen die Zentralmacht kämpft, sei das Zentrum des „Kampfes für die Demokratie“. Die Jugend einer unterdrückten Minderheit ginge auf die Straße, um die Anerkennung der berberischen Sprache und Kultur zu fordern und sich gegen das Diktat des Islam und der arabischen Sprache zu wehren. Diese auch in den deutschen Medien weit verbreitete Darstellung reduziert den aktuellen Protest auf eine ethnische Frage, obwohl der Protest von Beginn an sich vor allem gegen die repressiven Praktiken des Staates richtete. Die Demonstranten fordern ein Ende der Demütigungen und der Ungerechtigkeiten und ein menschenwürdiges Leben.

Die Wut der Demonstranten hat sich nicht nur gegen Staatssymbole gerichtet, sondern auch gegen die Berberpartei RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), die zwei Ministerposten inne hat. Der Druck auf diese Partei wuchs mit dem Andauern der Unruhen, so dass sie, um ihre Glaubwürdigkeit nicht vollends zu verlieren, die Regierungskoalition verlassen musste.

Die Protestbewegung hat neue Akteure hervorgebracht: Die in dörflichen Strukturen organisierten Bewohner treten an die staatlichen Verantwortlichen heran mit ihren Forderungen u.a. nach dem Rückzug der Gendarmen, dem Schutz der Opfer und der Zeugen, einem dringenden sozio-ökonomischen Plan für die Region und der Anerkennung der berberischen Kultur und Sprache. Bestimmte Kreise sehen in dem Auftauchen neuer Kräfte das Versagen der alteingesessenen Parteien, darunter die FFS (Front des Forces Socialistes), doch diese hat bei ihrer am 31. Mai organisierten Demonstration in Algier mehrere Hunderttausende Menschen zusammengebracht. Die FFS überreichte den militärischen Verantwortlichen am 12. Mai ein Memorandum,⁴⁷ in dem sie die Militärführung für die Situation in Algerien verantwortlich macht. Sie warnt immer wieder davor, die aktuellen Proteste auf die Forderung nach Anerkennung der berberischen Sprache zu reduzieren, und sieht vielmehr darin eine nationale Forderung nach der Unabhängigkeit der staatlichen Organe von den militärischen Entscheidern und ein Verlangen nach Demokratie und Freiheit.

Die Teile- und Herrsche-Strategie geht nicht auf

Warum haben diese Unruhen in der Kabylei begonnen? Die Kabylei ist seit jeher stark politisiert und die Kabylen sind in diversen traditionellen Strukturen wie auch Vereinen und Parteien organisiert. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses ab 1989 konnten diese Strukturen sich festigen und legal agieren. Gleichzeitig formierte sich die FIS, die islamische Rettungsfront, der sich entgegen der herrschenden Meinung auch Berber (darunter auch Kabylen) anschlossen. In der Kabylei erhielt die FIS aufgrund der Präsenz der anderen Formationen bei den Kommunalwahlen von 1990 und dem ersten Parlamentswahlgang 1991 wenig Stimmen. Mit dem Putsch vom Januar 1992 wurden ihre Kader und Mitglieder verfolgt, die Partei verboten und die ihr nahestehenden Vereine aufgelöst. Eine flächendeckende Repression lähmte die Sympathisanten der FIS, die selbst bei gewöhnlichen Moscheebesuchen der Subversion verdächtigt wurden. Die Strategie des Terrors, die darin bestand, Menschen, ob FIS-nah oder nicht zu liquidieren, zu verhaften, zu foltern oder verschwinden zu lassen und als Terroristen zu stigmatisieren, erzeugte die Friedhofsruhe, die allein die Angehörigen der Verschwundenen zu stören wagten.

Während der islamistische Untergrund Zulauf erhielt und die zahlreichen Anschläge Schlagzeilen machten, wurden die Kräfte, die den „totalen Krieg“ des Militärs unterstützten, im ganzen Land gefördert, u.a. durch die Schaffung von Milizen. Eine Reihe von Gruppierungen und Parteien schufen das Bild eines republikanischen Algeriens, das sich gegen den „Fundamentalismus“ zur Wehr setzt. Die Kabylei wurde aufgrund ihrer spezifischen kulturellen Forderungen zur Hochburg der demokratischen Bestrebungen hochstilisiert. Die kulturellen und politischen Aktivitäten in dieser Region wurden toleriert, da sie als Bollwerk gegen den Islamismus dargestellt werden konnte. Dort gründeten sich auch die ersten Milizen.

Die Realität war freilich eine andere. Auch in der Kabylei formierte sich der bewaffnete Widerstand islamistischer Gruppen, und die FFS, die dort sehr stark präsent ist, hat sich immer für einen Dialog mit allen politischen Kräften, einschließlich der Islamisten, eingesetzt. Aber die vermeintliche „republikanische Ausnahme“ der Kabylei wird bis heute gepflegt. Die kabyllische Jugend jedoch hat die militärische Repression, die Marginalisierung und Verarmung nicht anders erlebt als die Jugendlichen anderer Regionen und drückt dies immer wieder aus. Sie hat verstanden, dass nicht allein die islamistische Opposition als terroristisch deklariert wird, sondern jegliche Opposition zum Militärsys-

⁴⁷ FFS, Memorandum, « Pour une transition démocratique », <http://www.algeria-watch.de/farticle/ffs/memorandum.htm>

tem. Was sie dennoch von den anderen unterscheidet, sind die bestehenden Strukturen, die ihr immer wieder ermöglichen, sich zu artikulieren.

Die Repression, die in der Kabylei seit zwei Monaten herrscht, unterscheidet sich strukturell nicht von den Erfahrungen der neun Jahre Krieg unter dem Ausnahmezustand. Die verbreiteten Praktiken der Entführungen, Folterungen, Liquidierungen, die heute mit Recht von Politikern und Parteien verurteilt werden, sind keine neuen Erscheinungen, sondern gehören zum Alltag der Terrorismusbekämpfung. Heute schreiben die Gendarmen auf die Schürze einer ermordeten Lehrerin: „Es lebe die Gendarmerie, nieder mit Tamazigh (Berber)“, früher beschimpften sie die Mütter von Verschwundenen als „Terroristen“. Diese gemeinsame Erfahrung der Repression in allen Gesellschaftsschichten und Berufsständen führt dazu, dass in immer mehr Städten Algeriens Ärzte, Anwälte, Händler, Studenten und Schüler auf die Straßen strömen und „Pouvoir assassin“ (Mörderstaat) rufen.

Die Unruhen weiten sich aus

Ende Mai rief die FFS zu einer Versammlung in Algier auf. Hunderttausende demonstrierten und forderten ein Ende der Repression, die Absetzung der Generäle und die Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission. Am Ende des friedlichen Marsches schossen Provokateure in die Menge, und ein junger Mann erlag einige Tage später seinen schweren Verletzungen. Diese Massenkundgebung war ein deutliches Signal für die algerischen Machthaber und die internationale Öffentlichkeit, dass es sich nicht um eine kabyliche Angelegenheit handelte, da die Bewohner Algiers massiv an dem Marsch teilnahmen. Es zeigte sich, dass eine starke und reife Bewegung den Protest führen kann, und solange keine Provokationen stattfinden, dieser friedlich bleibt.

Sechs Wochen nach Beginn der Unruhen fanden auch im Osten des Landes die ersten Revolten statt. Diese wurden durch Ereignisse ausgelöst, die deutlich machen, dass die meist jungen Demonstranten nicht weiter die Willkür der Staatsverwaltung und der Sicherheitskräfte ertragen wollen. Hier protestierten sie gegen das wochenlange Abstellen des Wassers, dort gegen die Straflosigkeit der Sicherheitskräfte, die Händler erpressen. Sie strömten auf die Straßen und griffen öffentliche Gebäude, Verwaltungen und Staatssymbole an. Die Angst, die jahrelang die Menschen gelähmt und zum Schweigen zwang, scheint gebrochen. Die Regierung ist sichtlich überfordert mit diesen Ausbrüchen. In Skikda, Khenchela und Tebessa (Osten) wurden anfangs Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, doch seit Mitte Juni wird auch scharf geschossen. Wenn in der Tat Milizen gegen die Demonstranten vorgehen, wie manche Zeitungen berichten, ist eine weitere Eskalation in der Region zu befürchten.

Demonstrationsverbot in Algier

Am 14. Juni organisierten die Dorfkomitees aus der Kabylei eine der größten Demonstrationen in Algier, um gegen die Repression zu protestieren. Hunderttausende zumeist junge Männer strömten nach Algier. Bereits am Eingang Algiers wurden viele von zivilen Geheimdienstagenten provoziert. Wie manche Zeitungen berichteten, sollen im Vorfeld Straftäter aus den Gefängnissen entlassen worden sein, die als Fußballfans auf die Demonstranten gehetzt wurden.⁴⁸ Straßenschlachten und Plünderungen sollten die Bewohner Algiers gegen die Kabylen aufbringen. Es wurde scharf geschossen. Offiziell wurden vier Tote beklagt, aber wahrscheinlich ist die Zahl höher. Über 300 Personen wurden festgenommen, und vier Tage nach der Demonstration waren über 130 Menschen verschwunden. Als Antwort auf die Krawalle kündigte die Regierung ein Verbot jeglicher Demonstrationen in Algier an.

Während dessen setzen sich die Unruhen in der Kabylei und im Osten des Landes mit zunehmender Härte fort. In der Berberregion nehmen sie dramatische Ausmaße an. Während sich die Polizei zurückhaltender verhält, scheinen die Gendarmen ihrer Wut freien Lauf zu lassen. Sie strömen brüllend auf die Straßen, schlagen um sich, dringen in Häuser ein, rauben, zerstören und organisieren regelrechte Strafexpeditionen z.B. in Krankenhäuser. Demgegenüber stehen die Demonstranten, die Tag und Nacht die Gendarmerie-Gebäude mit Steinen angreifen. Ein Lehrer in Tizi-Ouzou sagte gegenüber einer Journalistin von Libération: „Alles deutet daraufhin, dass das Regime die von ihm gewünschte Verschlimmerung der Lage noch nicht herbeigeführt hat und daher auf eine Zuspitzung hingearbeitet. Hier kennen wir das zur Genüge: wir haben eine sehr lange Tradition der Diktatur. Die nächste Etappe

⁴⁸ La tentative autoritaire des généraux, RFI, 19. Juni 2001.

wird das Verbot der Parteien, Vereine, jeglicher Versammlung sein. Dann kommen die Ausnahmege-
setze, die Ausgangssperre, die Armee. Und dann... »⁴⁹

Und dann...?

Mittlerweile haben die Unruhen über 100 Menschenleben gekostet. Gibt es Kräfte, die ein Interesse daran haben, dass die Unruhen sich weiter ausbreiten und verschärfen, um eine Intervention der Armee zu rechtfertigen? In dieser zugespitzten Lage befürchteten viele Beobachter und Politiker, dass die vom Parlament beschlossene Einschränkung der Pressefreiheit und das Demonstrationsverbot in Algier von weiteren repressiven Maßnahmen begleitet werden. Ein geheimes Papier der Armee ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, das die Auflösung der Parteien und eine dreijährige Übergangszeit bis zu Neuwahlen vorsieht.⁵⁰

Auf der politischen und ökonomischen Ebene steckt das Land in einer Stagnation, die auch der häufige Ministerwechsel nicht zu überwinden vermag. Nachdem Hunderte von Betrieben geschlossen wurden und Hunderttausende Arbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden, liegt die algerische Wirtschaft brach. Die ertragreichen Gewinne werden aus dem Importgeschäft und dem Erdöl- und Gassektor geschöpft. Die umstrittene Frage der Privatisierung dieser Sektoren spitzt die Konflikte zwischen den bisherigen Kriegsgewinnlern extrem zu.

Das politische Leben, das einst eines der lebhaftesten der Region war, ist durch zehn Jahre Krieg aufgerieben worden. Die meisten Parteien sind entweder mundtot, zerstört, marginalisiert oder vereinnahmt worden. Die tiefsitzende Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde durch den Terror erstickt. Und doch scheint dieses Militärregime, trotz der wohlwollenden Unterstützung des Westens durch diplomatische Anerkennung, Finanzspritzen, Waffenverkäufe und Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung, an einem Punkt angelangt zu sein, wo es neue Impulse braucht, um fortzuleben, oder sich grundlegend verändern muss.

Die Schwächung der algerischen Junta wurde durch die Veröffentlichung von ernstzunehmenden Berichten über die Verwicklung des Militärs in Massaker und andere Menschenrechtsverletzungen beschleunigt.⁵¹ Die massiven Anschuldigungen, die von der hartnäckigen Forderung nach der Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission zu den Massakern begleitet wurde, haben in Algerien und vor allem in Europa einen Meinungsumschwung herbeigeführt, der bis in die Regierungskreise Frankreichs und Deutschlands zu beobachten war. Persönlichkeiten melden sich europaweit zu Wort, die die Verantwortung der europäischen Regierungen wegen ihrer Unterstützung eines Regimes, das Verbrechen gegen die Menschheit begeht, anprangern.

Ob diese Unruhen das Regime in die Knie zwingen wird oder dem Militär einen weiteren Grund für ein hartes Durchgreifen bieten und damit ein neuer Aufschub gewährt wird, hängt auch von der Haltung Europas ab.

Europas Verantwortung

Jahrelang haben die europäischen Regierungen die massiven Menschenrechtverletzungen in Algerien gezeugnet. Selbst die großen Massaker von 1997 und 1998, die jedes Mal Hunderte von Menschen das Leben kosteten, veranlassten die europäischen Verantwortlichen nicht, unabhängige Untersuchungen und die Entsendung von Sonderberichterstatter der UNO zu fordern. Als endlich eine öffentliche Debatte über die Gräueltaten der algerischen Armee in Frankreich dank dem Erscheinen des Zeugnisses eines ehemaligen Offiziers ausgelöst wurde, erklärte der französische Außenminister Hubert Védrine öffentlich, dass er keinen „großen Bürgerkrieg kenne, wo sich das Militär keiner Übergriffe schuldig gemacht hätte“.⁵² Auch Bundespräsident Rau sagte gegenüber dem algerischen Präsidenten bei seinem offiziellen Besuch in Berlin Anfang April: "Der Missbrauch der Religionen zu politischen Zwecken, zum Erwerb der Macht kann nicht allein mit militärischen Mitteln bekämpft werden."⁵³

Als Ende April General Khaled Nezzar nach Frankreich reiste, um seine Memoiren vorzustellen, erfuhr er, dass gegen ihn eine Strafanzeige vorliegt - wegen der Anwendung von Folter während seiner

⁴⁹ Libération, 20. Juni 2001.

⁵⁰ Document confidentiel de l'armée algérienne, http://www.algeria-watch.de/farticle/sale_guerre/rapport_secret.htm.

⁵¹ Habib Souaidia, La sale guerre, Paris 2001; Nesroulah Yous, Qui a tué à Bentalha, Paris 2000.

⁵² Express, 22. Februar 2001

⁵³ Tagesspiegel, 3. April 2001.

Amtszeit als Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Aufgrund der Beihilfe der französischen Regierung konnte er rasch nach Algerien ausgeflogen werden. Er entkam zwar der Anzeige, aber die algerischen Militärs erkannten, dass sie an die Grenze der bisherigen Straflosigkeit stoßen. Auch die französische Regierung wird nicht immer Klimmzüge machen können, um ihren Schützlingen beizustehen. Sie wird nämlich selbst von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt, seit führende französische Militärs gestanden haben, dass während des algerischen Befreiungskrieges mit der Zustimmung der damaligen politischen Klasse systematisch gefoltert wurde.

Die besorgniserregende Lage in der Kabylei im Kontext des seit zehn Jahren andauernden Krieges sollte den europäischen Regierungen und Beobachtern deutlich machen, dass sie dieses Regime nicht mehr wie bisher unterstützen können. Es reicht nicht, Erklärungen abzugeben, die keine Konsequenzen für die europäischen Regierungen nach sich ziehen. Vielmehr sollten konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Seit Jahren wird eine internationale Untersuchungskommission über die Massaker gefordert; die Verhandlungen bezüglich des Assoziationsvertrages zwischen der europäischen Gemeinschaft und Algerien können nicht weiterhin unter Ausschluss der Einhaltung der Menschenrechte und der Einführung eines demokratischen Prozesses geführt werden, und algerische Flüchtlinge sollten nicht nach Algerien abgeschoben werden. Darüber hinaus sollten die europäischen Verantwortlichen bei der nächsten Strafanzeige gegen algerische Militärs sich der Beihilfe zur Flucht enthalten und die Justiz ihrer Arbeit nachgehen lassen. Nach dem Gipfel in Göteborg haben die europäischen Staaten zum ersten Mal eine strengere Stellungnahme gegenüber der algerischen Regierung veröffentlicht. Es bleibt zu hoffen, dass sie die zugespitzte Lage weiterhin aufmerksam beobachten und den algerischen Machthabern die entsprechenden Signale geben werden.

Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

Décembre 2001

Publié dans Le Jeune Indépendant, 30 décembre 2001

Dans son rapport, qualifié de préliminaire, la commission d'enquête avait déclaré qu'elle reprendra ses investigations « lorsque la peur aura disparu et les langues [se seront] déliées ». Ces conditions ne sont pas réunies. Les troubles continuent, parfois s'étendent, et rien ne laisse prévoir l'apaisement dans un délai raisonnable d'une situation politique encore bloquée.

Les témoins qui avaient déclaré leur intention de déposer ne se sont plus manifestés et la publication du rapport n'a pas aidé à détendre l'atmosphère. Les quelques personnes entendues [depuis le premier rapport, NDLR] n'ont pas apporté d'éléments déterminants. Les silences, les sous-entendus, les demi-mots et les demi-phrases entendus çà et là ne sont pas de nature à permettre une conclusion incontestable.

Le rapport préliminaire n'a soulevé aucune contestation des faits révélés ni des conclusions de la commission, même s'il a laissé quelque amertume chez les uns et les autres. Cela donne toute sa force au contenu du rapport que les membres de la commission estiment avoir rédigé en leur âme et conscience.

La commission considère qu'elle a grandement aidé à la révélation des « faits graves et sans appels » qui ont permis l'identification des responsables, tel que précisé dans le communiqué de la présidence de la République du 23 septembre 2001. C'est l'interprétation qui a été retenue par la Commission. Il n'y a dès lors rien de fondamental à ajouter.

La commission estime néanmoins devoir attirer l'attention sur un certain nombre de points.

1- Les textes sur l'état d'urgence sont d'une illisibilité incertaine.

Le décret présidentiel n° 92/44 du 9 février 1992 portant instauration de l'état d'urgence maintient ses prérogatives à l'autorité civile. C'est le ministre de l'intérieur et le wali qui sont habilités à prendre

des « mesures de préservation ou de rétablissement de l'ordre public » (article 4). Le ministre de l'Intérieur peut seulement confier par délégation à l'autorité militaire la direction des opérations de rétablissement de l'ordre « à l'échelle de localités ou de circonscriptions territoriales déterminées » (article 9).

L'arrêté interministériel du 10 février 1992 (Défense nationale/Intérieur) maintient les pouvoirs du ministre de l'Intérieur comme « responsable du maintien de l'ordre à l'échelon national », qui « assure la direction générale de la mise en œuvre des mesures de préservation et de maintien de l'ordre public... » (article 1er). Il est assisté d'un état-major composé de représentants des forces participant au maintien de l'ordre (article 2). Les commandants des régions militaires et le commandant des forces terrestres pour la wilaya d'Alger, « sont autorités militaires délégataires chargées de la direction des opérations de rétablissement de l'ordre public... conformément à l'article 9 du décret 92/44 du 9 février 1992 » (article 3). Le wali exerce les prérogatives en matière d'ordre public « prévues par les dispositions de l'article 4 du décret n°92/44 susvisé... » Il « actionne » les services de police et de gendarmerie nationale implantés sur le territoire de la wilaya relevant de son autorité (article 6).

Or, l'article 4 du décret du 9 février 1992 vise aussi bien les mesures de préservation que les mesures de rétablissement de l'ordre public, qui relèvent de la compétence du ministre de l'Intérieur, pour tout ou partie du territoire national, et du wali pour sa circonscription. On ne trouve pas dans l'arrêté du 10 février 1992 les compétences du ministre pour le rétablissement de l'ordre. Cet arrêté introduit une distinction entre, d'une part, la préservation et la sauvegarde de l'ordre public et, d'autre part, le rétablissement de ce même ordre public, les premiers relevant de l'autorité civile, le second de l'autorité militaire. Distinction extrêmement difficile à observer sur le terrain.

Par ailleurs, il introduit une double compétence, de l'autorité civile pour la préservation et la sauvegarde de l'ordre public, et de l'autorité militaire pour le rétablissement de cet ordre public, soit sur délégation du ministre de l'Intérieur (première lecture) soit en vertu de l'article 3 de l'arrêté du 10 février 1992 (deuxième lecture). Il semble que c'est la deuxième lecture qui a prévalu, autrement cet arrêté n'aurait pas beaucoup de sens. Mais celui-ci est contraire au décret, ce qui est une violation de la règle de la hiérarchie des normes. Immédiatement se pose la question de savoir quelle est l'autorité qui apprécie et décide s'il s'agit d'une situation de préservation ou sauvegarde de l'ordre public ou de rétablissement de l'ordre public.

2. L'arrêté interministériel (Défense nationale/Intérieur), non publié, du 25 juillet 1993, vient ajouter à la difficulté.

- Il donne nettement délégation aux commandants des régions militaires. Ceux-ci semblent tenir désormais leurs pouvoirs, non d'une délégation du ministre de l'Intérieur comme cela est prévu par l'article 9 du décret du 9 février 1992, mais de l'article 1e de l'arrêté du 25 juillet. Cet arrêté est contraire au décret.

- Il lie les opérations de rétablissement de l'ordre confiées à l'autorité militaire à la lutte contre la subversion et le terrorisme. L'article 1er de cet arrêté déclare en fait: « En vertu de l'article 9 du décret présidentiel n°92/44 du 9 février 1992 susvisé, délégation est donnée aux commandants des régions militaires dans les limites de leurs circonscriptions territoriales respectives, à l'effet de diriger les opérations de rétablissement de l'ordre liées à la lutte contre la subversion et le terrorisme ».

Ce lien est réitéré dans l'article 2 de l'arrêté. L'article 3 ajoute que la délégation entraîne au profit de l'autorité militaire « une prérogative de contrôle opérationnel visant à favoriser les conditions de coordination, de mise en œuvre et d'emploi des forces concourant à la lutte contre la subversion et le terrorisme ».

Plusieurs observations doivent être faites ici :

- Le texte ne dit pas qui donne l'ordre. Dans un texte d'une telle importance, cette précision eût été utile. Dans sa rédaction, le texte peut donner lieu à plusieurs lectures.

- L'article 3 de l'arrêté ne vise que « les conditions de coordination, de mise en œuvre et d'emploi des forces... ». Le verbe « ordonner » (ou « actionner ») comme il est dit pour le wali à l'article 6 de l'arrêté du 10 février 1992) étant absent, cette prérogative devrait revenir à l'autorité civile, l'autorité militaire n'étant chargée que d'une « prérogative de contrôle opérationnel visant à favoriser les conditions de coordination, de mise en œuvre et d'emploi des forces... »

- Une lecture extensive, invoquant la théorie dite du « bloc de compétences » étendrait le pouvoir de l'autorité militaire à l'appréciation et à l'opportunité des mettre en œuvre les forces de sécurité.

- Les différents services de sécurité se trouvent placés sous le contrôle de l'autorité militaire (article 4).

- Les pouvoirs de contrôle et de direction générale du ministre de l'Intérieur, rappelés à l'article 1^{er} de l'arrêté du 10 février 1992, sont absents de l'arrêté du 25 juillet 1993. Il lui est seulement rendu compte de « l'évolution de la situation et des conditions de déroulement »... soit à posteriori.

- Le wali garde ses prérogatives en matière d'« opérations de maintien de l'ordre et de la sécurité publique non liées à la lutte antiterroriste » (article 9). Ici le wali perd aussi ses prérogatives en matière de rétablissement de l'ordre. Mais le texte ne dit pas qui apprécie le lien ou l'absence de lien entre les opérations et la lutte antiterroriste, conditions posée pour la compétence de l'autorité militaire.

- La chronologie des textes permet de constater un glissement subtil de l'état d'urgence vers ce qui s'apparente plutôt à l'état de siège. Les pouvoirs donnés par l'arrêté de 1993 aux commandants des régions militaires sont des pouvoirs propres, ce qui est caractéristique de l'état de siège.

- Ce dispositif complexe est fondé sur une distinction entre, d'une part, les opérations de maintien ou de préservation de l'ordre public, d'autre part, les opérations de rétablissement de l'ordre public puis de rétablissement de l'ordre public liées à la lutte contre la subversion et le terrorisme, celles-ci étant de la compétence des commandants des régions militaires, alors que celles-là participent des attributions du ministre de l'Intérieur ou des walis.

Sur le terrain cette distribution de fait de trois situations différentes est difficile, voire impossible. L'enchevêtrement des compétences rend impossible la détermination des responsabilités. Du moins dans les textes. Dans les faits, cette distinction impossible a pu conduire à subordonner à la même autorité les trois situations. C'est le sentiment de la commission en l'état des textes parvenus à sa connaissance et des propos qu'elle a pu interpréter.

- La liberté que certains agents de l'Etat, à tous les échelons, continuent à prendre avec la loi montre, comme l'a dénoncé la commission nationale de réforme de la justice, que le respect de la loi n'est pas encore entré dans la culture des responsables.

- Les pouvoirs de décision (et de décision rapide), de contrôle et de sanction ne sont pas, où sont insuffisamment, exercés. Ils sont la condition impérative de l'existence d'un Etat. L'application effective de la loi constitue la condition d'un Etat de droit.

- L'émergence spontanée et rapide des archs doit attirer l'attention sur la nécessité d'une représentation réelle des populations.

- Les recommandations importantes de la Commission nationale de réforme de la justice (CNRJ) ne sont pas encore prises en compte. Les plus importantes, et parmi les plus urgentes, figurent en première page du volume 3 du rapport. Par ailleurs, il faut rappeler avec insistance la nécessité d'une présence effective de l'Etat par des évaluations périodiques, un contrôle permanent et, le cas échéant, la sanction.

Pour la Commission nationale d'enquête

Pr M. Issad

Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature

Reporters without Borders, February 1 – 2002

In a letter addressed to the Minister of the Interior, Yazid Zerhouni, Reporters Sans Frontières (Reporters Without Borders - RSF) expressed concern over the questioning of Mohamed Benchicou, director of the daily *Le Matin*, by the criminal investigation department over a drawing that caricatured high-ranking military figures. "It is the third time in less than a week that a journalist has been questioned by the police. We fear this may be the start of a long series of trials, with the general elections just a few months away", stated Robert Ménard, Secretary-General of the organization.

According to information collected by RSF, the director of the daily *Le Matin*, Mohamed Benchicou, was questioned by the criminal investigation department in Algiers on the morning of January 30, for having published a caricature of high-ranking military officers. He was called in after a complaint for defamation was lodged by the Ministry of Defense for a drawing by caricaturist Le Hic, published in the January 4 - 5 2002 edition. "Le Matin considers this hearing, which follows those of caricaturist Dilem and journalist Salima Tlemçani, to be part of a worrying intimidation campaign with the aim of taming the free press in Algeria", the management confirmed on January 29, when they received the notification of Benchicou being pulled in for questioning.

Earlier, on January 28, journalist Salima Tlemçani, of the French language daily *El Watan*, was questioned by the criminal investigation department, following a complaint for "defamation" from the Ministry of Defense. This hearing followed the publication of an article on December 11, 2001 concerning nominations to the Department of Intelligence and Security (DRS, previously the military security service). "This backs up my idea that somehow my investigations have uncovered things much more serious than information about the people mentioned in the December 11 article", the journalist declared to AFP.

On January 25, caricaturist Ali Dilem was questioned by the criminal investigation department concerning a satirical drawing criticizing the armed forces published in the French language daily *Liberté*. Dilem was heard after the Minister for Defense lodged a complaint with the public prosecutor of the court of Algiers for the drawing, published on November 29, 2001. The drawing was judged to be "defamatory and contemptuous of high-ranking officers of the military". According to Ali Dilem's lawyer, Me Khaled Bourayou, "the aim is obviously to intimidate Dilem, to harass him". "I'm convinced I am on the right track, as I say what 30 million Algerians are thinking. If they want to stop me, they'll have to put 30 million people in prison", Dilem said in a statement to Reuters.

In May 2001, the Algerian parliament modified the penal code, introducing harsher sentences and fines for defamation in the press. Reporters Sans Frontières, which condemned these amendments at the time, considered that the text could only serve to increase self-censorship within Algerian editorial teams. A few months earlier, Mohammed Lamari, the Chief of Staff of the armed forces had stated: "You have seen and you will continue to observe, through scandalous writings, caricatures, and other things, outrages and nonsense concerning your armed forces. Our obligation of discretion cannot prevent us from expressing our regret at the contemptible use made of the freedoms so dearly acquired by our people."

Journalist questioned over article about the armed forces

In a letter addressed to the Minister of the Interior, Yazid Zerhouni, Reporters Sans Frontières (Reporters Without Borders - RSF) expressed concern over the questioning of Salima Tlemçani, journalist for the daily newspaper *El Watan*, by the criminal investigation department in relation to an article written about the army. "It is the second time in a week that a journalist has been questioned by the police. We fear this may be the start of a long series of trials, with the general elections just a few months away", stated Robert Ménard, Secretary-General of the organization.

According to information obtained by RSF, journalist Salima Tlemçani, of the French language daily *El Watan*, was taken in for questioning by the criminal investigation department on January 28, 2002, after a complaint was lodged for "defamation" by the Ministry of Defense. This hearing follows

the publication of an article on December 11, 2001 concerning nominations to the Department of Intelligence and Security (DRS, previously the military security service). "This backs up my idea that somehow my investigations have uncovered things much more serious than information about the people mentioned in the December 11 article", the journalist declared to AFP.

Earlier, on January 25, caricaturist Ali Dilem was questioned by the criminal investigation department concerning a satirical drawing criticizing the armed forces, published in the French language daily *Liberté*. Dilem was heard after the Minister for Defense lodged a complaint with the public prosecutor of the court of Algiers for the drawing, published on November 29, 2001. The drawing was judged to be "defamatory and contemptuous of high-ranking officers of the military". According to Ali Dilem's lawyer, Me Khaled Bourayou, "the aim is obviously to intimidate Dilem, to harass him". "I'm convinced I am on the right track, as I say what 30 million Algerians are thinking. If they want to stop me, they'll have to put 30 million people in prison", Dilem said in a statement to Reuters.

In May 2001, the Algerian parliament modified the penal code, introducing harsher sentences and fines for defamation in the press. Reporters Sans Frontières, which condemned these amendments at the time, considered that the text could only serve to increase self-censorship within Algerian editorial teams. A few months earlier, Mohammed Lamari, the Chief of Staff of the armed forces had stated: "You have seen and you will continue to observe, through scandalous writings, caricatures, and other things, outrages and nonsense concerning your armed forces. Our obligation of discretion cannot prevent us from expressing our regret at the contemptible use made of the freedoms so dearly acquired by our people."

Virginie Locussol (moyen-orient@rsf.org / middle-east@rsf.org)
Bureau Maghreb et Moyen-orient / North Africa and Middle-East desk

Reporters sans frontières / Reporters Without Borders
5, rue Geoffroy-Marie
75009 Paris - FRANCE
Tél. (33) 1 44 83 84 84
Fax. (33) 1 45 23 11 51

Meldungen

Algeria-Watch

Der Rechtsanwalt der Armee kündigt Strafverfolgungen gegen Parlamentarier an

In einem Interview mit der Zeitung *Le Soir d'Algérie* vom 31. Januar 2002, kündigt der Rechtsanwalt Tayeb Belloula, der im Namen des Verteidigungsministeriums die Anzeige gegen die vorgeladenen Journalisten einreichte, an, dass weitere Vorladungen bevorstehen. Er erklärt, dass die Journalisten die militärische Institution diffamiert und Behauptungen gemacht haben, ohne die notwendigen Beweise zu erbringen (Es handelt sich um die Information, die Salima Tlemçani in *El Watan* am 11. Dezember 2001 veröffentlichte. Darin kündigt sie die Absetzung des für die Kommunikation zuständigen Offiziers im *Département du Renseignement et de la Sécurité* [militärischer Geheimdienst] an).

Salima Tlemçani, mit ihrem richtigen Namen Zineb Oubouchou, ist selbst Offizierin des DRS. Daher stellt sich die Frage, ob ihre Vorladung nicht in den unerbittlichen Krieg, den die Fraktionen gegeneinander führen, einzureihen ist.

Zu bedenken jedoch geben die weiteren Erläuterungen des Herrn Belloula, der erklärt, dass gegen Parlamentsabgeordnete und einen ehemaligen hohen Staatsfunktionär Anzeige erstattet wurde. Die Staatsanwaltschaft habe die nötigen Schritte gegenüber dem Parlamentspräsident eingeleitet, um diesen Parlamentariern die Immunität abzusprechen. Namentlich wurde Ahmed Djeddaï, Generalsekretär

der FFS (*Front des Forces Socialistes*), genannt, der für seine scharfe Kritik an der Rolle der Armee und der Politik der Regierung bekannt ist.

Einschüchterungsversuche und Verfolgung des Chefs der Parlamentariergruppe der FFS

Herr Mustapha Bouhadef, Chef der Parlamentariergruppe der FFS (*Front des Forces Socialistes*) wurde wiederholt von Geheimdienstagenten verfolgt und bedroht. Noch kürzlich geschahen besorgniserregende Ereignisse: Am Abend des 2. Dezember 2001 um ca. 20.45 Uhr hielt ein schwarzes Auto der Marke BMW mit vier männlichen Insassen vor der Wohnung des Abgeordneten an. Der Motor lief, die Scheinwerfer waren ausgeschaltet. Nach einer dreiviertel Stunde stieg eine Person aus und fragte junge Männer auf der Strasse, ob sie Herrn Boudahef kennen würden. Diese hatten das ungewöhnliche Erscheinen des Autos beobachtet und behaupteten, den Parlamentarier nicht zu kennen. Daraufhin stieg der Mann wieder ein, und das Auto raste ohne Licht davon. Die Nachbarn konnten das Nummernschild nicht sehen. Sie glauben, dass es ein ausländisches war.

Am 6. Dezember 2001 um 19. Uhr näherte sich ein braunes Auto des Typs Peugeot 505 mit einem Kennzeichen aus Algier der Wohnung von Herrn Bouhadef. Das Auto besaß zwei Antennen. Einer der drei männlichen Insassen hielt eine Kalaschnikow, deren Lauf aus dem Fenster ragte. Sie fuhren im Schrittempo und fotografierten den Eingang des Hauses und das Auto seines Sohnes. Dann rasten sie weg.

In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 2001 erschienen zwei Männer an der Tür der Wohnung, in der sich niemand aufhielt. Zwei junge Nachbarn fragten die beiden Männer, was sie suchen würden. Diese wurden daraufhin gewalttätig. Einer der beiden Nachbarn erlitt eine Verletzung an der Schläfe.

Herr Bouhadef und die verantwortlichen der FFS wandten sich mehrfach an die Behörden und den algerischen Staatspräsidenten, um diese Fälle von Einschüchterungen aufzuklären und alles zu tun, um sie zu beenden. Die Verantwortlichen und Aktivisten der FFS sind in der Vergangenheit oftmals Opfer von Verfolgungen geworden. Zwei Verantwortliche fanden den Tod: Ali Mecili wurde am 7. April 1987 in Paris und Mebarek Mahiou am 4. November 1995 ermordet. Diese Verbrechen wurden bis heute nicht aufgeklärt.

Suspendierung einer Wochenzeitung

Die arabischsprachige Wochenzeitung *Al Maw'id al Djazairi* ist am 25. November 2001 für eine unbestimmte Dauer vom Ministerium für Kultur und Kommunikation suspendiert worden. Die Begründung lautet, die Zeitung habe Informationen veröffentlicht, die „die öffentliche Ordnung gefährden“. Die Räume der Zeitung wurden durchsucht. Der Direktor der Publikation, Abdelkader Talbi, wurde am 27. und 28. November von der Polizei vorgeladen und zu zwei Artikeln befragt. Es geht zum einen um den Bericht eines Mitglieds der GIA, dessen Aussagen bereits von der offiziellen Presseagentur APS veröffentlicht worden waren. Der zweite Artikel trug den Titel: „Warum ist Abdelkader Hachani ermordet worden?“ Abdelkader Hachani war die drittwichtigste Person der FIS. Nach fünf Jahren illegaler Haft wurde er 1997 freigelassen. Ende 1999 wurde er ermordet. Ein Mann wurde zwar in einem Scheinprozess wegen Mordes zum Tode verurteilt, doch der Beschuldigte versichert, gefoltert worden zu sein und einen Besuch vom Geheimdienstchef persönlich erhalten zu haben, der ihn bedroht habe.⁵⁴

⁵⁴ Siehe Infomappe 11, Januar 2000 und Infomappe 15, Januar 2001. Siehe auch Dossier „Assassinat de Hachani“ auf der Webseite von Algeria-Watch: <http://www.algeria-watch.de/farticle/hachani/hachani0.htm>

Auffällig ist, dass kaum eine algerische Zeitung gegen diese Suspendierung protestiert hat. Angesichts der Kampagne, die die private Presse nach der Änderung des Strafgesetzbuches in Sachen „Diffamierung“, mutet dieses Schweigen seltsam.

Festnahme eines Menschenrechtlers

Ein Kommuniqué der LADDH von Relizane informiert am 21. Januar 2002 über folgendes: Am 18. November 2001 wurde Herr Tahar Arbi, Menschenrechtsverteidiger und Mitglied der LADH (*Ligue Algérienne des droits de l'Homme*, nicht zu verwechseln mit der LADDH) in Abiod Sid Cheikh (wilaya von El Bayad) während der Unruhen, die zu dem Zeitpunkt in der Region stattfanden, festgenommen und inhaftiert. Ihm wird Diffamierung und falsche Anschuldigung gegen die lokale Verwaltung vorgeworfen.

Her Arbi begann einen Hungerstreik Mitte Januar und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Wir verfügen über keine weiteren Informationen.

Der französische Außenminister warnt vor Reisen nach Algerien

Die algerische Zeitung *Liberté* vom 8. November 2001 berichtet darüber, dass das französische Außenministerium sein „Travel Warning“ für Algerien wiederholt hat. Von individuellen Reisen wird abgeraten und bei Geschäftsreisen soll darauf geachtet werden, dass die algerischen Partner für die Sicherheit sorgen.

„Keine Subventionen für Vereine, die uns kritisieren“

Die algerische Zeitung *Le Jeune Indépendant* vom 23. Oktober 2001 berichtet, dass der Minister für die Nationale Solidarität während der Parlamentsdebatte um das neue Finanzgesetz für 2002 gesagt habe: „Keine Subvention für die Vereine, die nicht die Regierung unterstützen!“ Er fügte dem hinzu: „Wir können nicht Finanzierungen an Vereine gewähren, die von ausländischen Hauptstädten aus das Vorgehen des Präsidenten und die Politik der Regierung fortwährend kritisieren.“ Den Vereinen, die der Linie der Regierung folgen, verspricht der Minister bedeutende Finanzierungen.

Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed

Amnesty International Index MDE 28/010/2001 - News Service Nr. 198, Public Statement 9 November 2001

On 8 November 2001 some 100 relatives of the "disappeared" were violently dispersed by the security forces as they gathered to demonstrate in the eastern Algerian city of Constantine. Four women were beaten with batons, while others were insulted and threatened.

During the last month in Constantine, members of the security forces have, on several occasions, prevented families of the "disappeared" from holding peaceful protests to call on the Algerian authorities to shed light on the fate of their loved ones. The incidents appear to indicate an escalation in attempts to intimidate the relatives.

Amnesty International is concerned about the incident and urges the Algerian authorities to ensure that families of the "disappeared" are allowed to exercise their right to peaceful demonstration. In par-

ticular, the authorities should take the necessary steps to guarantee that the security forces do not ill-treat, threaten or intimidate families of the "disappeared."

Between 9:30am and 10am yesterday some 100 relatives of the "disappeared" began gathering in front of the office of the wali (governor) of Constantine, the head of the regional administration, to hold a demonstration that they have been organizing each Thursday for over a year. As they did so, the relatives, who consist in the main of mothers of the "disappeared," found that several dozen uniformed members of the security forces were already stationed outside the office.

Security force personnel ordered the families to leave the area, before dispersing them by force. Four women relatives of the "disappeared" were beaten with batons. Others were insulted and threatened with reprisals should they continue to demonstrate about their "disappeared" relatives.

One wife of a "disappeared" man, Naima Saker, was physically dragged out of a telephone booth as she tried to alert others to the situation. Her husband, Salah Saker, "disappeared" after being arrested by the police at his home in Constantine in May 1994. The family managed to procure a copy of a police statement confirming that the police of Constantine had arrested Salah Saker and transferred him to a regional military investigation centre. However, they have been unable to this day to obtain any information about his fate and whereabouts. No judicial proceedings into the case have ever been opened, despite all the evidence available.

Background

Since 1993, particularly between the years 1993 and 1998, around 4,000 men and women have "disappeared" in Algeria after being arrested by the security forces. Their families have been searching for information on their whereabouts ever since. They have gone to police stations, army barracks, prisons, morgues and cemeteries, petitioned the judicial authorities and appealed to the government, the parliament and the President of the Republic. Despite repeated government promises to carry out investigations into "disappearances," not one individual case has been fully and independently investigated.

For years most families of the "disappeared" were too afraid to protest publicly. From August 1998, however, hundreds of relatives, especially mothers, began to regularly hold demonstrations in the capital, Algiers, and other cities demanding news of their missing loved ones. Even though the protests have generally been allowed to take place, on a number of occasions in the last three years the security forces have broken up demonstrations by force and beaten, ill-treated and/or arrested the relatives.

For more information please call Amnesty International's press office in London, UK, on +44 20 7413 5566

Amnesty International, 1 Easton St., London WC1X 0DW web : <http://www.amnesty.org>

**Communiqué de la Ligue Algérienne de Défense des Droits de l'Homme
LADDH**

A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain

Le 05 janvier 2002, Mohamed Hadj Smain, représentant de la LADDH dans la wilaya de Relizane, a été condamné par le tribunal correctionnel de cette wilaya à deux mois de prison ferme, 5000 DA d'amende et 10000 DA pour chacun des neuf plaignants.

Ce jugement est la confirmation d'une injustice qui fait suite à un harcèlement judiciaire qui dure depuis quatre ans, car il n'est pas fondé sur l'examen objectif des faits, mais uniquement sur l'engagement de l'accusé en faveur de la défense des Droits de l'Homme.

Les trois armes de la lutte contre les graves violations des droits de l'Homme, restent pour Hadj Smain et pour tous les militants des droits de l'Homme, la vérité des faits, la force du droit et la volonté d'aller jusqu'au bout malgré les menaces pour découvrir la vérité. Parler vrai quand d'autres se taisent, condamner les graves violations des droits de l'Homme quand d'autres les approuvent et les justifient, est un devoir pour entraîner l'adhésion intellectuelle et militante des citoyens. La vérité est une valeur politique et la cacher est incompatible avec la défense des droits de l'Homme.

Quel sont donc les faits? : En décembre 1997 et janvier 1998 l'épicentre de la violence s'est déplacé du centre avec notamment les massacres de Bentalha, Rais, Beni Messous, vers l'Ouest du pays notamment à Relizane. En mars 1994, Hadj Fergan, organise un groupe paramilitaire clandestin baptisé G.A.T (Groupe Armé anti-terroriste). Ce commando de la mort est placé sous le contrôle direct des responsables de la DRS au niveau de la wilaya de Relizane. Le G.A.T a envoyé des centaines de lettres de menaces à des citoyens, suivies par des attentats aveugles perpétrés contre des citoyens soupçonnés d'être sympathisants du FIS. A partir de juillet 1994, commencent les enlèvements suivis de disparitions, et des assassinats à grande échelle.

En 1995, une quarantaine d'habitations de personnes en fuite ou en prison ont été détruites. Les ratisages se faisaient de jour et de nuit avec des véhicules de l'administration. Les bureaux du syndicat intercommunal de Relizane furent emmenagés en salles de torture, avant exécutions extra-judiciaires.

L'attentat en 1995 contre le fils de Abed Mohamed DEC de la commune Djediouia, entraîne un massacre collectif. Douze personnes ont été assassinées de nuit, au seuil de leur domicile, par les militaires de Hadj Fergan, DEC de la ville de Relizane, reconnu par les familles des victimes qui ont déposé des plaintes auprès du ministère de l'intérieur, et du général Bekkouche, commandant de la deuxième région militaire. Les massacres répétés, les excursions sommaires sont expliquées par le pouvoir comme étant des règlements de compte, des affrontements fréquents entre le GIA et l' AIS. Hadj Fergan, devenu maire de la ville de Relizane, a été arrêté à un barrage dressé par les gendarmes, qui ont découvert dans la malle de son véhicule, Mekadam, membre de l'O.N.E.C. Organisation Nationale des Enfants des Martyrs, pieds et poings liés.

Durant cinq ans, Hadj Fergan et Hadj Abed et leurs milices cagoulées, ont semé la mort, multipliant torture, excursions extra judiciaires, disparitions forcées, démolitions de maisons. Ils jouissent de l'impunité car ils ont déclaré "avoir pris les armes sous le contrôle de l'autorité militaire pour combattre le terrorisme".

Le journal El watan du 08 janvier 1998 souligne que "trois autres massacres se sont soldés selon un communiqué des services secrets par la mort de 62 personnes".

Le pouvoir peut-il se livrer à une auto critique et révéler l'emplacement des charniers ou sont ensevelis les corps de centaines de personnes?. Des témoignages accablants pour le pouvoir grossissent chaque jour les dossiers des disparus. Des massacres collectifs, des exécutions extra judiciaires, des tortures et des enlèvements suivis de disparitions ont été perpétrés par les groupes islamistes armés, l'armée et les services de sécurité, les groupes armés occultes ou commandos de la mort..

Tout ce qui met à découvert au grand jour le visage répressif du pouvoir est réduit au silence.

La difficulté de poursuivre et de condamner les criminels est sans doute un des problèmes qui se pose avec acuité.

L'impunité est un déni de justice. Les crimes sont plus faciles à prouver dans les pays où ils sont commis, mais si cela n'est pas possible en Algérie où les conditions politiques et juridiques ne sont pas réunies pour juger, parce que la justice est assujettie au pouvoir, il faut faire appel à la justice internationale qui vient de faire ses premiers pas. Ce ne sont pas seulement les exécutants qu'il faut juger, mais les commanditaires de ces crimes qui sont au sommet de l'Etat bénéficiant de l'immunité du fait de leur prééminence au sein de l'Etat qui les absout de tous les crimes.

La convention internationale sur la torture, fait obligation aux Etats qui l'ont ratifiée de déférer sur leur territoire en justice tout tortionnaire, quelque soit sa nationalité et celle des victimes et quelque soit le pays où il se trouve réfugié et vit en exil doré, ou est seulement de passage.

Un jugement peut être critiqué du point de vue juridique et politique mais ne doit être respecté que si les juges sont respectables, sont indépendants et impartiaux et obéissent seulement à la loi. Le jugement à l'encontre de Hadj Smain est politique et non juridique, rendu par le juge non selon la loi et en son âme et conscience, mais sous la dictée du pouvoir politique, qui tient la justice sous tutelle au nom de la raison d'Etat. Le tribunal de Relizane n'est pas un lieu où la justice est rendue mais une instance politique où le pouvoir a jugé son adversaire, Hadj Smain, un défenseur des droits de l'Homme.

La soumission organique et fonctionnelle de la justice au pouvoir est totale.

L'indépendance de la justice, qui n'est pas la propriété du pouvoir mais celle des justiciables, devient aussi urgente qu'indispensable. Elle est liée à la mise en place d'un système politique démocratique, respectueux de la souveraineté du droit, de la séparation et de l'équilibre du pouvoir.

Alger le 06 janvier 2002.

Maître Ali Yahia Abdenmour

Président de la LADDH

LES DROITS DE L'HOMME MALMENES EN ALGERIE

Le pouvoir au banc des accusés

Par Fayçal Metaoui, El Watan, 10 décembre 2001

La communauté internationale célèbre aujourd'hui le 53e anniversaire de la Déclaration des droits de l'homme. En Algérie, la situation des droits et des libertés s'est-elle améliorée par rapport aux années précédentes ?

L'actualité de ces derniers temps tend à démontrer le contraire. La poursuite des émeutes en Kabylie prouve que le maintien de l'impunité pour les responsables de l'assassinat d'une soixantaine de jeunes au printemps 2001 ne règle aucun problème. Au contraire, cela participe à l'entretien d'un sentiment d'injustice. L'impunité vient s'ajouter à l'absence de toute vérité sur les dessous de ce drame. La commission d'enquête, désignée par le président de la République, n'a, tout compte fait, pas situé les responsabilités de l'Etat dans les origines de la répression. Depuis au moins dix ans, l'impunité est devenue presque une règle dans le pays. Elle a couvert autant des individus coupables de crimes terroristes que des agents de l'Etat auteurs de dépassements et d'abus en tous genres. La loi sur la concorde civile, c'est établi, a complètement «blanchi» des terroristes de leurs actes. «Les préoccupations concernant la question de l'impunité n'ont fait que croître après que des membres de groupes armés ont été amnistiés ou exemptés de poursuites judiciaires, alors qu'aucune véritable enquête n'avait été menée afin d'établir s'ils avaient perpétré ou non de graves atteintes aux droits humains», a relevé dans son dernier rapport Amnesty International. Récemment, Louisa Hanoune, leader du Parti des travailleurs (PT), a révélé que le président Zeroual lui a parlé «des escadrons de la mort». Il s'agit de groupes qui échappaient au contrôle de la justice et qui, sous prétexte de lutte contre la subversion, commettaient des exécutions sommaires. Cette révélation n'a curieusement soulevé aucune réaction au sein de la classe politique. Qui sont ces «escadrons de la mort» ? Qui les a armés et qui leur a donné l'ordre de tuer ? Des questions qui, pour l'instant, n'ont pas de réponses. «La sécurité publique s'est

généralement améliorée, particulièrement dans les grandes villes, ce qui a abouti à moins d'arrestations arbitraires, de «disparitions» et de torture, mais le manque de progrès dans la résolution de milliers de cas de «disparitions» reste un point sombre de la situation des droits de l'homme en Algérie», a remarqué de son côté Human Rights Watch, ONG de défense des droits de l'homme. Le ministre de l'Intérieur, Yazid Zerhouni, à la faveur d'une intervention à l'APN, avait annoncé qu'à la fin mars 2001, le nombre des personnes portées disparues était de l'ordre de 4880. «La question est prise en charge par l'Etat», a-t-il déclaré en ajoutant que les recherches se poursuivaient. «Les autorités ont maintenu l'opacité sur ce dossier en adoptant une démarche de culpabilisation vis-à-vis des familles (...). A aucun moment les autorités n'ont exprimé le souci de faire toute la vérité sur ces disparitions, ni celui d'établir les responsabilités, pourtant avérées des forces de sécurité», ont écrit les familles des disparus dans un mémorandum adressé au Comité des droits de l'homme de l'ONU. Selon Amnesty International, les autorités algériennes ont refusé le séjour au groupe de travail des Nations unies sur les disparitions forcées ou involontaires. La torture, selon des avocats, est toujours pratiquée dans les centres de détention, casernes, brigades et commissariats. Dans un rapport détaillé adressé en octobre 2001 aux ONG de défense des droits humains à travers le monde, l'un d'entre eux a cité «les techniques» utilisées par les tortionnaires : «Les bastonnades et la flagellation, le chiffon, la suspension au plafond, l'électricité, les brûlures, l'épreuve de l'échelle, la sodomisation, les tenailles, la lame de rasoir...» Il a répertorié «les centres de torture» situés, entre autres, à Ben Aknoun, Châteauneuf, Bourouba, Blida, Hamiz, Bab Ezzouar, Dellys, Boumerdès, Constantine et Oran. Le rapport est accompagné d'une liste de cent personnes victimes de ces actes dégradants. «Certains y laisseront leur vie, beaucoup garderont des séquelles physiques et psychologiques indélébiles. Personne n'y échappera, ni même l'enfant, la femme ou le vieillard. Cette pratique institutionnalisée par le régime et exécutée par des tortionnaires psychopathes», a observé Mahmoud Khelili. Le maintien de l'état d'urgence, sans explication aucune, constitue une menace permanente sur les libertés politiques dans le pays. L'interdiction des marches à Alger, la censure de l'hebdomadaire El Maouid, le refus d'agréeer de nouveaux partis et les limites considérables dressées devant les activités du mouvement associatif en sont une preuve claire. L'aggravation des peines, dans les affaires de diffamation, à la faveur d'un amendement largement contesté du Code pénal, constitue l'autre preuve de l'intention des autorités de fermer davantage le champ de l'expression libre. Ces autorités se sentent sans doute encouragées par une conjoncture internationale «favorable» depuis les attentats contre New York et Washington. Les deux Ligues de défense des droits humains, la LADH de Boudjemâa Ghechir et la LADDH de Ali Yahia Abdelnour, ne sont presque plus libres de leurs mouvements. Le président Bouteflika a mis fin à la mission de l'Observatoire national des droits de l'homme (ONDH), complètement défaillant durant ces dernières années, et l'a remplacé par une commission présidée par l'avocat Farouk Ksentini. Une commission qui ne donne pas signe d'exister. Aucun coup d'éclat n'est à mettre à son actif en dépit des violations aux libertés et aux droits, répertoriées ces derniers temps.

Schmutzige Hände

Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe

Rudolph Chimelli, Süddeutsche Zeitung, 5. Dezember 2001

Als der einstige algerische Fallschirmjäger-Leutnant Habib Souaida zum ersten Mal Zeugnis von den Gräueln ablegte, die von Sicherheitskräften des Regimes verübt worden sind, erschien alsbald Geheimpolizei bei seinen Angehörigen daheim. Der Autor befand sich im Juni letzten Jahres, als Le Monde jene Darstellung veröffentlichte, bereit im französischen Exil. Sein Buch, das im Februar in Frankreich und jetzt auf Deutsch herauskam, erregte sofort ungeheures Aufsehen. Denn es bestätigt, was sowohl politische Gegner als auch unverdächtige Menschenrechts- Organisationen immer schon behaupteten: Ein großer Teil der

Massaker an Zivilpersonen in Algerien wird im Auftrag der herrschenden Militärs angezettelt, um die Islamisten zu belasten beziehungsweise die eigenen korrupten Geschäfte zu verschleiern.

Der „Schmutzige Krieg“ ist genau das, was sein Titel erwarten lässt – keine angenehme Lektüre. Das Buch kommt zu einer Zeit, da die westliche Öffentlichkeit weniger denn je dazu tendiert, wegen der Methoden bei der Bekämpfung radikaler Fundamentalisten zu Skrupeln zu neigen. Mindestens im Falle von Algerien, zwei Stunden von Europa entfernt, sollte man dennoch darüber nachdenken, ob zwischen der terroristischen Gewalt von Islamisten und der systematischen Verletzung von Menschenrechten durch die Regenten ihrer Länder ein Zusammenhang bestehen könnte. Dass westliche Regierungen daran geflissentlich vorbeischaun, hat jedenfalls bisher jede politische Lösung erschwert.

Der Autor schont niemanden, auch nicht sich selbst. Mit 24 Jahren als Leutnant zu den Sicherheitskräften kommandiert, ahnte er nicht, dass er und seine Kameraden „zu regelrechten Monstern verkommen würden“. So schildert er mit vielen Einzelheiten, wie Kollegen einen 15jährigen bei lebendigem Leib verbrannten, wie auf bloßen Verdacht hin routinemäßig gefoltert und gemordet wurde, wie der Kopf eines Islamistenführers dem Chef der Sicherheit in einem Sack auf dessen Schreibtisch nach Algier geliefert wurde.

Während einer nächtlichen Operation holte Souaidia eine Gruppe von Soldaten in Zivil aus der Nähe eines Dorfes ab, dem islamistische Sympathien nachgesagt wurden. Ein Kamerad, den er kannte, machte mit einem blutigen Dolch die Geste des Halsabschneidens. „Es war das erste Mal, dass ich mich als Komplize eines Verbrechens fühlte“, schreibt Souaidia. Am nächsten Tag meldeten die Zeitungen, Terroristen hätten im Dorf ein Dutzend Menschen ermordet.

Souaida entlastet nicht die Islamisten, die gleichfalls „schreckliche Verbrechen“ begehen. Aber er nennt die Namen der Verantwortlichen auf Seiten des Regimes: die Generäle Khaled Nezzar, ehemaliger Verteidigungsminister, Smain Lamari, Sicherheitschef, und Mohamed Mediene, dessen rechte Hand.

Das Buch ist schwer zu lesen und schwer zu widerlegen. Dennoch wird es versucht. Nezzar hat Souaida wegen Verleumdung verklagt und kündigt an, er werde im kommenden Februar zum Prozess nach Paris kommen. Im vergangenen Frühling reiste der General schon einmal plötzlich aus Frankreich ab, weil er Strafverfolgung fürchten musste – obwohl ihn im Prinzip sein lebenslänglicher Diplomatenstatus schützt. Eine Reihe kämpferisch laizistischer Publikationen in Frankreich versucht, dem Autor Fehler und Irrtümer nachzuweisen. Oder er soll als Schwindler diskreditiert werden, weil Souaidia nach seiner Militärzeit wegen des angeblichen Handels mit gestohlenen Autoteilen vier Jahren im Gefängnis saß. „Unschuldig“, behauptet dieser. Man habe seine unzuverlässige Gesinnung durchschaut und ihn mundtot machen wollen.

Doch Souaidia hat auch viele Verteidiger, an erster Stelle Ferdinando Imposimato, der in Italien als Richter durch seine Ermittlungen gegen Maffia und Terror bekannt wurde. Imposimato, der heute Vizepräsident h.c. des Kassationsgerichts in Rom ist, schreibt in seinem Vorwort zum „Schmutzigen Krieg“, ihm sei in Algerien immer die Kluft zwischen der Wirklichkeit und ihrer Darstellung durch die Medien aufgefallen. Er hatte stets den Verdacht, dass „der institutionelle Sicherheits- und Repressionsapparat, oder zumindest Teile davon, in einem so großen Ausmaß, wie es der Autor aufzeigt, in die Gräueltaten verstrickt sein könnte“.

HABIB SOUAIDIA: Schmutziger Krieg in Algerien, Bericht eines Ex- Offiziers der Armee (1992–2000), Chronos Verlag, Zürich 2001. 200 Seiten, 38 Mark.

Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual

Par Abed Charef, Le Quotidien d'Oran, 6 décembre 2001

Les escadrons de la mort ont existé. Ils ont tué. Ils sont encore dans l'impunité.

L'aveu est dur. Très dur. Il émane de l'ancien président Liamine Zeroual. Selon Louisa Hanoun, l'ancien chef de l'Etat avait reconnu, au cours d'une rencontre officielle, l'existence d'escadrons de la mort qui activaient en Algérie au milieu des années 90. Zeroual avait affirmé que ces groupes n'étaient pas «institutionnels», ne relevaient pas de structures officielles, mais dépendaient de «groupes d'intérêts» plus difficiles à identifier. Selon la version de Liamine Zeroual, les escadrons de la mort algériens n'étaient donc pas constitués de la même manière que ceux d'Amérique Latine, où on retrouvait une dominante de policiers, militaires et hommes des services spéciaux.

Louisa Hanoun avait posé au chef de l'Etat une question relative à ces escadrons il y a trois ans, alors que le quotidien «Demain l'Algérie» venait de publier une information faisant état de leur existence. A l'époque, l'information avait été considérée comme une simple velléité de faire du zèle de la part d'un journal proche de Mohamed Betchine, alors en guerre contre l'establishment. Louisa Hanoun avait, de son côté, estimé que l'information était d'une extrême gravité et s'en était inquiétée devant Zeroual qui lui avait confirmé leur existence.

Par sa réponse, le chef de l'Etat voulait visiblement disculper les institutions officielles, tous services de sécurité confondus, dont il était officiellement le chef suprême. Peut-être voulait-il également donner une piste à suivre, lui qui en était arrivé à une situation d'impuissance totale face à des clans plus forts que lui. Toujours est-il que cet aveu confirme ce qui était, sinon admis, du moins soupçonné.

Avec de fortes présomptions, étayées par les récits de parents des victimes, d'un côté, et de l'autre côté, par les témoignages fracassants d'anciens officiers déserteurs, comme Habib Souaïdia et Mohamed Samraoui. Auparavant, au moins une organisation clandestine, aux contours opaques, s'était manifestée pour affirmer qu'elle allait rendre coup pour coup, dans la plus pure tradition des escadrons de la mort. Il s'agissait de l'OJAL (Organisation des jeunes officiers libres), qui avait affirmé son intention de s'en prendre aux islamistes soupçonnés de collaborer avec les groupes armés. Elle avait trouvé un certain écho dans les milieux éradicateurs les plus radicaux, particulièrement depuis que Rédha Malek, alors chef du gouvernement, avait déclaré que «la peur doit changer de camp». Il avait fait cette déclaration à Oran, lors des obsèques de Abdelkader Alloula.

D'autres structures plus obscures encore ont, semble-t-il, agi dans le même cadre. Parfois sur la simple volonté d'un «chef de guerre» local. Le maire de Relizane, Hadj Ferguène, a été publiquement accusé d'enlèvement et d'assassinat dans des affaires similaires. Nouredine Aït-Hamouda, de son côté, a été mis en cause dans l'assassinat de Matoub Lounès. Peu de gens osaient toutefois évoquer publiquement l'existence d'escadrons de la mort structurés par le pouvoir. Pourtant, ces escadrons se recrutent traditionnellement dans les mêmes milieux : les services de sécurité et les forces paramilitaires. Pour des raisons qui sont toujours les mêmes : ils ont les armes et la formation, ils sont motivés par des histoires de vengeance ou de prévention, ils sont des partisans de «l'ordre», ils pensent servir le pouvoir et bénéficier de l'impunité.

Tout ceci avait, avec le temps, abouti à l'apparition de la fameuse question du «kituki». Ceux qui posent cette question sont des complices des islamistes, selon le pouvoir et ses défenseurs les plus acharnés. Mais le phénomène ne semble guère faire de doute. Des exécutions extra-judiciaires, pour utiliser l'euphémisme juridique, ont bien eu lieu. Officiellement, elles sont imputées à des «dérapages», des «bavures» dont les auteurs sont punis, aussitôt identifiés, selon la version officielle. Mais cet argument ne suffit guère à lever les doutes. Car, dans la confusion et l'extrême tension qui avaient marqué le milieu des années 90, toutes les conditions étaient réunies pour permettre l'émergence de ces escadrons de la mort.

L'engrenage classique terrorisme-répression, l'absence de perspective politique, la complicité de larges courants d'opinion «modernistes» qui avaient décidé de fermer les yeux sur l'action d'un régime militaire, pourvu qu'il barrât la route aux intégristes, tout ceci devait inévitablement déboucher, non seulement sur l'apparition de ces escadrons, mais sur l'impunité prolongée dont ils ont pu bénéficier. Curieusement, alors que des terroristes, auteurs de crimes de sang, ont été blanchis, à la faveur

d'une application bâclée de la loi sur la concorde civile, les membres des services de sécurité, auteurs d'actes illégaux, peuvent toujours être poursuivis. Du moins, formellement, car il reste à apporter la preuve de l'existence de ces escadrons et leur implication dans des actions précises. Les dossiers rassemblés par les familles de disparus peuvent offrir des cas précis pouvant être instruits et donner lieu à des poursuites.

Mais le plus intéressant sera de voir si l'Algérie est en mesure d'appeler, à la barre des témoins, un ancien président de la République pour des propos qu'il avait tenus dans l'exercice de ses fonctions à des personnalités politiques officielles. Lui demander de fournir, par exemple, les informations qui l'avaient incité à tenir ces propos, de donner des explications sur les groupes d'intérêt en question, dans quelles actions ils avaient pu être impliqués. Cela devrait déboucher finalement sur des poursuites, pour rendre justice aux victimes et sanctionner les coupables. Cela lèvera le voile sur un volet des plus opaques de la décennie la plus sombre que l'Algérie ait vécue.

Mais tout ceci est de la fiction pure. Aucune structure n'osera déposer plainte. Aucun procureur n'osera convoquer Liamine Zeroual. Aucune révélation ne sera faite. L'Algérie est un pays où tout le monde ferme les yeux et observe strictement la loi de l'omerta. La vérité est trop dangereuse à assumer, aussi bien pour les protagonistes que pour le pays lui-même, un pays déstructuré, fragilisé, vulnérable. Mais il sera encore plus vulnérable s'il n'assume pas pleinement ses propres dérives.

Louisa Hanoune déclare

"Des escadrons de la mort dirigés par de puissants centres d'intérêts algériens"

Le Jeune Indépendant, 4 décembre 2001

"Des escadrons de la mort régis par des centres d'intérêts existent et tuent en Algérie", a déclaré le leader du Parti des travailleurs, Mme Louisa Hanoune. Selon elle, c'est l'ex-président de la République, Liamine Zeroual, qui le lui aurait confié. A l'origine d'un éditorial de *Demain l'Algérie* qui parle de trois cents escadrons de la mort en Algérie, Louisa Hanoune affirme s'être insurgée auprès de l'ex-président de la République devant de telles affirmations non démenties. Le président Zeroual avait répondu que "le cas n'était pas similaire à certains pays de l'Amérique du Sud, où des institutions étatiques, militaires avaient leurs escadrons qui exécutaient des syndicalistes et des intellectuels.

"Mais j'avoue qu'effectivement ils existent chez nous. [...] Des escadrons de la mort dirigés par des centres d'intérêts puissants." Une telle affirmation remet complètement sur la sellette l'origine de certains groupes terroristes et lève le voile sur nombre d'aveux que beaucoup croyaient fantaisistes. N. B.

L'autre version de la " république "

Nasreddine Yacine, *algeria-watch*, 6 août 2001

Que va-t-on trouver au colonel Mohamed Samraoui dit Habib pour le descendre en flamme ? La presse algérienne n'a pas encore été briefée pour fournir des " éléments " biographiques sur cet ex-officier supérieur des services spéciaux algériens (DRS). Dans quelques jours probablement, les Salima Tlemçani, Mounir Boudjemaâ, Nacer Belhadjoudja, N. Sebti... et autres Anis Rahmani, honorables correspondants du colonel hadj Zoubir (chargé de l'information à la DRS), vont " sévir " à coup d'" infos " pour tenter de discréditer l'auteur des témoignages accablants sur la guerre qui a lieu en Algérie depuis 1992.

L'émission Bila Houdoud de la chaîne de télévision satellite Aljazeera, diffusée mercredi dernier en début de soirée, n'est pas passée inaperçue. Ils étaient certainement des millions d'algériens à l'avoir suivie. Le lendemain, elle était le sujet de discussion numéro un dans les cafés et dans les longues chaînes interminables pour l'acquisition du fameux formulaire de demande de logement locatif. C'est que les révélations de ce colonel de la DRS ont de quoi choquer les " âmes sensibles " " foncièrement républicaines ". Mohamed Samraoui se dit prêt à témoigner devant le tribunal pénal international (TPI) et ramener les preuves de ce qu'il avance. En attendant cet heureux événement, ici les principaux extraits de l'intervention du colonel Mohamed Samraoui :

L'arrêt du processus électoral et la répression du FIS

" Le 29 décembre 1991, je m'étais rendu à Blida pour rencontrer le colonel Abdelmalek Bendjedid (frère du président Chadli Bendjedid) pour lui faire part des rumeurs et des bruits qui circulent à propos de l'imminence d'un coup d'Etat contre le président. Abdelmalek me fait part à son tour, en me demandant de garder cela pour moi tout seul, des décisions qui allaient être prises par Chadli en l'occurrence le limogeage des généraux Toufik (patron de la DRS) et de Khaled Nezzar (ministre de la Défense) et leur remplacement respectivement par le général Kamel Lahrache et Dib Makhlouf ".

" Larbi Belkheir est derrière l'idée des camps du Sud, de la dissolution du FIS et l'assassinat de Boudiaf ".

" Après les résultats du premier tour des élections législatives, nous avons rencontré plusieurs chefs de partis politiques, dont des petits partis que je ne citerai pas, pour connaître leur avis sur la situation ".

" Mahfoud Nahnah, que j'ai rencontré le 27 décembre en compagnie du commandant Guettouchi Amar, a exprimé son refus des résultats et était favorable à l'arrêt du processus électoral ".

" D'autres contacts ont été entrepris avec la société civile dont Benhamouda de l'UGTA pour connaître leurs avis sur cette nouvelle situation et leur demander de bouger en faveur de l'annulation des résultats des élections ".

" Nous, les officiers, étions également favorables pour l'arrêt du processus électoral. Et pour cause, les hauts responsables de l'armée (généraux) nous ont dressé un tableau noir du FIS en prédisant des lendemains apocalyptiques en cas de l'accession de ce dernier au pouvoir. Ce n'est que plus tard que j'ai compris qu'ils avaient monté tout cela pour leur propre bien et non celui de l'Algérie, et de peur d'être jugés ".

" Le président Chadli Bendjedid a rencontré Abdelkader Hachani et lui a promis la poursuite du processus électoral. A la suite de cette rencontre, une conclave entre les généraux a eu lieu au commandement des forces terrestres à Aïn Naâdja. C'est là qu'a été décidé l'arrêt du processus électoral ".

" Le 1er janvier 1992, le général Smaïn (qui était colonel à l'époque) m'a chargé de contacter le général Mohamed Lamari. Contact pris, ce dernier m'ordonne de choisir 7 ou 8 de mes proches collaborateurs en qui j'ai totale confiance et de les ramener le 4 janvier pour "une opération secrète", me dit-il ".

" Le lundi 4 janvier, je suis arrivé avec les dossiers de tous les membres du FIS. La séance de travail était présidée par le général Aït Mesbah Sadek. Nous avons décidé d'arrêter les éléments dange-

reux du FIS (membres du Majlis Echoura, présidents d'APC, députés élus et les candidats au 2e tour). En tout 1100 personnes devaient être arrêtés à Alger. L'opération n'a pas eu lieu comme prévu. Un ordre d'annulation a été donné, tard dans la soirée, par le général Smaïn. Plus tard, le nombre des personnes à arrêter a été revu à la hausse. Il est passé à 12 500 entre militants et sympathisants du FIS sur le territoire national. Ils ont raflé à l'aveuglette pour radicaliser le mouvement et pousser à la haine de l'Etat ".

" Les camps du sud étaient programmés pour permettre aux gens de différentes régions de se connaître entre eux ".

" Entre temps, les généraux cherchaient une solution politique à la destitution de Chadli. Benhabylès, président du Conseil Constitutionnel, n'a pas voulu entrer dans la combine. Ils ont pensé à Ben Bella, mais ils ne l'ont pas contacté de peur qu'il ne se retourne contre eux. Aït Ahmed a été contacté, mais n'a pas accepté. En démocrate, il n'aurait jamais toléré d'être une marionnette entre les mains des militaires. Ils ont également pensé à Ahmed Taleb Ibrahimi, mais Sid-Ahmed Ghozali a refusé en le qualifiant d'"imam en cravate". C'est de Ali Haroun qu'est venue l'idée de contacter Mohamed Boudiaf ".

" Le 10 janvier 1992, le général Khaled Nezzar a proféré des menaces contre Chadli, lorsque celui-ci voulait revenir sur son engagement précédent de démissionner ".

" Au mois de mai 1992, au cours d'une réunion à Chateaneuf (poste de commandement de la police et caserne des forces spéciales d'Alger, dans laquelle des disparus sont morts sous la torture) à laquelle j'avais assisté en compagnie du capitaine Ahmed, les officiers de police Ouaddah et Tahar Kraâ, le général Smaïn avait déclaré devant d'autres témoins : "je suis prêt à sacrifier 3 millions d'algériens pour rétablir l'ordre ".

L'assassinat de Mohamed Boudiaf

" Les premiers litiges entre Boudiaf et les généraux étaient relatifs au Sahara Occidental, à l'affaire du général Belloucif, et au changement du chef du gouvernement. Boudiaf voulait limoger Sid-Ahmed Ghozali pour le remplacer par Amine Abderrahmane ou Saïd Sadi. Il voulait également déterrer l'affaire Belloucif, mais les généraux n'en voulaient pas de peur que le dossier ne remonte jusqu'à eux ".

" Informé d'une pseudo tentative d'insurrection, le 5 mars 1992, qu'aurait dirigé le capitaine Ahmed Chouchène, commandant des forces spéciales à l'académie de Cherchell, Boudiaf s'est étonné de voir que dans la liste qu'on lui présente le grade le plus élevé d'une telle opération est celui de capitaine. Il a donc ordonné le relèvement de ses fonctions et la mise aux arrêts du général Mohamed Lamari, et la nomination du général Khelifa Rahim à sa place. D'ailleurs, je défie quiconque de me montrer un document signé par Mohamed Lamari entre le 29 mars 1992 jusqu'à la mort de Boudiaf ".

" La grenade offensive dont se servit Boumaârafi lors de l'assassinat de Boudiaf était dans mon bureau. Elle y a été déposée après l'opération de Télémy dans laquelle sont morts le sous-lieutenant Tarek et le commandant Guettouchi Amar. Je ne l'ai plus revue depuis ".

" Boumaârafi est l'assassin de Boudiaf. Il a été ajouté à la liste des éléments du GIS partant pour Annaba par le général Smaïn Lamari après une entrevue des deux hommes dans le bureau de ce dernier. Smaïn a chargé le commandant Hamou de signer l'ordre de mission individuel de Boumaârafi ".

" Après l'assassinat de Boudiaf, Boumaârafi devait être abattu à son tour par deux de ses collègues. Doué d'une grande intelligence, il a sauté un mur de deux mètres et s'est livré à la police ".

" Le 29 juin 1992, juste après l'assassinat de Boudiaf, nous (responsables des services de sécurité de l'armée) eûmes une réunion avec Khaled Nezzar qui nous a déclaré d'emblée, sans qu'aucune enquête ne soit menée, que "le commandant Hamou est innocent". Il a ensuite réclamé le soutien des services de sécurité pour continuer sa mission ".

" Même condamné à mort, Boumaârafi ne sera pas exécuté ".

" Le 1er instigateur de l'assassinat de Boudiaf est le général Smaïn Lamari ".

La naissance du GIA

" J'ai assisté à la naissance du GIA. Il a été créé pendant l'été 1991 par le commandant Guettouchi Amar, mort au cours d'une opération anti-terroriste à Télémy. Il était secondé par le capitaine Djaâfar chargé d'éditer les communiqués et de les transmettre aux journalistes ".

" Chebouti, fondateur du MIA, circulait dans une voiture des services, une R9 couleur crème ".

Pourquoi la création du GIA ? " Afin de justifier les assassinats qu'ils commettaient pour se débarrasser notamment de certains officiers, comme le colonel Salah, le commandant Boumerdès Farouk dit Rabah, le commandant Djaber, le commandant Hicham (assassiné à Blida)... Les assassinats de plusieurs officiers restent inexplicables ".

" Le GIA a été créé pour servir des desseins, mais ses créateurs ont vite été débordés par d'autres groupes islamiques armés. C'est pour cela que nous utilisons l'appellation "des GIA" ".

Intervention téléphonique pendant l'émission du capitaine Ahmed Chouchène, accusé de tentative d'insurrection en mars 1992

" J'ai été kidnappé le 3 mars de la caserne. Mais, lorsque cela a été découvert, ils ont dû me présenter devant le tribunal militaire de Béchar et me condamner à 3 années de prison ".

" En novembre 1994, une tentative d'insurrection a été provoquée dans la prison de Berrouaghia. Un groupe d'intervention rapide (GIR) numéro 80 de la gendarmerie nationale a tiré et blessé 1200 prisonniers. Par la suite, un autre groupe de la gendarmerie, je répète, un autre groupe cagoulé, est entré pour décapiter 51 parmi les 1200 prisonniers et les brûler. Les corps ont été enterrés dans une fosse commune dans un champ d'exécution de la prison de Berrouaghia. Si des gens ont le courage d'aller vérifier, les corps y sont toujours ".

Le colonel Semraoui ajoute : " A sa sortie de prison en 1995, le général Kamel Abderrahmane, patron de la DCSA (Direction Centrale de la Sécurité des Armées), avait demandé à Chouchène d'être l'adjoint de Djamel Zitouni l'émir du GIA ".

Missions spéciales

" En 1995, le général Smaïn est venu à Cologne en compagnie du général Hacène Beldjelti dit Abderrezak (cet unique général issu du sud algérien était chargé de la sécurité à la présidence de la République sous la présidence de Liamine Zeroual - ndlr) et plusieurs autres officiers dont les commandants Merabet Omar et Benguedda Ali, et le colonel Benabdellah (un homme d'action). Ils voulaient assassiner des responsables du FIS comme Abdelbaki Sahraoui et Rabah Kébir. Je me suis opposé à ces opérations ".

" Le colonel Benabdellah Mohamed m'a avoué avoir commis des massacres dans la région de Blida ".

Nord-Sud Export - n°427 - 21 septembre 2001

ALGERIE : LES RÉVÉLATIONS D'UN DÉSERTEUR DE LA S.M.

C'est au nom proclamé d'une lutte à outrance contre le " terrorisme islamique " que les services algériens ont entrepris, à partir de 1993, de terroriser une population qui avait eu, pour tort principal, de voter majoritairement en faveur du Front Islamiste du Salut (FIS), Un nouveau témoignage directement issu de la DRS, plus connue sous son sigle S.M. (" Sécurité militaire "), décrit la chronique de ces crimes ordinaires, commis sous le couvert d'une légalité dévoyée, au service de quelques généraux.

" Je persiste et signe ", Derrière les grilles de sa cellule à la prison de l'immigration de Bangkok, Abdelkader Tigha, 33 ans, déserteur du " Département du Renseignement et de la Sécurité " (DRS), " l'ex-Sécurité militaire algérienne " (ou S.M.), n'en finit pas de raconter son passé, celui d'un chef de Brigade chargé de recueillir, à Blida, première région militaire de l'Algérie, des renseignements sur les " Groupes islamiques armés " (GIA) et de les faire infiltrer par ses agents. Un témoignage précis, où fourmillent les noms de lieux, les dates, les noms des exécutés ou des exécuteurs, consignés avec application sur les pages d'un cahier d'écolier. Une mine de renseignements douloureux mais ô combien

précieux pour tous ceux qui cherchent la trace de leurs disparus, en Algérie, et pour ceux, aussi, qui veulent vérifier leurs informations sur la structure interne des services algériens en les croisant avec une nouvelle source.

" Mon service avait reçu l'ordre directement du Général Lamari Smaïn, de limiter les traductions devant les tribunaux "

Tigha est un professionnel, entré à 18 ans dans l'armée algérienne et formé à l'école militaire du DRS (spécialité " recherche et investigations ") : difficile, donc, a priori, de savoir où se termine la confession et où commence une éventuelle manipulation, de faire la part, aussi, de ses omissions volontaires. Mais selon ceux qui l'ont rencontré, dans sa prison de Bangkok, l'impression qu'il donne est celle d'un " insider " au témoignage crédible. Il n'était pas non plus un " gros poisson " à la DRS; son grade d'adjudant le maintenait bien loin des conflits de clans qui agitent les généraux-major. D'ailleurs il ne parle que de ce qu'il a vu, c'est à dire beaucoup, mais au simple niveau du CTRI (" Centre régional territorial de recherche et d'investigation ") de Blida qui couvre les wilayas de Bouira, Tizi Ouzou, M'sila, Chlef, Tipiza, Aïn Defla et Boumerdès.

" ça veut dire commencer à exécuter les personnes interpellées... "

Les raisons qui l'ont poussé à fuir l'Algérie, l'itinéraire qu'il a suivi et la situation dans laquelle il se trouve aujourd'hui, dans l'attente de l'octroi, par le HCR, d'un statut de réfugié politique concourent aussi à donner du poids à son témoignage. Celui-ci éclaire plusieurs points essentiels pour comprendre la situation algérienne actuelle et les changements successifs d'attitude des généraux: les exécutions sommaires et, donc les disparitions; la création et le rôle des milices de " patriotes "; la corruption macabre des forces de sécurité; les engrenages provocation/vengeance qui entretiennent la violence; les relations troublantes entretenues par le pouvoir algérien avec des éléments connus (au sein des services) pour être des " financiers " des GIA.

Des exécutions systématiques à la crainte des réactions internationales

L'année 1993 marque le début des exécutions sommaires sur grande échelle: "Devant la détérioration de la situation sécuritaire à Blida (attentats journaliers, attaque des casernes), mon service avait reçu l'ordre, directement du Général Lamari Smaïn, de limiter les traductions devant les tribunaux, ça veut dire commencer à exécuter les personnes interpellées pour diminuer le recrutement du GIA et faire peur à la population civile... Les exécutions ont ciblé en premier les personnes domiciliées dans des villages et cités considérés comme fiefs du GIA et zone à haut risque parce que le GIA avait acquis la confiance de toute la population de cette zone. "

1993 est effectivement l'année où Smaïn Lamari (chef du contre-espionnage au sein de la DRS qui est elle-même commandée par le général Mohamed Médiène, dit " Toufik ", cf. l'étude " Algérie " publiée par NSE en 1995) commence à concentrer dans ses mains toutes les responsabilités de la lutte anti-terroriste : la direction générale de la Sûreté nationale (c'est à dire la police) passe sous son contrôle, en particulier la direction de la police judiciaire et le SCRB (Service central de la répression contre le banditisme). De la même façon, chaque centre territorial de la DRS, dont le CTRI de Blida où travaille Tigha, prend la police de sa zone de compétence sous ses ordres, Tigha explique l'une des raisons de cette réorganisation: " Ils ont fermé des commissariats car ils avaient peur des bombes, Mais nous, nous étions des hommes de l'ombre, nous ne sommes pas un service officiel. On évolue sur le terrain avec des voitures et des véhicules banalisés. Rien n'a changé depuis 1993 jusqu'en 1997, c'était le même travail, c'étaient les mêmes objectifs et c'étaient les mêmes exécutions, La méthode a toujours été la même: on identifie, on arrête les gens et on les exécute, Encore maintenant, si on arrête quelqu'un, il est assassiné, mais sous scénario ".

" Rien n'a changé depuis 1993 jusqu'en 1997 c'était le même travail, c'étaient, les mêmes objectifs c'étaient les mêmes exécutions... "

Que s'est-il donc passé en 1997, année charnière où, on le sait (voir en particulier NSE n°365 et 391), l'accord secret de trêve entre l'AIS (branche armée du FIS) et l'armée algérienne a été conclu ?

Selon Tigha, dès 1996, " les officiers du DRS commencent à avoir peur des tribunaux internationaux ". " Le chef du DRS n'est pas idiot, Lorsque les. médias ont commencé à s'acharner sur l'Algérie, notamment sur les disparitions, le DRS a établi le dossier ; c'est lui qui est l'initiateur de la coll!corde civile, C'est le chef du DRS, pas Bouteflika, (...) Surtout, ils ont peur d'Amnesty International... " Tigha affirme que cette question a été citée dans le bilan de l'activité du DRS de l'année 1999 : " Ils voulaient trouver un système de défense contre Amnesty International. S'ils ont établi la concorde civile, c'est pour échapper au sort de l'extradé (référence aux événements de l'ex-Yougoslavie), Et pour fermer les portes aux activistes de l'opposition à l'étranger. " Le déserteur cite à cet égard des opérations de camouflage destinées à tromper la Commission des droits de l'Homme de l'ONU, notamment les mutations qui avaient été décidées dans les services au moment de la visite de Simone Veil et de Suarès à Alger.

***" La méthode a toujours été la même :
on identifie, on arrête les gens et on les exécute... "***

Tigha est d'autant mieux placé pour parler de cette préoccupation croissante, au sein de la DRS, que celle-la s'est trouvée à l'origine de ses propres déboires. A la t'in de 1996, il reçoit, de ses supérieurs, une demande d'enquête sur la disparition de deux professeurs d'université G, Boularas et Rosli, demande qui a transité à travers les services algériens à la suite d'une requête de la Commission des droits de l'homme de Genève (portant d'ailleurs sur bien d'autres cas encore), Il découvre que les deux professeurs avaient été arrêtés à leur travail, conduits dans les locaux de la police judiciaire où ils avaient été " exploités " (c'est à dire torturés), convaincus d'intelligence avec le GIA, exécutés, puis leurs cadavres brûlés pour ne pas laisser de trace, Il rédige un rapport en ce sens qu'il remet à son supérieur en 1997. Il est convoqué peu après par le chef de l'unité d'investigation qui lui demande pourquoi il a rédigé un rapport " négatif ". Il lui est reproché d'avoir divulgué des secrets professionnels, Il a beau répondre qu'il n'était pas informé du fait qu'il devait rédiger un " faux rapport " (" vu qu'il n'avait pas reçu d'instruction dans ce sens ") rien n'y fait. Il découvre, un peu tard , que " la DRS n'avait aucun intérêt à diligenter cette enquête, mais qu'elle désirait simplement apparaître comme travaillant sur ce cas ". Peu après, il se trouve confiné dans des tâches de routine, puis muté à Alger en août 98. Son arme de service lui est ensuite retirée, ce qui le confirme dans la conviction qu'il est en danger.

***"Encore maintenant, si on arrête quelqu'un,
il est assassiné, mais sous scénario. "***

Il décrit la situation proprement kafkaïenne qu'il a vécue: " Moi, j'ai été induit en erreur. Parce que l'on ne m'a pas dit officiellement que c'est la Commission qui devait recevoir ce rapport. S'ils me l'avaient dit officiellement, j'aurais su que c'était destiné à Genève et je ne veux pas jouer sur ma vie avec eux. Mais même si tu savais, tu peux pas. Chez nous, c'est un champ de mine, si tu fais une erreur, tu mets le pied dessus, tu es mort, tu comprends... "

C'est ainsi que Tigha songe à s'enfuir: il se procure des certificats médicaux pour prolonger ses absences hors de son nouveau service, met un peu d'argent de côté, et saute le pas le 8 décembre 1999: il traverse la Tunisie et la Libye avant de se rendre en Syrie (autant de pays qui ne réclament pas de visas aux Algériens), Il découvre, là, que la Thaïlande est le seul pays qui délivre assez facilement des visas d'entrée aux Algériens, Arrivé à Bangkok, il cherche assistance à l'ambassade de France. Celle-ci l'envoie au bureau local du HCR, où il commence de longues démarches pour l'obtention d'un statut de réfugié politique (cf. la fin de cet article),

Escadrons de la mort, disparus et corruption macabre

Revenons à Blida en 1993 et à la façon dont s'opèrent les arrestations de suspects identifiés par le service de recherche et investigation où travaille Tigha, avec l'aide des agents infiltrés, par ce service, dans les milieux considérés comme proches du GIA. 3Avec l'appui du GIS (" Groupement d'intervention spécial " de la gendarmerie) les équipes du service de la police judiciaire sortaient en opération durant le couvre-feu instauré par l'armée, pour procéder aux différentes arrestations des personnes présumées impliquées dans la subversion. Dans les zones rurales, le service de police judiciaire est appuyé par les détachements militaires pour permettre à ce service de procéder aux arrestations norma-

lement, car les militaires avaient comme tâche principale le bouclage des villages. " Tigha décrit ensuite, dans les pages de son cahier, comment ces personnes sont ensuite transférées dans les geôles du service et comment se déroulent les séances de torture. " La nuit suivante, les détenus sont exécutés à l'intérieur des geôles par strangulation avec des sacs de plastique. " Tigha indique que, dans une phase précédente, les détenus étaient exécutés par halles (HK silencieux) devant leur domicile, mais que craignant d'être vus, le GIS et la police judiciaire ont préféré, par la suite, jeter, de nuit, les cadavres devant chez eux.

***" La justice, sur instruction du ministre,
signait des permis d'inhumation
sans ordonner des enquêtes judiciaires "***

Pour mieux camoufler leur propre rôle dans ces exécutions, tout en suscitant la peur d'une menace aussi diffuse qu'implacable, les services officiels ont alors pris l'habitude de faire figurer la " signature " " OJAL " (Organisation des Jeunes algériens Libres) sur ces cadavres. " En vérité, cette dénomination OJAL a été inventée par le capitaine XXX (ndlr : gommé par nos soins) tête pensante du CTRI/première région militaire. " Des tracts de cette pseudo-organisation ont même été placardés sur les murs des villes.

Et c'est à partir de cette expérience, née à Blida, que " les autres centres du DRS répartis sur le territoire national ont suivi le même procédé pour tuer et se couvrir. La gendarmerie et la police, étant bien au courant des faits, se chargeaient du ramassage des cadavres chaque matin et allaient les enterrer... La justice, La justice, sur instruction du ministre, signait des permis d'inhumation sans ordonner des enquêtes judiciaires prouvant comment les gens sont morts. "

Ce sont les personnes arrêtées à leur domicile qui subissent ce traitement. Les autres, ceux qui sont enlevés dans la rue ou à leur travail, sont enterrés sous le nom X (inconnu), brûlés ou jetés dans des vergers (ndlr : en 1994, de nombreux cadavres défigurés ont ainsi été retrouvés dans la nature, suscitant une très vive indignation dans la société civile). Tigha poursuit: " les familles à la recherche de leurs enfants ou parents sont orientées au siège de la police ou à la gendarmerie, lesquels établissent un avis de recherche "... Il précise que ce sont souvent les tueurs eux-mêmes qui établissent des procès verbaux de disparition.

Il cite des cas très précis d'arrestations dans le but d'obtenir des rançons (la libération est alors marchandée avec la famille) ou dans l'objectif de s'approprier l'un des biens du détenu (par exemple : une voiture Golf qui fut transférée par la suite à la base centrale de logistique de Blida ou elle fut repeinte à neuf et dotée de nouveaux papiers).

***" Une instruction a été diffusée par le chef d'état-major de l'armée,
Mohamed Lamari, ordonnant aux services de changer la dénomination
" Patriotes " en " GLD " (Groupe de Légitime Défense)
car le pouvoir avait peur de l'opinion mondiale "***

Création des milices de "patriotes" et armement des civils

Si le gouvernement n'était guère favorable à l'armement des civils (du temps de Zeroual notamment, ce que nous savions déjà à l'époque et ce qui est confirmé par le témoignage du déserteur), cette décision a finalement été prise, selon Tigha, par le chef de la DRS, Mohamed Médiène et par Smaïn Lamari. " Ils ont choisi le CTRf de Blida pour commencer l'opération ". Une première famille (qui a d'ailleurs eu, par la suite, les honneurs de la chaîne ARTE) a été " recrutée par le service, armée jusqu'aux dents et dénommée " groupe de patriote ", chargée des embuscades dans les vergers et zones forestières ", puis de parrainer de nouvelles recrues... " Au bout d'une année, le service disposait d'une autre armée considérée comme la main de frappe du service sur le plan Renseignement et sur le plan Opérations de neutralisation "... " Les patriotes ont la tâche de surveiller les biens et villas des riches ou encore les usines... " Dans le même temps, les citoyens ordinaires, même les plus exposés, ne reçoivent guère que des fusils de chasse.

Là encore, 1997 apparaît comme une année charnière, C'est alors qu'une " instruction a été diffusée par le chef d'état-major de l'armée, Mohamed Lamari, (ndlr : sans lien de parenté avec Smaïn Lamari) ordonnant aux services de changer la dénomination " Patriotes " en " GLD " (Groupe de Légitime Défense) car le pouvoir avait peur de l'opinion mondiale et aussi du commencement l'acharnement des médias sur cette situation. En vérité, GLD n'a jamais existé, les patriotes ont été utilisés jour et nuit comme une armée secondaire "...

Tigha souligne plus loin que les armes " distribuées " étaient, en fait, " vendues ", ce qui permettait aux responsables du service de s'enrichir, mais ce qui a aussi un effet pervers: personne ne sait combien d'armes ont été réellement distribuées... Et il est probable que nombre d'entre elles ont été utilisées pour des vengeances personnelles.

Les groupes de patriotes ont aussi joué un rôle majeur dans l'escalade de la violence en Algérie, en éliminant les familles (dont les enfants) de terroristes recherchés (ce serait le cas, selon Tigha, de la famille de Antar Zouabri, émir du GIA), ce qui contribuerait à expliquer le cycle infernal des vengeances impliquant des familles entières. Notons que les exactions des patriotes sont toujours selon Tigha, couvertes par les services; ceux-ci n'ont pas hésité à cacher, deux mois durant, dans leurs propres locaux, le responsable du massacre de la famille de Zouabri.

Anomalies troublantes

Le déserteur cite le nom de deux industriels bien connus à Blida, riches et " disposant de relations à haut niveau ", qui ont reçu, parmi d'autres, des armes de poing dispensées par son service, Pour lui, et il semble en être convaincu, ces deux hommes sont " les principaux financiers " d'un groupe du GIA (celui de Mohamed Bensidhoum, originaire de Blida), Ils auraient été cités à plusieurs reprises lors des " interrogatoires " de terroristes dont il cite également le nom, Les deux industriels, qui n'ont jamais été inquiétés, naviguent désormais dans les hautes sphères de l'État, dans la mouvance du RND, le parti du pouvoir, et dans l'entourage du président Bouteflika.

" Alors, conclut Tigha, la question est posée : qui va comprendre l'Algérie ? ". A moins que la réponse ne soit très simple, reconnaît-il, en fin de compte, avant d'évoquer, à son tour, le rôle de ce qu'il nomme la " mafia politico-financière " en Algérie.

" La question est posée : qui va comprendre l'Algérie ? "

Aujourd'hui, l'unique stratégie de Tigha est de sauver sa peau. Il est emprisonné depuis cinq mois pour dépassement de visa et craint d'être refoulé vers l'Algérie. Ce qui, assure-t-il serait sa mort certaine. Il a demandé le statut de réfugié politique au HCR de l'ONU, qui a refusé dans un premier temps, le soupçonnant d'implication dans des crimes contre l'humanité (il aurait pu torturer, ou tuer lui-même, suppose le HCR ce que nie évidemment l'intéressé). Son dossier est actuellement en cours d'appel à Genève ; la décision finale devrait prendre plusieurs mois.

Dès lors, Abdelkader Tigha pense que sa meilleure carte est celle du témoignage: parler à la presse pour se protéger. Il dit se sentir menacé jusque dans sa cellule de Bangkok où il a été visité par des diplomates algériens. Son cas pose un problème au HCR : s'il paraît difficile de lui accorder le statut de réfugié, comment le laisser être refoulé dans son pays d'origine où il risque d'être torturé et exécuté! Il existe un vide juridique sur cette question qui se pose de plus en plus fréquemment ; une solution serait que la Commission des droits de l'Homme des Nations unies émette un avis interdisant à tout gouvernement de le renvoyer en Algérie.

En attendant, Tigha dit supporter de plus en plus mal sa détention : il partage une cellule avec 70 immigrants illégaux pour la plupart d'origine chinoise ou vietnamienne dont aucun ne parle français. Il craint surtout de devenir la victime des pratiques de corruption qui sévissent dans les prisons thaïlandaises: une livraison nocturne du prisonnier à ceux qui le recherchent n'est pas un scénario inconcevable...

N. S. E :

Au moment où le pouvoir algérien tente avec une indécence ahurissante, d'exploiter le drame des attentats de New York et Washington pour se rappeler au bon souvenir des capitales occidentales et

apparaître une fois de plus comme le rempart de la lutte contre "le terrorisme islamique", la complexité de la situation algérienne devrait nous vacciner contre tous les amalgames faciles. Voilà des généraux qui craignent, non sans raisons, de subir le sort de Milosevic et qui tentent de se refaire une virginité à la faveur d'une tragédie. Que les révélations de Tigha, après celles de Habib Souaidia (l'auteur de l'ouvrage " La sale guerre ") viennent de l'intérieur même de l'armée (et cette fois du sein des services) fait réfléchir sur le moral de celle-ci. Elles mettent aussi en perspective le peu d'intérêt des généraux pour un véritable processus de paix civile en Algérie. Ceux-ci contribuent à maintenir l'Algérie dans une impasse où l'Europe a tout à perdre, surtout si elle tombe dans le piège de croire à leurs mises en scène, aux justifications avancées pour couvrir leurs crimes et masquer l'essentiel: une volonté implacable de conserver le pouvoir.

Commande de Brochures d'algeria-watch

Les textes d'algeria-watch en français sont rassemblés régulièrement sous forme de brochures qui peuvent être commandées à l'adresse d'algeria-watch.

- ❖ **algeria-watch, Collection de textes, n° 1**, décembre 1998
- ❖ 40 pages, 20 FF, 6 DM, 6 FS, 5 \$ (frais de port compris).
- ❖ **algeria-watch, Dossier sur les disparitions forcées en Algérie**, avril 1999
- ❖ 70 pages, 30 FF, 8 DM, 8 FS, 6 \$ (frais de port compris).
- ❖ **algeria-watch, Collection de textes, n° 2**, automne 1999
- ❖ 40 pages, 20 FF, 6 DM, 6 FS, 5 \$ (frais de port compris).

Collection de textes n° 1

Décembre 1998

La « sale guerre » en Algérie

La galère de l'exil

Les réfugiés algériens en Allemagne

Textes d'algeria-watch

- Présentation
- La « sale guerre » en Algérie
- La galère de l'exil
- Les réfugiés algériens en Allemagne
- Lettre ouverte aux membres de la délégation de l'ONU en visite en Algérie
- Lorsque le panel rédige un rapport sur mesure
- La procédure d'asile des algériens atterrés à l'aéroport de Francfort

Documentation

- Les observations finales du Comité des droits de l'homme de l'ONU sur l'Algérie
- Les autorités libyennes livrent des opposants algériens au régime militaire en Algérie
- Communiqué Association Nationale des Familles de Disparus (ANFD)
- Lettre ouverte au chef de l'armée M. Lamari (ANFD)
- Collectif des familles de disparu(e)s en Algérie:
- Où sont passés les disparus Algériens?

Dossier sur les disparitions forcées en Algérie

Avril 1999

Textes d'algeria-watch

- Présentation
- Les "disparitions" en Algérie suite à des enlèvements par les forces de sécurité (rapport sur les "disparitions" en Algérie, Mars 1999)
- "Vous nous les avez enlevés vivants, rendez les nous vivants"
- Protestations des familles et réactions du gouvernement et des médias algériens

Documentation

- Rapport du groupe de travail sur les disparitions forcées ou involontaires
- "Three quarters of the disappearances occurred after an arrest at residence or at work"
- La légalisation de l'assassinat des victimes de disparitions (Me Khelili)
- " La loi légalise les violations de Droits de l'Homme " (Me Bouchachi)
- Enlevé, torturé, "disparu" pendant deux ans et enfin "libéré" en prison (témoignage)
- Lettre d'une mère de disparu (témoignage)
- Kidnapping et exécution sommaire (témoignage)
- Création de SOS Disparus
- Une complicité malsaine des médias algériens (algeria-watch)
- La solution du gouvernement au problème des "disparus":
- Une déclaration de mort (algeria-watch)
- "Plus de 3 500 personnes enlevées"
- (Collectif des familles de Disparu(e)s en Algérie)

Collection de Textes n° 2

Automne 1999

I- Concorde civile

Concorde civile interne et crimes universels (Ibrahim Taha)
Concorde civile: Réinsertion, répression ou incorporation (Le quotidien d'Oran)

Appel urgent des défenseurs des droits humains algériens

II- Asile et refoulement

Trois témoignages de réfugiés algériens en Allemagne
"A propos terrorisme" - témoignage d'un officier de police réfugié
Opération de refoulement sanglante

Communiqué: Décès au cours d'un refoulement (algeria-watch)
Refoulements d'Algériens du territoire allemand effectués par la police algérienne (algeria-watch)
L'accord de reprise en charge des réfugiés algériens doit être annulé (APPEL)

III- Massacres

Bentalha: Autopsie d'un massacre

IV- Documentation

Loi sur la concorde civile

Pour toute commande s'adresser à:
algeria-watch, Postfach 360164, 10997 Berlin, Allemagne
algeria-watch@gmx.net
tel: 00 49 30 627 098 87
fax: 00 49 30 627 098 53

Vous pouvez soit envoyer le montant en billets
ou bien virer sur le compte en banque suivant:
algeria-watch
Bank für Sozialwirtschaft
Code bancaire 100 205 00
Numéro de compte 329 75 00

algeria-watch Infomappen

Infomappe 9

I. Bouteflika als Friedensmacher?

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Fragiler Prozeß unter Aufsicht (J. Garçon, Libération)

II. Justiz und Krieg

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Die algerische Justiz im Dienste des Krieges (algeria-watch)
- ◆ Concorde civile interne et crimes universels (Ibrahim Taha)
- ◆ Loi sur le rétablissement de la concorde civile (Documentation)

III. Abschiebungen und Spione

- ◆ BGS überläßt "schmutzige" Arbeit der algerischen Polizei (aw)
- ◆ Das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien muß annulliert werden! (PRO ASYL / algeria-watch)
- ◆ Eine Spionageaffäre mit Konsequenzen (algeria-watch)

IV. Bericht über die Folter

FAILURE TO PROTECT: Survivors of torture from Algeria (Medical Foundation)

Infomappe 10

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien nach dem Referendum (algeria-watch)
- ◆ Algeriens andere Wahl (FR)
- ◆ Bouteflikas verordneter Frieden (NZZ)
- ◆ Algerien bewegt sich (FR)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Concorde civile et interprétations (Quotidien d'Oran)
- ◆ "Il faut oublier" (Le Jeune Indépendant)
- ◆ Vers une grève de la faim (l'Authentique)
- ◆ Lourde menace contre les défenseurs des droits de l'Homme en Algérie (SNAA)
- ◆ Vom Unterricht ins Gefängnis (TAZ)
- ◆ Kafkaesker Prozeß in Algerien (Libération)
- ◆ A propos Terrorismus (Zeugenaussage eines Polizeioffiziers)

III. Flüchtlinge

- ◆ Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtling: keine Rechtfertigung!
- ◆ Abschiebung ins Ungewisse (algeria-watch)

Infomappe 11

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ◆ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ◆ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ◆ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ◆ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (I. Addi)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ◆ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)

III. Dokumentation

- ◆ Algérie: «concorde» en trompe l'œil (Libération)
- ◆ Algérie : un colonel dissident accuse (Le Monde)

Infomappe 12

I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ◆ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ◆ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

III. Dokumentation

- ◆ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi)
- 1999 Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

Infomappe 13-14

I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ◆ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ◆ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ◆ Britains plans Algerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ◆ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ◆ Interview avec Ali Yahia Abdennour (LADDH)
- ◆ L'Algérie classé à risque par le Quai d'Orsay (Libération)
- ◆ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages" (Le Monde)

III. Dokumente / Analysen

- ◆ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ◆ Mémoire à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ◆ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ◆ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziene)

Infomappe 15

I. Zur politischen Lage

- ◆ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ◆ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ◆ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ◆ Meldungen
- ◆ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ◆ Wer hat Lounes Matoub getötet?

III. Dokumentation

- ◆ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
- ◆ Nach 80 Verhandlungs-Tagen: Gericht fällt Urteil im Hetzjagd-Prozess
- ◆ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
- ◆ Die Armee verspeist ihren Schnurbart
- ◆ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- ◆ Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

Infomappe 16

I. Unruhen in der Kabyle

- ◆ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ◆ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ◆ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

II. Enthüllungen

- ◆ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ◆ „Alle ausrotten, die Islamisten helfen“
- ◆ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ◆ Preface to „the dirty war“ bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ◆ Algerian General accused of torture escapes investigation

III. Internationale Reaktionen

- ◆ Offener Brief an die französische Regierung
- ◆ Wider die europäische Gleichgültigkeit

IV. Menschenrechtsverletzungen

V. Generäle einst und heute

- ◆ General Nezzar greift an
- ◆ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussaresses)

Infomappe 17

I. Unruhen in Algerien

- ◆ Algerien im Griff des Militärs.
- ◆ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ◆ Berber-Unruhen weiten sich auf die gesamte algerische Bevölkerung aus
- ◆ Berbers bring Algeria to brink of insurrection
- ◆ Berber protests shake Algeria's military elite
- ◆ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

II. Internationale Reaktionen

III. Menschenrechtsverletzungen

IV. Dokumentation

- ◆ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ◆ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ◆ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ◆ Document confidentiel de l'armée algérienne